Ahauser Kreiszeitung

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Ahaus = Zentral-Organ für das nordwestliche Münsterland

verbunden mit Eper Volksblatt, Gronauer Volkszeitung, Nienborg-Heeker Zeitung, Stadtlohner Anzeiger, Vredener Volksblatt

erscheint täglich. — Bezugspreis: Monatlich 2 Goldmark ohne Bestellung
Schriftleitung und Geschäftsstelle in Ahaus.
Tel.-Adresse Kreiszeitung Ahaus i. W. — Fernsprecher Nr 50 — Postscheckkonto Hannover Nr. 22739 Postschließfach 20
Bankkonten: Kreis- und Stadtsparkasse Ahaus und Gewerbebank Ahaus

Wöchentliche Sonderbeilagen:
Erholungsstunden für das christliche Volk, Westdeutschland in Wort und Bild, Lesefrüchte, Welt und Wissen, Literatur und Kunst, Frauenwelt, Steuer und Recht, Sozialpolitik u. Standesfragen, Technik und Verkehr, Turnen, Spiel und Sport.

Anzeigenpreise: Das 30 mm breite mm 10 Goldpfennig. Bei Wiederholungen Rabat nach festem Tarif. Reklamen: Das 80 mm breite mm 50 Goldpfennig
Für Erfüllung von Platzvorschriften wird keine Gewähr, sowie für Druckfehler wird Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassarabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 8 Tagen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.

Nummer 42 | Ahaus, Freitag, den 12. Februar 1926. | 46. Jahrgang

Das preußische Zentrum zur Wahlreform.

Die preußische Zentrumsfraktion hat zu der Frage der Wahlrechtsreform Stellung genommen, ohne damit, wie uns mitgeteilt wird, einer Stellungnahme der Reichstagsfraktion vorgreifen zu wollen. Diese hat sich mit der Angelegenheit noch nicht beschäftigt, wird dazu vielmehr erst Gelegenheit nehmen, wenn die im Reichsministerium des Innern vorbereitete Vorlage veröffentlicht ist. Ueber die Stellungnahme der preußischen Fraktion wird uns parteioffiziös folgendes mitgeteilt:

Mit Rücksicht auf das starke Interesse, das insbesondere in der Zentrumspresse die Frage der Wahlreform neuerdings gefunden hat, hielt sich das preußische Zentrum für verpflichtet, auch seinerseits die Stimme zu erheben, da die Befürchtung besteht, daß sonst diese Diskussion, die wohl durch einen entsprechenden Beschluß des Kasseler Parteitages angeregt ist, wesentliche Richtlinien vermissen läßt. Der Einwand, als wenn die Behandlung der Wahlreform in erster Linie Sache des Reichstages und nicht eines Länderparlamentes sei, und wenn es sich auch um das größte deutsche Land handelt, ist nicht stichhaltig. Ein entsprechendes Reichsgesetz wird auch alle Länder berühren. Sie sind infolgedessen verpflichtet, gerade ihrerseits ihre Meinung zu sagen, nicht nur weil sie unmittelbar betroffen werden, sondern weil sie auch mit die besten Kenntnisse über diese Frage besitzen, da sie ja selbst dauernd praktisch mit dem in engster Berührung sich befinden, was zur Wahlreform gehört. Wir nehmen an, daß daher gerade die Beurteilung dieser Frage durch die Länder der Zentrumsfraktion des Reichstages die wertvollste Grundlage sein wird, nicht nur für ihre Diskussion, sondern auch für ihre Stellungnahme.

Die Zentrumsfraktion des preußischen Landtages hat sich in einer besonderen Fraktionssitzung auf den Boden des gegenwärtigen Wahlsystems gestellt und eine grundsätzliche Aenderung entschieden abgelehnt. Dieses Urteil ist um so bemerkenswerter, als dieser Beschluß so gut wie einstimmig gefaßt wurde, da sich nur ein einziger Abgeordneter auf einen von der Fraktion abweichenden Standpunkt stellte.

Während der ganzen Debatte, die von großem Ernst und von stärkster staatspolitischer Einstellung getragen war, klang immer wieder die Sorge durch, daß man in manchen Zentrumskreisen allzu eilfertig und kritiklos Schlagworte aus anderen parteipolitischen Lagern übernehme. Das heutige Wahlsystem sei erst sieben Jahre im Gebrauch, und das sei keine Zeit, um es ehrlich durchproben zu können, zumal da es seine Eigenart unter Umständen habe zeigen müssen, wie sie ungewöhnlicher und schwieriger in der ganzen deutschen Geschichte noch nicht dagewesen seien. Eine Reform des Wahlrechts sei eine ernste Sache und müsse mit derselben Behutsamkeit wie eine Verfassungsfrage behandelt werden. Und wer wolle es wagen, in einer Zeit höchster wirtschaftlicher Unruhe noch in das Volk die Aufwühlungen hineinzutragen, die mit der Erledigung dieser Frage nun einmal verbunden seien. Das neue System habe bereits ein gewisses Gewohnheitsrecht erlangt, und der Abgeordnete, der längere Zeit gewählt sei, habe sich längst die nötige Fühlung mit seinen Wählern geschaffen, die er haben müsse. Den Schaden von einer Veränderung der gegenwärtigen Zustände würden vor allem die Wähler zu tragen haben, wenn sie gezwungen würden, nach jeder Richtung hin sich neu zu orientieren.

Die sogenannte Persönlichkeitskandidatur sei nichts weiter als ein Schlagwort. Sobald man es näher ins Auge fasse, zerfließe es unter den Händen. Proporz und Persönlichkeitskandidatur, wenn man einmal dieses Schlagwort übernehmen wolle, seien in sich unvereinbar. Man müsse entweder das eine oder das andere haben. An diesem inneren Widerspruch werde jeder Reformversuch scheitern.

Es ist das unzweifelhafte Recht der preußischen Zentrumsfraktion, zu der Forderung einer Wahlrechtsreform, die der Kasseler Parteitag und schon mindestens zwei Jahre vor ihm die Zentrumspresse gefordert haben, ihre Meinung zu äußern. Doch hätten wir gewünscht, daß die Begründung dieser ablehnenden Stellungnahme stichhaltiger ausgefallen wäre, als es in obigen Ausführungen der Fall ist. Wir sind der Meinung, daß sieben Jahre, in denen wir in Preußen sieben Reichs- und Landtagswahlen gehabt haben, eine genügend lange Zeit darstellen, um sich ein Urteil über den Wert oder Unwert des bei diesen Wahlen benutzten Wahlsystems zu bilden. Ein silbernes Wahlsystem-Jubiläum dürfte dafür keineswegs notwendig sein. Es wird ja auch in der obigen offiziösen Auslassung davon gesprochen, daß das geltende System schon ein gewisses Gewohnheitsrecht erlangt habe. Nun, was man gewohnt ist, pflegt man zu kennen, darüber pflegt man Bescheid zu wissen. Man weiß in der Wählerschaft, wie hierbei die Wahlvorschläge zustande kommen; man ist sich darüber im klaren, daß das jetzige Wahlrecht einen dem politischen Wollen der Bevölkerung fremden Wettkampf der berufsständischen Organisationen im Gefolge gehabt hat, daß dies Wahlrecht zu einer Vergreisung des Parlamentes führt, indem es das Hochkommen neuer Köpfe sehr erschwert; man vermißt die Fühlung mit den Abgeordneten, die man fast nur zur Zeit der Wahlen in dem Wahlkreise, und dann beileibe nicht in mittleren und kleineren Städten zu Gesicht bekommt; man sieht, wie schwer eine Regierungsbildung in den nach diesem Wahlrecht gewählten Parlamenten ist, und fast jeder Wähler steht unter dem Eindruck, daß es ihm verflucht wenig Möglichkeit bietet, seinen politischen Willen zu bekunden.

Nachdem bereits mindestens ein halbes Dutzend Reformvorschläge, die Proporz und Persönlichkeitskandidatur miteinander vereinen, in der deutschen Presse veröffentlicht worden sind — von Staatsrechtslehrern und andern Leuten, die sich intensiv mit der Wahlrechtsfrage befaßt haben und wohl zu einer Stellungnahme berufen sind — muß man für die Behauptung, daß Proporz und Persönlichkeitskandidatur in sich unvereinbar seien, in den obigen Darlegungen den notwendigen Beweis vermissen. Daß sich Proporz und Persönlichkeitskandidatur sehr wohl mit einander vereinigen lassen, zeigte unser eigener hier vor einigen Wochen veröffentlichter Reformvorschlag, der sich im wesentlichen mit dem einige Tage darauf von der „Germania" vertretenen Vorschlag deckte. Wir machen ferner aufmerksam auf die Vorschläge des Kieler Staatsrechtlehrers Dr. Walter Jellinek („Vossische Zeitung") und des demokratischen Politikers Wilhelm Heile („Frankf. Zeitung"), nicht minder auf die kürzlich in der „Kölnischen Volkszeitung" veröffentlichten Ausführungen des Zentrumsabgeordneten Prof. Dr. Grebe, die sehr wirkungsvoll die Bedenken gegen das geltende Wahlsystem zum Ausdruck brachten.

Jellinek teilt das Reich in 397 Wahlkreise von annähernd gleicher Einwohnerzahl. In jedem Wahlkreis wird ein Abgeordneter gewählt. Der Vorschlag sieht ein vorläufiges und ein endgültiges Wahlergebnis vor. Zunächst gilt vorbehaltlich eines Kürzungs- und Ergänzungsverfahrens in den einzelnen Wahlkreisen als gewählt, wer die meisten Stimmen auf sich vereinigt, bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Zur Anpassung dieses vorläufigen Wahlergebnisses an die Grundsätze der Verhältniswahl wird unter Berücksichtigung aller im Reiche abgegebenen gültigen Stimmen nach der Berechnungsart von Hagenbach-Bischoff oder d'Hondt oder Hare ermittelt, wieviel Abgeordnete auf die einzelnen Parteien entfallen müssen. Bewerber, die sich keiner Partei angeschlossen haben, werden als besondere Partei behandelt, doch so, daß für sie nicht mehr als ein Abgeordnetensitz errechnet werden kann. Soweit eine Partei mehr Abgeordnetensitze erhalten hat, als ihr nach dem Verhältniswahlverfahren zustehen, scheiden die vorläufig Gewählten, die die wenigsten Stimmen auf sich vereinigt haben oder mit dem geringsten Stimmenübergewicht gesiegt haben, aus. An die Stelle der Ausgeschiedenen treten Wahlkreis für Wahlkreis die Bewerber der Parteien, die zu wenig Sitze erhalten haben, bis die Zahl der den Parteien zukommenden Abgeordnetensitze erreicht ist. Zu diesem Zweck werden die dem Ergänzungsverfahren unterliegenden Wahlkreise nach der Zahl der in den einzelnen Wahlkreisen für den zweitbegünstigten Bewerber abgegebenen Stimmen geordnet und die Ergänzung in dieser Reihenfolge vorgenommen. Das Ergebnis einer Ersatzwahl wird so ermittelt, wie wenn sie ein Teil der Hauptwahl gewesen wäre.

Man mag zu diesem Reformvorschlag stehen wie man will, es wird nicht bestritten werden können, daß er die Führerauslese, die Wahl einer Persönlichkeit, trotz der Verhältniswahl ermöglicht. Auch Heiles Vorschlag ist der Beachtung wert. Er läßt sich kurz folgendermaßen skizzieren:

300 möglichst gleich große Wahlkreise, zwei Wahlgänge; im ersten ist gewählt, wer die absolute Mehrheit erreicht hat (wie nach dem alten Reichstagswahlrecht), im zweiten entscheidet nicht Stichwahl, sondern die relative Mehrheit, sodaß gewählt ist, wer unter allen Mitbewerbern die meisten Stimmen erhalten hat. Ergebnis: 300 Abgeordnete gewählt als persönliche Vertrauensmänner einer Wahlkreismehrheit und als Repräsentanten ihrer Wahlkreise. Einfügung einer kleinen Reichsliste in dies System ist möglich, da im ersten Wahlgang die Stärke der einzelnen Parteien festgestellt wird. Als Ergänzungsabgeordnete sind der Reihe nach diejenigen gewählt, die als Kandidaten in ihren Wahlkreisen dem Gewähltwerden am nächsten kommen.

Wir haben uns für verpflichtet gehalten, diese Ausführungen der Stellungnahme der preußischen Zentrumsfraktion entgegenzuhalten, weil erstens der letzte Zentrumsparteitag als oberste Parteiinstanz sich einstimmig für eine Reform des Wahlrechts ausgesprochen hat, weil zweitens diese Reform zunächst keine preußische, sondern eine Reichsfrage ist, weil drittens die unbestreitbare Tatsache, daß es infolge der Größe der Wahlkreise keine genügende persönliche Fühlung zwischen Wählern und Gewählten mehr gibt, so bedeutsam ist, daß man diesen für das politische Leben gefährlichen Schaden schleunigst beseitigen muß, weil viertens die Verfassung unmittelbare Wahl vorschreibt, wir aber jetzt bestenfalls eine mittelbare Wahl haben, in Wirklichkeit aber überhaupt keine Wahl der Abgeordneten durch das Volk, sondern ihre Ernennung durch Parteivertretungen. Zur Beseitigung der Mißstände ist keine Verfassungsänderung notwendig. Denn die Verfassung schreibt kein bestimmtes Verhältniswahlsystem vor, sondern nur allgemeine, gleiche, geheime und unmittelbare Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Was unbedingt zu fordern ist, ist deshalb keine Aenderung des Wahlrechts, wohl aber ein anderes Verhältniswahlsystem, kleinere Wahlkreise mit je einem Abgeordneten und insgesamt weniger Abgeordnete.

Der Kampf um die Sitze im Völkerbundsrat.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

:: Berlin, 11. Febr. (Eig. Drahtb.)

Es hätten jedoch schon Zeichen und Wunder geschehen müssen, wenn nicht jetzt, wo Deutschland Mitglied des Völkerbundes werden soll, auch bereits die Minierarbeit jener dunklen Kräfte einsetzte, die es darauf absehen, den Einfluß Deutschlands im Völkerbund zu paralisieren. Es gibt ja bekanntlich mächtige Glieder des Völkerbundes, welche diese Institution nur als ein französisches Werkzeug zur Unterdrückung Deutschlands benutzen wollen. Diese Intrigenpolitiker verfolgen darum das Ziel, die Sitze im Völkerbundsrat erheblich zu vermehren, um auf diese Weise eine antideutsche Mehrheit im Völkerbundsrat zu erzielen.

Beachtenswerterweise stoßen diese Bestrebungen gerade in Groß-Britannien auf stärksten Widerstand. Sowohl die englische Regierung wie die englische Presse zeigen sich sehr beunruhigt, weil sie mit Recht befürchten, daß jene Aspirationen auch eine gefährliche Spitze gegen die Position Groß-Britanniens enthalten. Wir verweisen auf den unten wiedergegebenen Artikel des „Daily Telegraph". Die Schwierigkeiten, vor die sich England jetzt gestellt sieht, sind nicht unverschuldet. Denn Groß-Britannien hat es unvorsichtigerweise geschehen lassen, daß sich Frankreich schon bisher stets eine stärkere Stellung im Völkerbundsrat als England sicherte, und man braucht sich eigentlich nicht wundern, daß Frankreich alles aufbietet, um seinen überragenden Einfluß auch weiterhin aufrecht zu erhalten.

Deutschland hat das gute Recht, zu verlangen, daß in der Zusammensetzung des Völkerbundsrates keine grundstürzende Aenderung eintritt. Denn sonst wäre sein Völkerbundsratssitz wertlos und damit praktisch auch die Voraussetzung hinfällig, unter der die deutsche Regierung die Zustimmung zum Völkerbundsbeitritt Deutschlands gab. Wir müssen auch darauf bestehen, daß diese ganze Angelegenheit schon auf der Märztagung des Völkerbundes geregelt und nicht bis in den Herbst hinein verschleppt wird.

*

Verschleppung?

= London, 11. Febr.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" legt die Schwierigkeiten dar, die infolge des Verlangens verschiedener Mächte, nach Zuteilung eines ständigen Sitzes im Völkerbundsrat gleichzeitig mit Deutschland, entstanden seien und sagt, man könne sich vorstellen, in welch delikater Lage sich die britische Regierung dadurch befinde. Zwar seien die Mitglieder des Völkerbundsrats im einzelnen und ihrer Gesamtheit verpflichtet, Deutschland einen ständigen Sitz im Rate zu gewähren. Doch müsse die Möglichkeit einer Behinderung, die, wenn auch in informeller und persönlicher Form von einer Seite angedroht worden sei, sorgfältig erwogen werden. Der baldige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund werde sowohl um seiner selbst willen, als auch als ein Teil des Locarnovertrages als eine Notwendigkeit ersten Ranges angesehen. Immerhin werde eine Verzögerung des deutschen Eintritts bis zur Septembertagung vielleicht ein geringeres Uebel sein, als die Kapitulation gegenüber schlecht beratenen Forderungen oder gegenüber einem unangebrachten Tauschhandel, der die Interessen Englands und des Völkerbundes dauernd schädigen könne.

In den Ausführungen des Berichterstatters des „Daily Telegraph" heißt es weiter, britische Kabinettsmitglieder, diplomatische, juristische und Völkerbundssachverständige hielten täglich Beratungen im Zusammenhang mit der ernsten Streitfrage und den Forderungen ab, denen sich England infolge des deutschen Aufnahmegesuches und dessen Rückwirkung auf verschiedene alliierte Hauptstädte gegenüber sehe. Die unter Führung Frankreichs eingeleitete Bewegung zur Erteilung eines ständigen Sitzes im Rate an Spanien, Polen und vielleicht auch Brasilien und zur Vermehrung der Gesamtzahl der Sitze im Rate von 10 auf 15 oder noch mehr würde zwar dieser Körperschaft von vorneherein eine überwältigende antideutsche Mehrheit geben, aber die wirklichen Folgen würden, wenn diese Absicht erreicht werde, weit über eine Neutralisierung des deutschen Einflusses hinausgehen. In England erkenne man die Gefahr, daß seine Stellung im Völkerbundsrat durch eine derartige Veränderung geschwächt und die Bedeutung der Genfer Institution eine ganz andere Gestalt erhalten werde. Das Ergebnis könnte eine ständige Mehrheit für die französische Politik sein, bestehend aus Ländern, die mit Frankreich besondere militärische Vereinbarungen haben (Belgien, Polen und die Tschechoslowakei), ferner aus lateinischen Staaten, die kulturelle und gefühlsmäßige Beziehungen zu Frankreich haben (Brasilien und Spanien) und aus Ländern, die im Völkerbundsrat durch ihre in Frankreich beglaubigten Gesandten vertreten seien, die fast unabänderlich die wichtigsten europäischen Probleme durch die französische Brille sähen. Man könne fragen, ob eine derartige Mehrheit im Rat Bedeutung habe, da alle wichtigen Entscheidungen einstimmig erfolgen müßten, doch laute die Antwort erstens: Es ist für ein oder zwei Länder praktisch sehr schwer, auf die Dauer sich den übrigen Ländern entgegen zu stellen. Zweitens: Fragen des Verfahrens werden durch Mehrheitsbeschluß entschieden und haben oft mehr als nur augenblickliche Wirkung. Drittens: Die Erweiterung des Völkerbundsrates in dem angestrebten Sinne würde es möglich machen, die Einstimmigkeitserfordernis abzuändern und in gewissen Fällen Mehrheitsbeschlüsse von größter Wichtigkeit fassen zu lassen.

Der Berichterstatter sagt, es sei nicht schwer zu sehen, wie eine lateinisch-westslawische Koalition ganz abgesehen von Deutschland, auch Großbritannien, Schweden und vielleicht noch Belgien und Japan in eine Art ständiger und hoffnungsloser Minderheit versetzen könne.

★

Der deutsche Standpunkt.

▲ Berlin, 11. Febr.

Wie wir erfahren, haben die Nachrichten über die Bestrebungen anderer Mächte anläßlich des bevorstehenden Eintritts Deutschlands in den Völkerbund in Berliner politischen Kreisen ziemlich alarmierend gewirkt. Sie haben ganz offensichtlich den Zweck, eine Verminderung des bisherigen Uebergewichts gewisser Kräfte im Völkerbundsrat zu verhindern. Bis zum Augenblick liegt ein Grund zu der Annahme nicht vor, daß irgendeine Macht ihr Versprechen, für einen ständigen Ratssitz Deutschlands zu stimmen, wieder zurückziehen wird. Wenn in diesem Zusammenhang in der ausländischen Presse Spanien genannt wird, so faßt man das in politischen Kreisen Berlins geradezu als eine Beleidigung der uns befreundeten Macht auf, zumal das Versprechen von der gegenwärtigen spanischen Regierung stammt. Da ein radikaler Bruch der Versprechungen also nicht durchführbar erscheint, gehen die Bestrebungen gewisser Kreise nun offenbar darauf hinaus, den Einfluß Deutschlands im Völkerbundsrat wenigstens dadurch abzuschwächen, daß er noch um einige andere Mächte erweitert wird. Die Londoner offiziöse Erklärung in dieser Angelegenheit wird so aufgefaßt, daß auch England sich einem solchen Versuch entschieden widersetzt. Sollte er trotzdem zu einem Erfolg führen, so ist anzunehmen, daß die Reichsregierung darin einen illoyalen Akt erblicken müßte, weil man Deutschland einlädt, in eine Körperschaft einzutreten, und hinterher die Zusammensetzung dieser Körperschaft ändert. In maßgebenden politischen Kreisen Berlins ist man der Auffassung, daß in diesem Fall der bisherige Tatbestand, auf den sich das deutsche Aufnahmegesuch gründet, nicht mehr als vorliegend angesehen werden könnte. Jedenfalls verfolgt die Reichsregierung die Entwicklung dieser Frage, die sich in ihrer Auswirkung bisher nicht abschließend überblicken läßt, mit größter Aufmerksamkeit.

★

Die Besprechungen Briands mit Vandervelde.

:: Paris, 11. Febr. Zu der Unterredung Briands mit Vandervelde schreibt „Matin": Die beiden Staatsmänner seien der Ansicht gewesen, daß die Eintrittsformalitäten in den Völkerbund für Deutschland so rasch wie möglich erledigt werden müßten. Es sei kein Grund für eine Polemik über die Zahl der in der zweiten und dritten Zone untergebrachten Truppen vorhanden. Das Notwendige werde geschehen, damit die rheinische Bevölkerung nicht zu leiden habe. Vandervelde erklärte einem Vertreter des „Journal" zwischen Frankreich und Belgien gebe es keine ernsten Meinungsverschiedenheiten. Ueber die zollpolitischen Schwierigkeiten sei man in einen Meinungsaustausch getreten, der durch beiderseitige Sachverständige fortgesetzt werde.

Die Berliner Reise des Generalsekretärs des Völkerbundes.

:: Genf, 11. Febr. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, wird voraussichtlich die von ihm beabsichtigte Reise nach Berlin nächste Woche antreten. Das Präsidium der am Freitag stattfindenden Völkerbundsratssitzung wird von Senator Scialoja dem italienischen Gesandten in Bern, Garbasso, übertragen werden.

Der Reichswehretat.

Geßler über die „vaterländischen" Verbände.

:=: Berlin, 11. Febr.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte heute die allgemeine Aussprache über den Etat des Reichswehrministeriums fort. Reichswehrminister Dr. Geßler verwies gegenüber kommunistischen Angriffen darauf, daß in die Reichswehr selbstverständlich nicht Leute aufgenommen werden könnten, für die der zu leistende Eid nicht gelte und die nur eintreten, um den Eid zu verletzen und den Staat umstürzen wollen. Der Minister fuhr fort: Wir müssen auch die Sicherheit haben und deshalb sind amtliche Auskünfte erforderlich, daß es sich um zuverlässige und ehrliche Leute handelt. Die Reichswehr ist keine Versorgungsanstalt. Wir dürfen nicht Leute hineinnehmen, die der Kriminalität schon verfallen sind. Meldungen von Nachtübungen und anderen Sachen sind zum größten Teil absoluter Klatsch. Der Minister bezeichnete die Redereien von Meutereien in der Reichswehr als reinen Schwindel. Auf die politische Aufgabe der vaterländischen Verbände wolle er sich in keiner Weise einlassen. Er habe den Verbänden nur eine militärische Bedeutung abgesprochen. Die Ausbildung der Reichswehr sei eine ganz andere geworden. Einen Kampfwert hätten diese Verbände deshalb nicht mehr. Die Verbände hätten zwar Aufgaben auf politischem Gebiet, und er freue sich wenn der Gedanke der Wehrhaftigkeit dort von ihnen vertreten werde. Aber sowohl die vaterländischen Verbände wie auch das Reichsbanner seien Parteiverbände und trügen dadurch Unruhe in die Bevölkerung. Die Reichswehr wolle nicht in diese Unruhe hineingezogen werden. Sie könne ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn ihre Bedeutung als Instrument zur Erhaltung des Staates von keiner Seite angefochten würde.

Ein kommunistischer Antrag, das Gehalt des Reichswehrministers zu streichen, wurde abgelehnt.

Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums über den Wohnungsbau.

!! Berlin, 10. Febr.

In verschiedenen Zeitungen wird infolge einer Indiskretion eine Denkschrift über die Frage der Finanzierung des Wohnungsbaues erörtert. Diese Denkschrift soll der Reichsregierung und anderen maßgebenden Stellen Veranlassung und Grundlagen geben, die wirtschaftlich wie sozial so überaus wichtige Frage zu erörtern, wie die für den Wohnungsbau unerläßlichen ersten Hypotheken zu trag-

baren Bedingungen beschafft werden könnten. Das Reichsarbeitsministerium war aus guten Gründen genötigt, zunächst die Frage der Auslandsanleihen in den Vordergrund zu stellen. Andere gangbare Wege sollten hierdurch nicht ausgeschlossen werden. Die Verhandlungen über die verschiedenen Möglichkeiten sind noch nicht abgeschlossen. Es lag deshalb auch keine Veranlassung vor, irgendwelche Aktenstücke aus diesem vorbereitendem Stadium der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Die Hauszinssteuer im neuen Gewande.

)(Berlin, 11. Februar.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages begann heute mit der Beratung der neuen Gebäudeentschuldungssteuer. Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff erklärte, in der Vorlage im Staatsrat sei die Heranziehung der landwirtschaftlichen Wohngebäude nicht enthalten. Von weiten Kreisen der Bevölkerung werde allerdings die Herauslassung der Landwirtschaft als ungerecht empfunden, da ein erheblicher Teil des Aufkommens der Hauszinssteuer ja auch auf dem Lande Verwendung finde. Von Wichtigkeit sei, daß die Steuer in Zukunft von der Friedensmiete ausgehen solle. Das sei viel gerechter als die Grundlage der Grundvermögenssteuer. Das, was der Mieter an Steuern zahle, solle auch der Allgemeinheit zugute kommen. Die Frage, ob Real- oder Personalsteuer, sei von geringer Bedeutung. In der Aussprache wurden von verschiedenen Fraktionsrednern besondere Wünsche vorgetragen.

Die Kritik am Programm des Reichsfinanzministers.

Deutscher Reichstag.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 11. Febr. (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag wurde im Reichsparlament die Beratung des Haushaltsplanes für 1926 fortgesetzt. Die erste Erwiderung auf die Etatsrede des Reichsfinanzministers häte normalerweise den Sozialdemokraten zugestanden, doch zur allgemeinen Ueberraschung ergriff zunächst der deutschnationale Abgeordnete Dr. Hergt das Wort, um in der vorgeschriebenen Zeit von einer Stunde eigentlich nichts Neues zu sagen. Daß der verflossene Finanzminister von Schlieben in seinem Parteifreunde einen tüchtigen Verteidiger fand, versteht sich von selbst. Brauchbare Vorschläge zur Herabminderung der Ausgaben konnten jedoch von dieser Seite, die in der Hauptsache nur von negativer Opposition lebt, nicht gemacht werden. Auch der Sprecher der Sozialdemokraten, Dr. Hilferding, der bekanntlich einmal auf kurze Zeit die Bürde eines Reichsfinanzministers auf seinen Schultern zu tragen hatte, wußte aus seinem marxistischen Weisheitsschatz dem Hause keine Vorschläge zu unterbreiten, die Anspruch auf Neuheit hätten erheben können. Es ist ja auch in der Tat sehr schwierig, neue Gesichtspunkte anzuführen. Der Reichsfinanzminister mußte sich daher vom Fraktionsredner, dem Abgeordneten Erfing, sagen lassen, daß seine Pläne zur Ausbalanzierung des Etats fast alle vom Zentrum bezw. von den Regierungsparteien schon früher in Vorschlag gebracht worden sind. Im übrigen hat die Zentrumsfraktion zu besonderer Genugtuung Anlaß, denn der an Erfing ergangene Auftrag, die Etatsrede zu halten, hätte kaum eine bessere Erledigung finden können. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Abgeordnete Erfing nicht zu den sogenannten „studierten Finanztheoretikern" gehört, sondern durch rastloses Studium sich seine Kenntnisse erworben hat. Ueber den Rahmen einer rein finanzpolitischen Rede hinaus verstand es Erfing, auch andere Fragen zur Diskussion zu stellen. So erhob er Protest gegen die schreiende Imparität, unter welcher Zentrumsanhänger und Katholiken zu leiden haben, so zog er eine vielsagende Parallele zwischen dem Steuerergebnis im Osten und Westen des Reiches. Als Erfing das Rednerpult verließ, konnte er als Lohn für seine ebenso geschickten und ausführlichen Darlegungen reichen Beifall ernten. Von seinen Parteifreunden empfing er manch warmen Händedruck. Das Zentrum hat am Donnerstag wieder einmal bewiesen, daß es in vorderster Linie steht, wenn es gilt, für Volk und Vaterland zu raten und zu taten.

★

= Berlin, 11. Febr.

In der ersten Beratung des Haushaltsplanes für 1926 nimmt als erster Redner aus dem Haus

Abg. Hergt (D.Ntl.)

das Wort. Er führt aus: Zu der vorsichtigen Finanzpolitik seines Amtsvorgängers stehe das Programm des neuen Ministers in scharfem Gegensatz, denn es habe nur das eine kommende Jahr im Auge Es sei merkwürdig, daß derselbe Reichskanzler hinter beiden Finanzministern stehe, hinter dem verflossenen vorsichtigen und hinter dem jetzigen, der so gewagte Experimente unternimmt. Der dem früheren Finanzminister von Schlieben gemachte Vorwurf der Thesaurierungspolitik mußte eigentlich an die Adresse der Regierung von 1924 gerichtet werden, die ganz in den Schuhen der alten Koalition stand und die Wirtschaft übertrieben belastete. Der fundamentale Unterschied unsererPolitik zu der des Ministers ist der, daß wir den Steuerabbau ausgleichen wollten durch Drosselung der Ausgaben und Steigerung der Einnahmen auf der anderen Seite. Das Programm des neuen Finanzministers enthält nichts davon, er predigt frisch, fromm, fröhlich und frei nur den Steuerabbau. Die Anleihen, mit denen der Minister die Kosten werbender Ausgaben decken will, werden nicht so leicht zu bekommen sein. Es werden bei der herrschenden Not sicher neue Anforderungen kommen auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge.

Bei diesen Worten schreit eine Frau von der Publikumstribüne herunter: Faulheitsprämien. Sie hatte schon vorher Zurufe gemacht und wird von der Tribüne entfernt, als sie weiter ruft: Ihr könnt keine Kritik vertragen!

Abg. Hergt sucht in seinen weiteren Ausführungen nachzuweisen, daß mit dem Programm des Reichsfinanzministers die unvermeidlichen Ausgaben nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt werden könnten. Der Gefahr einer Finanzkontrolle durch den Daweskommissar müsse aber rechtzeitig dadurch vorgebeugt werden, daß alles aufgebracht wird, was aus eigener Kraft geleistet werden kann. Der Minister überschätze die Wirkung der Herabsetzung der Umsatzsteuer, wenn er davon sofort eine Senkung der Preise erwartet. Es fehle dem Reichsfinanzminister ein bis zu Ende durchdachter Plan. Durch die immer mehr anwachsende Wirtschaftsnot und die große Steigerung der Arbeitslosigkeit sind die Grundlagen des Dawesgutachtens zusammengefallen. Das muß endlich einmal in der Reparationsfrage praktisch ausgenutzt werden. Wir vermissen Kautelen in dem Steuerprogramm des neuen Reichsfinanzministers. und wir werden dieses Programm genau nachprüfen. Die Steuerermäßigungen werden wir natürlich annehmen (Lachen links). aber wir bedauern heute schon den Amtsnachfolger des jetzigen Ministers wegen der Erbschaft, die er antreten muß. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hilferding (Soz.):

Die Programmrede des Reichsfinanzministers hatte Niveau und war von einer einheitlichen politischen Linie getragen. Diese Rede hätte aber schon vor einem Jahre und vom Minister Schlieben gehalten werden müssen. Die jetzt vom Minister und von allen Seiten als unerträglich bezeichnete Ueberlastung der Wirtschaft mit produktionshemmenden Steuern ist mit Zustimmung der Deutschnationalen vom deutschnationalen Finanzminister v. Schlieben durchgesetzt worden. Zu diesen Steuererhöhungen war Deutschland nicht gezwungen durch das Dawesabkommen. Die Annahme der Dawesgesetze ist nur durch die Deutschnationalen ermöglicht worden

Westarp und Hergt haben mit dem Volksparteiler Dr. Curtius verhandelt und gegen die Zusicherung von vier Ministersitzen durch die Zustimmung von 50 Prozent ihrer Mitglieder bei der entscheidenden Abstimmung die Annahme des Dawespaktes herbeigeführt. Wir begrüßen die angekündigte Herabsetzung der Umsatzsteuer. Eine Preissenkung wird ihre Wirkung aber nur dann haben können, wenn eine entsprechende Handelsvertragspolitik betrieben wird. Die angekündigte Milderung der Besitzsteuer, vor allem der Vermögenssteuer können wir nicht billigen. Die Frage des Finanzausgleichs ist jetzt das große deutsche Kernproblem. Der Staat hat gerade jetzt die Pflicht, die Wirtschaftsnot zu mildern durch Vergebung öffentlicher Arbeiten, auf dem Gebiete der Eisenbahn, der Elektrizitätsversorgung. der Exportförderung der Industrie und des Wohnungsbauwesens Die Wohnungsnot ist so groß, daß schleunigst und durchgreifend geholfen werden muß. Hier besteht kein Bedenken gegen eine Auslandsanleihe für den deutschen Wohnungsbau.

Abg. Erfing (Z.)

betont, daß zu hoffen sei, daß die Finanzen des Reiches genau so gesichert sind wie gegenwärtig, wenn der jetzige Finanzminister etwa einmal vom Amte abberufen werde.

Die Herabsetzung der Umsatzsteuer

entspreche einem Wunsche der Regierungsparteien. Es müsse geprüft werden, ob diese Steuer nicht ganz fallen könne. Mit einer vorübergehenden Senkung der Fusionssteuer sei das Zentrum einverstanden. Bei den Zusammenlegungen müßten aber die Interessen der Arbeiter und der betroffenen Gemeinden berücksichtigt werden. Das Zentrum sei

gegen eine Herabsetzung der Börsenumsatzsteuer

und würde dafür lieber eine Senkung der Zuckersteuer verlangen, da dies im Interesse des ganzen Volkes liege. Erstaunt sei das Zentrum, daß aus der Rede des Finanzministers es so geklungen habe, als ob durch die Steuerpolitik des Reiches über 200 Millionen mehr für die Entente herausgewirtschaftet seien. Nur durch intensive Arbeit sei es möglich gewesen, einen Betriebsmittelfonds von 300 Millionen im Reiche anzusammeln. Zuzustimmen sei dem Finanzminister in der Absicht, den Ländern

das Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftssteuer

wiederzugeben und in dem Wunsche, die einmaligen Ausgaben durch Anleihen zu decken. Der Minister müsse aber für den Fall des Mißlingens dieses Projektes auch einen anderen Weg bereit haben. Bedauerlicherweise habe der Finanzminister nichts darüber gesagt, wie und wo er am Etat einsparen wolle. Erforderlich sei dazu aber auch, daß die Parteien nicht agitatorische und demagogische Anträge stellen, sondern sachlich arbeiten. Der Redner verweis. auf einen Antrag seiner Partei, einen

Ausschuß unter Zuziehung des Sparkommissars

mit der Aufgabe zu betrauen, zu prüfen, wo am Etat gespart werden kann. Namentlich erscheine beim Finanzministerium selbst ein nachhaltiger Abbau nötig, der auch die Finanzämter berühren könne. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das Auswärtige Amt habe vor dem Kriege 20 Millionen gekostet und koste heute 53 Millionen. (Hört, hört! im Zentrum.) Eine gute Außenpolitik hänge doch nicht allein von einer großen Anzahl Beamter ab. Eine erschreckende hohe Summe nehme im Etat der Pensionsaufwand ein, der mit Einschluß der Länder 2½ Milliarden jährlich erfordere. An dieser Ziffer zerfalle der Vorwurf, daß Deutschland nichts für seine Beamten tue. Das Zentrum wolle weniger, aber dafür

gut bezahlte Beamte

im Staatsdienst haben. Der Redner fordert Beseitigung des Kohlenkommissars, lehnt aber Bestrebungen auf Streichung des Arbeitsministeriums ab. Die Dawesgesetze wirkten sich bei der Eisenbahn deshalb ungünstig aus, weil Zehntausende dadurch erwerbslos werden, daß die Reichsbahn keine Aufträge vergeben könnte. Im übrigen könnten die Millionenzahlen des Etats nur Wirklichkeit werden, wenn in der Wirtschaft wieder Friede sei. Das Zentrum habe zur Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft ein Programm, aus drei Forderungen bestehend, aufgestellt um dessen Anerkennung und Durchführung es ersucht: Sicherung unserer landwirtschaftlichen Produktion, Steigerung unserer Ausfuhr durch finanzielle Maßnahmen,

rasche Belebung des Wohnungsmarktes.

Die Mittel, die der Staat in die Wirtschaft steckt, fließen ihm aus der gesunden Volkswirtschaft heraus wieder zu. Zur Gesundung der Wirtschaft sei aber auch die Beseitigung der Reibungsflächen zwischen Unternehmern und Arbeitern nötig. Die Wirtschaftsführer könnten da viel tun. In der letzten Zeit sind in der Rechtspresse wiederholt Artikel veröffentlicht worden, in denen

gegen die Verwendung von Katholiken bei den Staatsbehörden

Stellung genommen wird. Namens meiner Freunde möchte ich meinem Erstaunen darüber Ausdruck geben Sind denn die Katholiken Staatsbürger zweiter Klasse? Erfüllt der katholische Volksteil seine Pflicht gegen Volk und Staat etwa weniger als andere Schichten? Wir verlangen gar keine Bevorzugung, wir verlangen nur die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung des katholischen Volksteils. Meine politischen Freunde haben schon in der Vorkriegszeit und stärker noch seit Beendigung des Krieges immer wieder auf die geradezu

schreiende Imparität in allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung

hingewiesen. Wir werden die Forderung einer paritätischen Behandlung der Katholiken in den öffentlichen Aemtern so lange fordern, bis die feststehende Ungleichheit beseitigt ist. Wieweit die Abneigung gegen die Katholiken geht, zeigt auch ein Artikel der „Ostpreußischen Zeitung", welche die Beamtenschaft im Reichsernährungsministerium auffordert,

ihrem Minister tatkräftige Mitarbeit zu verweigern.

Vor einigen Tagen sind in der „Kreuzztg." schwere Angriffe gegen den Herrn Reichsjustizminister Marx erhoben worden, die seine treudeutsche Gesinnung in Zweifel ziehen. Diese Anwürfe weise ich namens der Zentrumsfraktion auf das entschiedenste zurück. Die Tätigkeit des Herrn Dr. Marx und der Deutschen Zentrumspartei in den letzten Jahren liegt offen zu Tage. Nur durch die von Marx und uns betriebene Politik ist das Rheinland dem deutschen Volke erhalten geblieben. Nicht Sie (nach rechts), sondern wir haben die Pläne der französischen Annexionisten am Rhein zerschlagen. Schmähartikel, wie sie die „Kreuzzeitung" gegen Marx veröffentlicht hat, empfinden die Massen der Bevölkerung des besetzten Gebietes wie einen Schlag ins Gesicht Zum Thema

Fememorde

bemerkt der Redner, daß der Ausschluß der Oeffentlichkeit in dem betreffenden Gerichtsverfahren nicht geeignet sei, das Vertrauen zur deutschen Rechtspflege zu stärken. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Cremer (D. Vpt.)

betont, bei dem vorigen Finanzminister sei sehr stark der Wunsch hervorgetreten, Werte auf die „hohe Kante" zu legen, dem man in einem beschränkten Umfange zustimmen könne. Es gebe gewisse Möglichkeiten, den Etat in sich umzugestalten. Ausgabeerhöhungen könnten z. B. nur durch Abstriche an anderen Etatsstellen ausgeglichen werden. Die Industriewerke die sich in öffentlicher Hand befinden, müßten steuerlich ebenso behandelt werden wie Privatbetriebe. Dann könnte das Reich erhebliche Mehreinnahmen erzielen. Gegen eine zu starke Herabsetzung der Umsatzsteuer müßten starke Bedenken geltend gemacht werden. Wenn man der Herabsetzung zustimmt, müßte aber nachdrücklichst dahin gewirkt werden, daß die Steuersenkung auch den Konsumenten zugute kommt.

Die Luxussteuer

sollte vollständig beseitigt werden. Die Herabsetzung der Fusionssteuer sei zu begrüßen. Zuzustimmen sei auch den Absichten des Ministers auf Milderung der Vermögens- und Börsenumsatzsteuer. Die Volkspartei werde das Steuerprogramm des Ministers wohlwollend prüfen.

Die Weiterberatung wird um 6 Uhr auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Auf Antrag des Geschäftsordnungsausschusses wird die Genehmigung zur Strafverfolgung mehrerer Abgeordneten verweigert. Erteilt wird die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Bülow (Soz.) wegen Versicherungsbetruges.

Der Streit um die Fürstenabfindung.

× Berlin, 11. Febr.

Die Generaldebatte über die Anträge zur Fürstenabfindung wurde heute im Rechtsausschuß des Reichstages unter Vorsitz des Abg. Dr. Kahl (D. Vp.) fortgesetzt.

Abg. Rosenfeld (Soz.) kam auf seine Frage zurück, ob

deutschnationale Abgeordnete mit dem früheren Kronprinzen und dem Rechtsvertreter des Hohenzollernhauses verhandelt

haben. Nach Pressemitteilungen seien an den Verhandlungen mit Rechtsvertretern des Hohenzollernhauses beteiligt gewesen die deutschnationalen Abgeordneten Dr. Barth, Dr. Hoetsch und Abgeordneter Dr. Bredt (Wirtsch. Ver.).

Abg. Dr. Barth (Dntl.). Ich weise es als eine ungeheure Anmaßung zurück (der Vorsitzende rügt diesen Ausdruck), wenn Abg. Dr. Rosenfeld glaubt, von mir über meinen gesellschaftlichen Verkehr irgendwelche Auskunft erlangen zu können. Ich werde auf solche Anzapfungen nicht mehr antworten.

In der Fortsetzung der Generaldebatte nimmt

Abg. Dr. Everling (Dntl.) das Wort. Er weist einleitend nochmals die Angriffe zurück, die gegen ihn persönlich wegen seiner inzwischen niedergelegten Rechtsvertretung des Herzogs von Altenburg gerichtet worden waren. Der Enteignungsantrag sei ganz undiskutabel. Der ursprüngliche demokratische Antrag mache in dem Streit eine Partei, nämlich die Landesregierung selbst, zum Richter. Auch der Kompromißentwurf verletze wichtige Verfassungsgrundsätze. An die Unterzeichner des Kompromißentwurfes müßten die Fragen gerichtet werden: 1. Bleibt das Privateigentum erhalten? 2. Bleiben rechtskräftige Entscheidungen bestehen? Bleibt die Rechtsgleichheit soweit gewahrt, daß man kein Sonderaufwertungsrecht schafft?

Der nächste Redner, Abg. Dr. Wunderlich (Dvpt.) erklärte, die Enteignungsanträge müsse die Deutsche Volkspartei ablehnen, weil sie für die Aufrechterhaltung des Privateigentums eintritt. Es würde auch höchst unsozial sein, die Mitglieder der Fürstenhäuser aller Existenzmittel zu berauben. (Abg. Frau Pfülf (Soz.): Sie sollen natürlich Renten bekommen wir andere. Wäre gleich bei der Revolution die Enteignung der Fürstenhäuser ausgesprochen worden, so hätte man sich damit als Revolutionsrecht abfinden können. Das ist aber nicht geschehen. und seit August 1919 haben wir die Weimarer Verfassung. Der Kompromißentwurf bedeutet keine Bindung der Parteien, aber er ist eine gute Grundlage für die gesetzgeberische Arbeit in dieser Frage.

Abg. Wegmann (Z.) wandte sich zunächst gegen den Abgeordneten Dr. Everling. Zurückzuweisen sei die Behauptung, daß der Ausschuß sein Material nicht objektiv gesammelt habe. Keinesfalls dürfe der Kompromißentwurf durch die Einfügung der Rückwirkung so geändert werden, daß die bisher in vielen Ländern zur Zufriedenheit aller Teile getroffene Regelung wieder umgestoßen werden kann. Von einer Reihe fürstlicher Familien sind Ansprüche erhoben worden, die außerordentlich übertrieben sind und starke Erregung hervorgerufen haben. Wir wollen eine gerechte und verfassungsmäßige Lösung, darum lehnen wir eine entschädigungslose Enteignung ab. Die Fürsten werden nachzuweisen haben, was sie in ihrer Eigenschaft als Privatpersonen erworben haben. Im Interesse des deutschen Ansehens müssen andererseits die Fürsten so gestellt werden, wie es der Tatsache entspricht, daß sie vielfach Jahrhunderte lang mit den Ländern verwachsen waren und sich viele Verdienste um sie erworben haben.

Abg. Landsberg (Soz.): Die Hervorhebung fürstlicher Verdienste für die Bemessung der Fürstenabfindung müßte die Folge haben, daß man auch die negativen Verdienste einzelner Fürstenhäuser bei der Abfindung zu ihren Ungunsten berücksichtigt. Beispielsweise derjenigen Fürstenhäuser, die seinerzeit mit Napoleon den Rheinbundvertrag abschlossen. Der Kompromißantrag bietet eine schlechte Lösung. Wenn nicht nach dem formellen Recht, sondern nach Billigkeitsgründen entschieden werden soll, so ist nicht einzusehen, warum die Entscheidung Berufsrichtern übertragen werden soll. Weit rascher und besser würde die Landesgesetzgebung, wie es der demokratische Antrag will, die Streitfälle nach Billigkeitsgrundsätzen entscheiden können. Wenn die übrigen Parteien einen Volksentscheid verhindern wollen, so wäre dazu vielleicht der einzige Weg die Annahme des demokratischen Antrages, nicht die des Kompromißantrages.

Die Fortsetzung der Generaldebatte wurde dann auf Freitag vertagt.

★

Sozialdemokratische Anträge.

:: Berlin, 11. Febr. Nach einer Meldung der „Voss. Zeitung" bereiten die Sozialdemokraten Anträge vor, durch die das Kompromiß für die Schaffung eines Sondergerichtes zur Regelung der Fürstenabfindung durch die Bestimmung verschärft werden soll, daß zu dem Sondergericht keine Einzelrichter gehören. Auch sollen bereits abgeschlossene Prozesse wieder aufgerollt werden.

Der Reichsrat

hielt am Donnerstag eine öffentliche Vollsitzung unter Vorsitz des Ministers Dr. Külz ab.

Zu dem vom Reichstag beschlossenen Sperrgesetz in Sachen der Fürstenabfindung erklärte der bayrische Gesandte v. Preger: Meine Regierung hat bereits im Rechtsausschuß ihrer Anschauung dahin Ausdruck gegeben, daß keine Reichskompetenz bestehe für die Regelung der Verhältnisse der ehemaligen Fürstenhäuser. Nachdem in Bayern die einschlägigen Verhältnisse bereits geregelt sind, wird Bayern durch das vorliegende Gesetz nicht berührt und enthält sich der Stimme.

Die gleiche Erklärung gaben die Vertreter von Braunschweig und Mecklenburg-Schwerin ab.

Mit 49 gegen 4 Stimmen, bei Stimmenthaltung von Bayern, Mecklenburg und Braunschweig, beschloß der Reichsrat, keinen Einspruch gegen das Sperrgesetz zu erheben. Die vier Stimmen gegen das Gesetz wurden abgegeben von den Vertretern der preußischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Niederschlesien.

Den Verträgen mit Holland und dem spanischen Handelsprovisorium stimmte der Reichsrat zu.

Der Reichsrat nahm den Gesetzentwurf über das auf der Konferenz in Helsingfors abgeschlossene Abkommen zur Bekämpfung des Alkoholschmuggels an.

Angenommen wurde ferner das vorläufige Handelsabkommen zwischen Deutschland und der Türkei.

In diesem Abkommen garantieren sich beide Teile die Meistbegünstigung.

Mit der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes betr. die Durchführung der Artikel 177 und 178 des Versailler Vertrages erklärte sich der Reichsrat einverstanden. Es handelt sich hierbei um die Verpflichtungen, die Vereinigungen auferlegt werden, sich nicht mit militärischen Dingen zu befassen, widrigenfalls sie aufgelöst werden können.

Bayern erklärte, sich der Stimme enthalten zu wollen.

Der Reichsrat genehmigte weiterhin noch eine Anzahl von Anträgen auf steuerliche Begünstigung von Auslandsanleihen. Es kommen in Betracht folgende Anleihen: 1. Der Staat Bremen 15 Mill. Dollar, 2. die Stadt Berlin (!) 15 Millionen Dollar, 3. Die Gute Hoffnungshütte in Nürnberg 10 Millionen Dollar, 4. die Firma Krupp-Essen 10 Millionen Dollar, 5. eine Reihe von Hypothekenbanken und anderen Banken.

Den Pfandbriefen der Preußischen Zentralstadtschaft in Berlin wurde die Mündelsicherheit zuerkannt.

Deutsches Reich.

Die Prüfung von Personalbeschwerden bei der Reichsbahn.

* Berlin, 11. Febr. Die Prüfung von Beschwerden gegen das Verfahren einer der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft nachgeordneten Stelle bei der Behandlung von Personaleinzelfällen und die Sorge für Abhilfe bei Feststellung von Mißständen ist, wie der Amtliche Preußische Pressedienst auf Grund der Antwort des preußischen Handelsministers auf eine kleine Anfrage mitteilt, Sache der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Der Reichsregierung steht nach dem Gesetz über die deutsche Reichsbahn in Bezug auf die Behandlung von Personaleinzelfällen weder ein Aufsichts- noch ein Auskunftsrecht zu.

Spanien.

Attentatsversuche gegen Primo de Rivera.

+ Paris, 11. Febr. Nach einer Meldung des „Journal" aus Hendaye wird aus Barcelona berichtet, daß während des Aufenthalts des Generals Primo de Rivera in dieser Stadt mehrere Attentate auf ihn persönlich versucht worden seien. Im ganzen seien an verschiedenen Punkten der Stadt jedesmal an einer Stelle, wo sich Primo de Rivera hinbegeben hatte, oder hinbegeben wollte, 7 Bomben explodiert. Die Attentate sollen von gewerkschaftlichen und katalonischen Elementen vor der Aburteilung der wegen des im vorigen Jahre verübten, ebenfalls gegen Primo de Rivera gerichteten Attentats, verübt worden sein.

Chamberlain über die Zusammensetzung des Völkerbundsrates.

× London, 11. Febr. Auf eine Anfrage Macdonalds über die etwaige Schaffung neuer ständiger Sitze im Völkerbundsrate antwortete Chamberlain im Unterhause: Das deutsche Gesuch um Aufnahme in den Völkerbund hat, wie wohl nicht zu vermeiden war, die ganze Frage der Zusammensetzung des Völkerbundsrates aufgerollt und auch auf anderer Seite zur Geltendmachung von Ansprüchen geführt. Solange solche Ansprüche nicht formell vorgelegt, und die dafür und dagegen sprechenden Gründe gehört worden sind, ist es nicht möglich, irgend eine endgültige Entscheidung darüber zu treffen, in welcher Weise man den Interessen des Völkerbundsrates und überhaupt des Völkerbundes am besten dient. Soweit es jetzt schon tunlich ist, diese Frage zu untersuchen, geschieht dies seitens der Regierung sorgfältig und aufmerksam. Chamberlain erklärte in Beantwortung von Fragen Macdonalds weiter: Wenn es mir möglich ist, vor meiner Abreise zur Teilnahme an der Tagung des Völkerbundsrates im März weitere Erklärungen abzugeben, so werde ich das gerne tun, aber ich habe die Empfindung, daß Macdonald anerkennen wird, daß in einer Angelegenheit die Gegenstand der Erörterung und Entscheidung des Völkerbundsrates und der Völkerbundsversammlung ist und über die zunächst eine erhebliche Meinungsverschiedenheit bestehen muß, es wünschenswert ist, daß den Gefühlen und Ansichten Rechnung getragen wird, die in diesen Körperschaften und den bei der Erörterung auftretenden Argumenten vorherrschen. Es würde tatsächlich den Zweck dieser gemeinsamen Beratungen vereiteln und der Nützlichkeit und dem Einfluß des Völkerbundes abträglich sein, wenn Vertreter dieses oder irgend eines anderen Landes im voraus durch starre Instruktionen gebunden werden, die irgend ein allgemeines Uebereinkommen unmöglich machen würden.

Wedgewood Benn stellte die Frage, ob Chamberlain irgend welche Angaben darüber machen könne, welche Haltung die britische Regierung gegenüber dem Gesuch dieser beiden Mächte einnähme.

Chamberlain antwortete: Ich glaube, es handelt sich um mehr als um zwei Mächte. Chamberlain fügte hinzu: Gegenwärtig hoffe ich, daß das Haus mir erlauben wird, mich auf die gegebenen Erklärungen zu beschränken. Wenn Macdonald die Frage in der ersten Märzwoche, unmittelbar bevor ich mich nach Genf begebe, stellen will, so werde ich mich, falls irgend eine weitere Mitteilung in passender Weise gegeben werden kann, freuen, sie zu geben.

Thurtle (Arbeiterpartei) fragte, ob irgend etwas Wahres an der in der Presse erschienenen Andeutung sei, daß Chamberlain der spanischen Regierung das Versprechen gegeben hätte, ihr Anspruch auf Zulassung zum Völkerbundsrat würde von der britischen Regierung unterstützt werden.

Chamberlain erwiderte: Ich wünsche z. Z. nicht meinen soeben gemachten Mitteilungen irgend etwas hinzuzufügen. Es wäre nicht am Platze dies zu tun.

Mussolinis Senatsrede.

)!(Rom, 11. Februar.

In seiner gestrigen Rede vor dem Senat führte Mussolini, nachdem er die Kundgebung der fremdstämmigen Hoteliers und Invaliden (Leute offenbar, die aus sehr naheliegenden wirtschaftlichen Gründen nicht in Opposition zum herrschenden Regime zu kommen suchen) erwähnt hatte, weiter aus:

„Ich habe kaum nötig, zu wiederholen, daß unsere Politik im oberen Etschtal, eine Politik, die ich als Politik der „römischen Gerechtigkeit" bezeichnet habe, in diesen Gebieten fortgesetzt werden wird, die man mit viel Keckheit in den Kreis der deutschen Kulturgemeinschaft einbeziehen will, während für uns das obere Etschtal in die politische, geschichtliche, geographische, wirtschaftliche, moralische italienische Kulturgemeinschaft gehört.

Stresemann hat versprochen, daß Deutschland seine Haltung gegenüber den fremden Minderheiten innerhalb der Reichsgrenzen nicht ändern wird. Ich nehme davon für die Zukunft Kenntnis, aber für die Gegenwart ist es Wahrheit, daß die Deutschen keine Schulen mit polnischer Sprache in den Gebieten dulden, wo polnische Minderheiten leben, und ebenso wenig in Gebieten, wo dänische Minderheiten vorhanden sind. Es ist eine Nachricht aus der allerjüngsten Zeit, wonach verschiedene dänische Verbände in Schleswig an den preußischen Ministerpräsidenten eine Denkschrift gerichtet haben sollen, mit der sie ihn auffordern, in Betracht zu ziehen, daß die dänische Bevölkerung in Schleswig seit sechs Jahren darauf wartet, daß man ihr kulturelle Freiheit gewährt, die, soweit es die Schulfrage betrifft, mit der verglichen werden kann, die die deutschen Minderheiten in Dänemark genießen.

Herr Reichsminister Stresemann! Nehmen Sie den Balken aus dem deutschen Auge, bevor Sie den kleinen Splitter im italienischen Auge suchen! Mit diesem Fall ist bewiesen, daß, wenn die Oesterreicher und Deutschen gesiegt hätten, so wäre alles, was italienisch ist, vom Brenner bis Garda, brutal vernichtet worden. (Existiert für Mussolini nicht die Friedensresolution des Reichstags, die jeden Annexionsfrieden ablehnte? Die Red.) Die kurze Debatte der letzten Tage hat nicht zwei Minister gegenübergestellt, sondern

zwei Auffassungen

über eine verwickelte und heikle Lage. Daher rührt das in der gesamten Welt wachgerufene Interesse und die Erregung. Jetzt, wo die Schleier gefallen sind, erscheint die Lage außerordentlich klar. Deutschland beabsichtigt also, innerhalb und außerhalb des Völkerbundes den geistigen Schutz aller in der Welt lebenden Deutschen zu übernehmen, sogar der wenig zahlreichen Deutschen im Oberetsch-Gebiet, die vor dem Kriege nicht Staatsangehörige des Deutschen Reiches waren. Das muß man sich merken und aufmerksam darüber nachdenken.

Ich erkläre aber nicht weniger bestimmt

1. Die fremdstämmige Bevölkerung im Oberetsch-Gebiet gehört nicht im geringsten zu denjenigen Minderheiten, die Gegenstand besonderer Abkommen in den Friedensverträgen waren.

2. Italien wird sich in keine Debatte über diesen Gegenstand einlassen, in keiner Versammlung und in keinem Rat. Daher ist die Entschließung des Tiroler Landtages vollkommen hinfällig.

3. Die faszistische Regierung wird sich mit der größten Energie jedem derartigen Plan widersetzen, denn sie würde sich eines wahrhaften Verbrechens am Vaterland für schuldig halten, wenn wegen 100 000 Deutschen, die auf italienischen Boden herabstiegen, irgendwie Sicherheit und Frieden von 42 Millionen Italienern in Frage gestellt werden sollten, die sicherlich den homogensten und geschlossensten Block bilden, den es in Europa gibt.

Das sind keine Drohungen, für die irgendwelche Zweifel gelten können; das sind Aeußerungen der Würde und Kraft, die durch die Wirklichkeit niemals dementiert werden können, wie sie auch dem neuen Italien eigen sind, demgegenüber allzuviele Deutsche, die bei der alten Geschichtsschreibung hängen geblieben sind, den schweren Fehler haben, es noch nicht zu kennen

Der Senat in seinem Feingefühl der staatsbürgerlichen Verantwortung hat bemerkt, daß die Diskussion dieser Tage grundlegende Fragen berührt. Grundlegend und lebenswichtig ist nicht nur die Frage der

Unverletzlichkeit der Brennergrenze,

die Stresemann — und ich sage ihm großen Dank dafür — uns rechtlich auf Grund der Friedensverträge zuerkennt, sondern auch alles, was von dieser Unverletzlichkeit herrührt. Der Senat erinnert sich daran, daß von 1866—1915 die italienische Nation unter der alten unsinnigen Grenze des Trentin gelitten hat, wie unter einem Messer, das der Feind mit der Schneide von den Alpen bis zu den Ufern des Po vorstieß. Diese Grenze bildete einen der beängstigenden Aspekte unsers nationalen Dramas, das 1866 unterbrochen, aber 1918 mit dem Siege unserer Waffen glücklich abgeschlossen wurde. Dieses Wort ist

endgültig und unverletzlich.

Wenn ich so spreche, glaube ich der tatsächliche Dolmetsch des ganzen italienischen Volkes zu sein."

Die Rede wurde oft von sehr lebhaften Zustimmungskundgebungen unterbrochen. Die markantesten Stellen wurden von ungeheurem Beifall begleitet. Dreimal erhoben sich die Senatoren von ihren Plätzen, um Mussolini zu huldigen. Man weist auf die besondere Bedeutung dieser Kundgebung hin, da der Senat sonst mit solchen Kundgebungen sehr karg ist.

Nach dieser eindrucksvollen Kundgebung erklärte Senatspräsident Tittoni, daß er diese gewaltige Kundgebung der vollkommenen Uebereinstimmung mit dem Regierungshaupt im Protokoll eintragen lassen werde.

*

Auch in diesem zweiten Teil der Rede Mussolinis, der gestern bei Redaktionsschluß noch nicht in dieser Ausführlichkeit vorlag, sucht man vergeblich nach einem versöhnlichen Widerhall, den die ruhig sachliche Antwort Stresemanns in Rom hervorgerufen hätte. Bemerkenswert ist vor allem zweierlei: erstens, daß Mussolini, der Ministerpräsident des Landes, das zur Zeit in der Person Scialojas den Vorsitzenden des Völkerbundsrats stellt, es ausdrücklich ablehnt, eine Erörterung über die Behandlung der deutschen Minderheit in Südtirol im Völkerbund zuzulassen, zweitens, daß er die Brennergrenze als endgültig bezeichnet. Mit letzterem stellt Mussolini seine Aeußerung klar, daß Italien die Trikolore, wenn nötig, weiter vorwärts tragen würde. An einen Angriff auf Deutschland denkt also der Duce doch nicht. Die Bemerkung über die Nichtzulassung einer Erörterung der südtiroler Frage im Völkerbund ist ein Einschüchterungsversuch, der bei uns wirkungslos verpufft. Denn es muß als die historische Aufgabe des Deutschen Reiches bezeichnet werden, den überall versprengten deutschen Minderheiten den Schutz ihrer kulturellen Rechte dort zu sichern, wo es möglich ist. Diese Stelle ist der Völkerbundsrat. Daß das faschistische Italien sich in der Entdeutschung Südtirols von keinem Völkerbundsrat dreinreden lassen werde, zeigt im übrigen, wie wenig Mussolini den Völkerbundsgedanken erfaßt hat. Daß der Schutz der volklichen Minderheiten, die mit andern Völkern in einem Staat vereinigt sind, eine der Hauptaufgaben des Völkerbundes ist, entzieht sich anscheinend seiner Kenntnis.

Schon zu der ersten Rede Mussolinis haben wir bemerkt, daß es im deutschen Interesse liege, diese Kontroverse mit Italien in möglichst geräuschloser Weise beizulegen. Nun war allerdings die erste Rede so toll, daß eine deutsche Antwort nötig war. Sie ist sowohl von Dr. Stresemann wie auch vom Reichstag selbst gegeben worden. Eine neue Replik dürfte sich deshalb erübrigen, und wir halten es daher für richtig, daß der deutsche Reichsaußenminister, wie aus Berlin gemeldet wird, keine Neigung hegt, auf Mussolinis Rede nochmals zu antworten. Hoffentlich macht man nun auch in Bayern Schluß mit dem Boykott-Unsinn. Auch möchten wir nicht wünschen, daß sich etwa der bayerische Ministerpräsident zu einer Antwort veranlaßt sieht.

*

Zu dem neuen Wutausbruch Mussolinis bemerkt die „Köln. Volkszeitung" u. a. „Die Erregung über den ganzen Zwischenfall wird noch einige Zeit anhalten. Seien wir klug und ziehen wir die Erörterungen nicht zu lange hinaus. Rechnen wir mit der Gewißheit, daß das faszistische Regime, das ohne heißen Atem nicht leben kann, bald einen Angriffspunkt findet, der außerhalb der deutschen Sphäre liegt. Nur wenn wir kaltblütig bleiben, können wir diese Wendung beschleunigen und den Südtirolern Erleichterung verschaffen. Und vergessen wir niemals, daß wir unendlich schwach sind. Es wäre ein Unglück, wenn sich die Beziehungen Deutschlands zu Italien noch weiter verschlechtern würden."

Eine Berliner Korrespondenz der „Kölnischen Zeitung" befaßt sich mit der von gewissen privaten Kreisen in Deutschland eingeleiteten Boykottbewegung gegen italienische Erzeugnisse, die Mussolini zum Anlaß genommen hat, ein amtliches Verbot der Einfuhr deutscher Waren nach Italien anzudrohen. Die Reichsregierung mißbilligt, wie Dr. Stresemann in seiner Rede ausführte, die geschilderte private Betätigung unverantwortlicher Leute in Deutschland entschieden. Wie sehr sich aber nicht nur Deutschland, sondern auch Italien ins eigene Fleisch schneiden würde, wenn es wirklich zu dem gegenseitigen Warenboykott kommen würde, zeigen deutlich die auf amtlichem Material beruhenden Ausführungen der „Köln. Ztg.", in denen u. a. gesagt wird: „Nach großen Mühen ist es am 31. Oktober 1925 gelungen, zwischen Deutschland und Italien einen Handelsvertrag zu schließen. Bereits in den Jahren 1923 und 1924 hatte die Ausfuhr Deutschlands nach Italien gegenüber der Inflationszeit zugenommen und wenigstens wieder annähernd 60 v. H. des Standes von 1913 erreicht. Im Jahre 1913 belief sich die deutsche Ausfuhr nach Italien auf 393,4 Millionen Mark, im Jahre 1923 auf 244,6 und im Jahre 1924 auf 239,4 Millionen Mark. Die Ausfuhr Italiens nach Deutschland hatte vor dem Kriege 317,6 Millionen Mark, also nur etwa 81 v. H. der deutschen Warenausfuhr nach Italien betragen. Im Jahre 1923 lieferte Italien infolge der durch die Währungsnot stark gesunkenen deutschen Kaufkraft für 149,8 Millionen Mark Waren nach Deutschland, im Jahre 1924 jedoch wieder für 366,7 Millionen Mark. Im Jahre 1924 verhielt sich das Interesse Deutschlands am Warenverkehr mit Italien zu dem Interesse Italiens am Warenverkehr mit Deutschland etwa wie 2:3. Die Ziffern für 1925 liegen noch nicht vor; aus den Teilziffern geht jedoch hervor, daß auch heute noch Italiens Interesse am deutschen Markt erheblich größer ist als Deutschlands Interesse am italienischen Markt. Dazu kommt noch, daß der deutsche Reiseverkehr nach Italien viel größer ist als der italienische Reiseverkehr nach Deutschland, daß also dieser Posten der beiderseitigen Zahlungsbilanz einen erheblichen Aktivsaldo für Italien enthält. Sollte der italienische Ministerpräsident seine Drohung wahrmachen und die Einfuhr deutscher Erzeugnisse verbieten, so wäre der wirtschaftliche und finanzielle Nachteil Italiens erheblich größer als der Deutschlands. Es liegt auf der Hand, daß gespannte politische Beziehungen kein günstiger Nährboden für den Wirtschaftsverkehr zweier Länder sind. Mussolini, der an den Handelsvertragsverhandlungen mit den deutschen Vertretern im Herbst vorigen Jahres tätigen Anteil genommen hat, weiß ganz genau, wie sehr es uns darum zu tun war, endlich mit einem der bedeutendsten frühern Kriegsgegner zu endgültigen wirtschaftlichen Abmachungen zu gelangen. Wenn jetzt eine Anzahl von Deutschen darauf verzichtet, entbehrliche Auslandswaren zu verzehren, so spielt dabei der Zwang zur Sparsamkeit die Hauptrolle. Die Erzeugnisse, die Italien uns liefert, gehören nicht zu den unbedingten Lebensnotwendigkeiten. Es ist also sehr die Frage, welches von beiden Völkern mehr leiden würde, wenn der temperamentvolle italienische Staatsmann sehr wider Willen der Reichsregierung und der großen Mehrzahl des deutschen Volkes zum Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen schreiten sollte." —

Der „Berliner Lokalanzeiger" schreibt: Es ist zunächst hervorzuheben, daß sich diese neue Rede Mussolinis wenigstens einigermaßen befleißigt, Entgleisungen des Tones zu vermeiden. In der Sache jedoch ist Mussolini auch nicht um Haaresbreite von seinem bisherigen Standpunkte zurückgewichen. Fest steht, daß Mussolini seine Vergewaltigungsabsichten gegenüber den deutschen Südtirolern mit aller Zähigkeit weiter betreiben will, und daß er sich von vorn herein jede Befassung des Völkerbundes mit dieser Frage verbittet. Unseren deutschen Brüdern in Südtirol geloben wir aber erneut die Treue, die uns ein selbstverständliches Gebot unserer nationalen Pflicht ist. Die „Tägliche Rundschau" wendet sich gegen die Behauptung Mussolinis, daß sie „offizielles Organ des Reichsaußenministers" sei. Das Blatt weist auf die wiederholten Erklärungen seiner Schriftleitung hin, daß es ein unabhängiges Blatt sei und erinnert an eine Erklärung des gleichen Inhaltes, die Dr. Stresemann im Auswärtigen Ausschuß abgegeben habe, die in allen Zeitungen abgedruckt worden sei, und die nur Mussolini nicht erreicht habe. Die einzige Einflußnahme des Reichsaußenministers sei ein an alle Blätter gerichtetes Ersuchen Dr. Stresemanns gewesen, in der italienischen Angelegenheit doch größte Vorsicht und Zurückhaltung zu beachten. Im „Berliner Tageblatt" heißt es: Die „unsinnigen Ansprüche", die Deutschland stellt, bestehen in dem Wunsch, daß auch den deutschen Südtirolern jene feierlichst verbrieften Rechte der Minderheiten zu Teil werden, die wir selber ganz im Gegensatz zu der Behauptung des schlecht unterrichteten Mussolini unseren polnischen und dänischen Minderheiten einräumen. Von diesem Verlangen nach Recht wird sich das deutsche Volk auch durch keine Drohreden Mussolinis abbringen lassen. Der „Vorwärts" sagt, daß es jetzt nach Abschluß dieser klärenden Auseinandersetzung an der Zeit sein dürfte, zur Korrektheit der offiziellen deutsch-italienischen Beziehungen zurückzukehren.

Die deutsche Minderheitspolitik.

+ Berlin, 11. Febr.

Zu dem Eindruck der zweiten Mussolini-Rede in Berlin erfährt die Telegraphen-Union noch ergänzend, Mussolini hat außer der Zurücknahme seiner Kriegsdrohung erklärt, daß seine Rede zur Klärung der Lage notwendig gewesen sei, die sich immer mehr getrübt habe. Daraus schließt man in Berliner politischen Kreisen, daß der italienische Ministerpräsident auch von sich aus die Polemik beenden möchte. Wenn Mussolini bestreitet, daß Italien eine Garantierung der Brennergrenze angestrebt hat, so ist darauf hinzuweisen, daß er am 20. Mai v. J. in seiner Rede zur Briand'schen Note am 16. Mai wortwörtlich erklärt hat: „Nicht nur die Rheingrenze, sondern auch die Brennergrenze muß garantiert werden." Im Stenogramm ist dieser Satz dann dahin korrigiert worden, man dürfe die Grenze am Rhein nicht in der Weise garantieren, daß die Grenze am Brenner schwächer wird. Dr. Stresemann hat in seiner Rede von Anregungen nach dieser Richtung gesprochen, die an die deutsche Regierung von einer Seite herangebracht worden seien, die über die Intentionen der italienischen Politik informiert sein mußte. Diese Anregungen sind nicht einmal, sondern mehrfach ergangen, von der Reichsregierung aber sofort abgelehnt worden, sodaß sie sich nicht genügend auswirken konnten, um positiv zur Verhandlung gestellt zu werden. Auf dieser Differenzierung scheint Mussolini seine Ableugnung aufzubauen. Wenn Mussolini aus der Rede des Außenministers herausgelesen haben will, daß Deutschland damit versprochen habe, seine Haltung gegen die Minderheiten in seinem eigenen Lande zu ändern, so ist das mindestens ein grober Irrtum. Die deutsche Minderheitspolitik hat auch bisher ganz andere Formen gehabt als die Italiens gegen Südtirol. Zum Beweise dafür darf darauf hingewiesen werden, daß bei uns sowohl für die dänische als auch für die polnische Minderheit Schulen bestehen, in denen diese Sprachen gelehrt werden. In Flensburg gibt es eine öffentlich unterhaltene Volksschule und eine Realschule mit dänischer Lehrsprache. Außerdem ist demnächst ein Uebereinkommen mit Dänemark zu erwarten, das auf beiden Seiten der deutsch-dänischen Grenze einen weiteren Ausbau des Minderheitenschutzes herbeiführt. In Schlesien gibt es 31 polnische Volksschulen. Im übrigen sind durch die Verordnungen des preußischen Kultusministers vom 31. Dezember 1918 generell den Minderheiten weitgehende Unterrichtsfreiheiten gewährt worden, von denen auch in der Praxis stark Gebrauch gemacht worden ist. Auch den wendischen Minderheiten in Sachsen ist das Recht gegeben worden, eigene Schulen aufzumachen. In Volksschulen wird wendischer Zusatzunterricht erteilt. Aus all dem geht hervor, daß die Minderheitsfrage in Deutschland in einem Geiste gehandhabt wird, von dem Italien Süd-Tirol gegenüber noch immer sehr weit entfernt ist. Wenn Mussolini schließlich erklärt, daß Italien sich einer Erörterung der Südtiroler Frage vor dem Völkerbund widersetzen werde, so ist darauf hinzuweisen, daß der Völkerbund ja nicht nur allein aus Herrn Mussolini besteht.

Ministerpräsident Held zu seiner Rede über Südtirol.

München, 11. Febr.

Ministerpräsident Dr. Held gewährte gestern den Vertretern der „Gazetta del Popolo" in Turin und der „Gazetta del Popolo" in Rom ein Interview. Auf die Frage, aus welchen Gründen er die Rede gegen Italien gehalten habe, erwiderte der Ministerpräsident, er habe keine Rede gegen Italien gehalten, sondern in der allgemeinen Aussprache über den Etat des Ministeriums des Aeußern und des Ministerpräsidenten auf die von allen Parteien vorgebrachten Klagen über die Unterdrückung der Sprache und Kultur der deutschen Bevölkerung in Südtirol erwidert. Dr. Held wiederholte dann die im Landtag von ihm gemachten Ausführungen und fuhr fort: Wie aus dem Zusammenhang mit den Reden der Abgeordneten hervorgeht, habe ich von einer politischen Befreiung Südtirols weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach gesprochen. Ich hatte, wie jeder aus meiner Rede entnehmen konnte, im Auge, daß den Deutschen in Südtirol dieselbe Freiheit der Sprache, der Schule, des Religionsunterrichts und des Rechtes gewährt werden müßte, wie sie selbst in Afrika Kolonialvölkern gewährt worden ist, und wie sie dem Naturrecht jedes Menschen und jedes Volkes entspricht. Es scheint allerdings, daß durch eine ungenaue Uebermittlung, oder durch falsche Uebersetzung Mißverständnisse in der Auffassung über meine Rede in Italien entstanden sind. Auf die Frage: „Warum gestattet die bayrische Staatsregierung den Boykott Italiens?" erwiderte der Ministerpräsident: Ich erkläre auf das bestimmteste, daß die bayrische Staatsregierung mit der Boykottbestrebungen gegen Italien nicht das mindeste zu tun hat. Sie hat im Gegenteil wiederholt davor gewarnt und auf die Presse einzuwirken versucht. Im übrigen bin ich überzeugt, daß die Boykottbewegung sofort aufhören wird, wenn die italienische Regierung auch der deutschen Bevölkerung in Südtirol die Freiheiten gewährt, die Italien für seine eigenen nationalen Minderheiten in anderen Staaten verlangt und erhält.

*

Völkerbund und Südtirol.

× Rom, 11. Febr. Die „Tribuna" wiederholt die Meinung, daß der Völkerbund sich mit der Südtiroler Frage nicht beschäftigen dürfe, und daß die fremdsprachlichen Minderheiten von der italienischen Kultur aufgesogen werden müßten. Auch „Corriere d'Italia" ist darüber aufgeregt, daß Deutschland die Behandlung der Südtiroler Frage vor den Völkerbund bringen könnte.

Zur schönen Königin.

Roman von Käte Lindner.

Copyright by Alfred Bechthold, Braunschweig.

16 (Nachdruck verboten.)

Mit Mühe nur verbarg Frau Charlotte ein Gähnen. Ingeborg folgte Joachims Ausführungen mit größter Aufmerksamkeit. Sie war von ihrem Vater gut geschult worden, hatte von Kindheit an jede Neuerwerbung, die der Kapitän heimgebracht in sein einsames Haus, als Ereignis mit feiern helfen. So glänzten auch jetzt ihre Augen, sie stand an seiner Seite, sah verständig und interessevoll, auch da, wo selbst Graces weltgewandte Unterhaltungsgabe gänzlich versagte. Mit heimlicher Genugtuung und einer leisen Freudeempfand dies Joachim van Swieten.

Auch Peter Jansson zeigte sein gutmütiges, verstehendes Lächeln. Er liebte Ingeborg sehr, ihre Frische und Natürlichkeit waren ihm wie ein klarer Quell in der Treibhausatmosphäre seines Hauses. — Und so gönnte er der Engländerin, die so ganz und gar in diesen vornehmen Mann der Wissenschaft verschossen war, diese Niederlage von Herzen. Protegierte doch Charlotte diese Neigung in einer Weise, die ihm unangenehm war.

Ein lautes Ah der Bewunderung aber erklang auch von Frau Charlottes Lippen, als der Doktor einen Kasten öffnete und den Deckel zurückschlug. Auf einem Polster von dunklem Sammet lag ein edelsteinbesetztes Halsband, von dem ein Sprühen und Funkeln ausging, daß der Beschauer unwillkürlich in einen Ausruf des Erstaunens ausbrach.

Ein Kunstwerk orientalischer Goldschmiedekunst war es. In wundervoll ziselierter Fassung waren große Smaragde und Rubinen aneinander gefügt. Wie schwere Tränen hingen mattglänzende Perlen an feinen Goldkettchen daran. Eine funkelnde Rubinenrosette bildete das Schloß.

„Es hat mir ein kleines Vermögen gekostet", sagte Dr. van Swieten, indem er das Halsband aus dem Kasten nahm und es im Schein der rotverschleierten Lampe glitzern ließ. „Hier ist noch ein Ring, der dazu gehört. Beide Stücke sollen der Frau des Radscha Moshintoinu gehört haben, wie mir der alte Jude, bei dem ich diesen wertvollen Fund machte, versicherte. Jedenfalls sind beide Stücke antik und von großer Schönheit."

Grace hatte den Ring von dem Sammetpolster genommen und im Scherz an ihren Finger geschoben. Wie ein Blutstropfen hob sich der Rubin, der zwischen zwei Perlen gefaßt war, ab von ihrer weißen Hand.

Grace betrachtete den Ring sehr aufmerksam, ehe sie ihn zurück auf das Polster legte.

„Er ist schön, indeed, und sieht nicht aus wie eine Ihrer Ausgrabungen. Jede moderne Lady könnte den Ring tragen als Verlobungsring, Doktor."

„Wer weiß, vielleicht wird er noch einmal diese Bestimmung haben", scherzte Frau Charlotte. „Aus den eingefleischtesten Junggesellen werden oft die begeistertsten Anhänger der Ehe. Gelt, Peterchen?"

„Der Ring ist jedenfalls kein gleich antikes Stück, wie das Halsband es ist", sagte der Doktor, indem er den Kasten schloß und an seinen Platz zurücktrug. „Der Händler war ein schlauer Fuchs. Ich nahm den Ring dazu, weil er mir gefiel."

Ingeborg hatte ihr Interesse inzwischen den Bildern zugewandt, die, sorgfältig ausgewählt, den vornehmen Raum zierten. Da stockte ihr Fuß, und sie blieb sprachlos vor Ueberraschung vor einem Bilde stehen, das ein wenig seitwärts inmitten einer Anzahl kleiner indischen Landschaften hing.

Voll fiel das Licht der Lampe auf das kleine Pastellbild. Eine wunderschöne Frau schaute mit großen, schwarzen Augen aus dem ovalen Rahmen auf Ingeborg herüber. Seltsam lebend waren diese Augen. Blauschwarzes, glänzendes Haar fiel in langen Locken zu beiden Seiten des Gesichtes herab, aus dem ein roter Mund lachte, der dem sonst so jugendlich schönen Profil einen reifen, frauenhaften Ausdruck gab. Ein Spitzentuch war am Hinterkopf mit einem Schildpattkamm im Haar befestigt und fiel über den Nacken und die Arme hinweg tief über die Hüften. An dem Ausschnitt des gelben Seidenkleides hing eine rote Rose. Wie absichtlich gewählt als Ergänzung reifer, vollerblühter Frauenschönheit.

„Wer ist dies?" fragte Ingeborg mit stockendem Atem Dr. van Swieten. Und ein Bild tauchte in der Erinnerung vor ihr auf, das hing an einer grüngetünchten Wand und schaute mit heißen, lockenden Augen gleich diesen in eine niedrige Stube hinein . . .

Lachend neigt Joachim van Swieten seinen Mund an ihr Ohr, indem er an ihre Seite trat:

„Es ist einmal die Dame meines Herzens gewesen", flüsterte er ihr zu. „Der Gegenstand einer heißen, törichten Knabenliebe, die eben so hoffnungslos war, wie schön."

Laut fügte er hinzu: „Donna Mercedes de Santos, die geschiedene Frau eines Kapitäns Lupascu. Sie war eine Spanierin und war mit ihrem Manne nach Indien gekommen, wo sie sich ganz in der Nähe meiner Eltern ansässig gemacht hatten. Später nahm die Frau ihren Mädchennamen wieder an."

„Welch wunderbares Zusammentreffen", sagte Ingeborg und sah sinnend auf das Bild. „Ich hörte einmal eine lange, traurige Geschichte, in der Donna Mercedes eine der Hauptpersonen war. Aber sie endete mit Tränen, und ein junges Leben hat dabei einen Abschluß gefunden . . . .

Die Ehe mit dem Kapitän Lupascu wurde geschieden?"

„Ja! Sie war sehr unglücklich. Später heiratete die Sennorita wieder. Einen alten Plantagenbesitzer, der sich in sie verliebt hatte. — Aber Sie haben mich neugierig gemacht. Sobald wir Gelegenheit dazu haben, bitte ich Sie, mir zu erzählen, was sich da mit der schönen Mercedes zugetragen hat."

Auch die anderen waren näher getreten. Grace betrachtete aufmerksam das Bild der schönen Frau.

„Spanisches Nationalkostüm," sagte sie. Dann deutete sie auf die photographischen Aufnahmen. „Wie kommt das bunte Bild in diese Gesellschaft?"

„Es sind Aufnahmen von unserer Besitzung in Indien. Hier mein Geburtshaus, dieser Teil der Parkanlagen war der Lieblingsplatz meiner Mutter, die eine Deutsche war. Mein Vater ließ ihr hier ein kleines Gartenhaus bauen und ganz nach deutschem Muster einrichten. Sie sehen, alle diese Bilder bedeuten Jugenderinnerungen. — Auch die schöne Frau gehört dazu . ."

„Wie interessant", lächelte Grace. „Man könnte nie vergessen, daß Sie ein Deutscher sind. — Trotz aller Urwaldtrophäen und Trinkbecher ägyptischer Mumien, mit denen sie sich umgeben . . der deutsche Träumer schaut überall heraus."

„Nationaleigentum des deutschen Michels, Gnädigste. Dafür sind ihre Landsleute um so praktischer. Sie ziehen dem Träumer die Mütze über die Ohren, wo sie können. — Aber sie fürchten doch immer sein Aufwachen aus den Träumen. Mir fällt immer der Vergleich mit Simson und den Philistern ein. Sie kennen doch die Geschichte von dem Riesen, der so stark und so traumselig war? . . . Eine Delila war auch dabei . . ."

Böse funkelten ihre Augen ihn an. Frau Charlotte schnitt ihr eine harte Entgegnung ab, indem sie zum Aufbruch mahnte.

Beim Abschied wußte es Dr. von Swieten so einzurichten, daß er einen Augenblick lang allein an Ingeborgs Seite sind.

„Ihre reichen Kenntnisse haben mich sehr überrascht, mein gnädiges Fräulein. Ich war erstaut und hoch erfreut, soviel Wissen und Verständnis für die Arbeit meines Lebens bei Ihnen zu finden. So viel habe ich mit Ihnen zu besprechen — geben Sie mir bald Gelegenheit dazu. Und die Geschichte von der Sennorita sind Sie mir auch noch schuldig. Auf Wiedersehen hoffentlich bald."

Er nahm ihre Hand und drückte sie. Ingeborgs Augen sahen voll strahlender Freude in die seinen. Einen Augenblick lang versanken die grauen und die blauen Sterne ineinander — dann stand Ingeborg draußen und wurde von Onkel Peter in das Auto gehoben.

Achmed stand in seinen weißen Burnus gehüllt neben seinem Herrn und schloß den Schlag. Dann berührte er Lippen und Brust mit seinen Fingerspitzen und neigte den lockigen Knabenkopf tief. Der volle Schein des Lichtes fiel aus dem geöffneten Haustor auf die weiße Gestalt und gab ihr etwas Phantastisches, Märchenhaftes.

Ein letztes Grüßen und das Auto schoß davon.

* * *

Es war um die Mittagszeit. Vor der Börse flutete das Leben. Makler verschwanden eilig hinter dem dunklen Tor, standen heftig gestikulierend und an den Fingern vorrechnend bald hier, bald dort in Gruppen zusammen neben anderen, die ihr Abkunft nicht durch irgendwelche Aeußerlichkeiten verrieten. Bewegung und Summen ging durch den hochgewölbten Raum, auf dessen Galerien sich Neugierige drängten und in das Gewimmel zu ihren Füßen mit staunenden Augen sahen. — Es war, als wären alle Geister der einst so stolzen, alten Hansestadt lebendig geworden um diese Stunde, auf- und abflauend in fortwährendem Kommen und Gehen.

Soeben verabschiedete sich Peter Jansson von dem Senator Perthes, der, eine hochgewachsene, schöne Greisengestalt, vornehm inmitten eines größeren Kreises stand. Er konnte auf eine ganze Reihe Ahnen zurückblicken. Stolze, aufrechte Hanseaten waren es gewesen, die Königen glänzende Gastmähler gegeben und klugen Rat dazu. In seinem Patrizierhause hingen sie, schauten herab aus uralten, nachgedunkelten Rahmen. Manch einer darunter, der auf dem Ratsherrnkleide schwere goldene Ketten trug. Zeichen von kaiserlicher Huld oder Ehrenketten, verliehen in Tagen, da die Hansa hoch in Glück und Ansehen stand. — In Stahl und Waffen gehüllt ein anderer, der einstmals als ein Tapferer von der Lüneburger Heide bis zum alten Rom als Führer gekämpft und geblutet hatte, des Reiches Glanz und Ansehen zu vermehren . . . .

Peter Jansson trat auf den Konsul Djuvara zu, der mit unterschlagenen Armen an einer Säule lehnte, und mit den düsteren Augen in das Gewimmel starrte.

„Kommen Sie, lieber Freund. Ich bin fertig. Sie wollten mich nach dem Hafen hinunter begleiten?"

(Fortsetzung folgt.)

Westfalen und Nachbarprovinzen.

Gütersloh, 11. Febr. Ein geriebener Gauner. Der vom Betrug lebende und deswegen schon ein Dutzend Mal vorbestrafte Kaufmann Ernst Ikenberg von Duisburg war eines Tages bei einem mit ihm verwandten Buchhändler in Gütersloh erschienen und interessierte ihn für die durch den Abzug der Franzosen aus Düsseldorf zurückgelassenen Heeresbestände. Darunter sollten sich 180 tadellose Schreibmaschinen und 70 Kühe befinden, die für ein Spottgeld zu haben seien. Ein befreundeter Viehhändler in Oelde wurde von dem Geschäft in Kenntnis gesetzt und fuhr noch an demselben Tage mit dem Vermittler nach Düsseldorf. Zur Erledigung der Uebernahme der Kühe waren natürlich erst die nötigen Schmiergelder bereit zu stellen, und der Viehhändler bewilligte zu diesem Zweck 700 Mark. Der Angeklagte brachte dem im Hotel abgestiegenen Viehhändler noch an demselben Abend die Verkaufseinwilligung, und der Händler konnte der am anderen Morgen stattfindenden Uebergabe entgegenträumen. Auch der Buchhändler reiste zum Ankauf der Schreibmaschinen nach Düsseldorf, und die beiden trafen sich auf dem Bahnhof, wo sie den Angeklagten erwarten sollten. Ihre Gesichter mögen wohl mit der Zeit immer länger geworden sein, als sie merkten, daß sie die Geneppten waren und weder den Angeklagten, noch etwas von dem Gelde wiedersahen. Wegen ähnlicher Schwindeleien war Ikenberg kürzlich vom Krefelder Gericht bereits zu 1 Jahr und 6 Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Unter Einbeziehung dieser Strafe wurde er vom erweiterten Schöffengericht in Bielefeld wegen Betruges im Rückfalle zu insgesamt 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 5jährigem Ehrverlust verurteilt.

Duisburg, 11. Febr. Im Dienst verunglückt. Am Mittwochmorgen scheute am Brückenplatz ein Pferd und ging in Richtung Heerstraße, eine Schere hinter sich schleifend, durch. Am Siechenhaus stellte sich der 52 Jahre alte, über 30 Jahre im Dienst befindliche Polizei-Assistent Rotzen, Saarbrückerstraße 40, dem Pferd in den Weg und versuchte es aufzuhalten. Hierbei wurde R. zu Boden geworfen und blieb bewußtlos liegen. Von Zivilpersonen wurde er in seine Wohnung gebracht. Der hinzugerufene Arzt stellte erhebliche Brustquetschungen fest und ordnete seine Ueberführung ins Krankenhaus an.

Gladbeck, 11. Febr. Einen fürchterlichen Tod erlitt ein jugendlicher Bergmann auf dem Zechenplatz der Schachtanlage Möller beim Transportieren von schweren Blöcken, wobei er unter einen Block geriet und erst nach stundenlangen Bemühungen als Leiche geborgen werden konnte.

() **Herten, 11. Febr. Ein schwerer Unfall** ereignete sich gestern mittag gegen 12 Uhr auf der unteren Ewaldstraße. Der Arbeiter Roß, der auf dem Dache eines Hauses mit dem Reinigen der Rinnen beschäftigt war, stürzte plötzlich ab. Er brach beide Beine und erlitt innere Verletzungen. Er wurde ins Krankenhaus überführt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Herne, 11 Febr Ein „fürstlicher" Finderlohn. Zwei Herren fuhren von hier mit der Straßenbahn nach Bochum. Beim Aussteigen ließen sie ihre Aktentasche liegen, was der Schaffner nach dem Weiterfahren des Wagens bemerkte. Er nahm die Tasche in Gewahrsam, um sie im Depot abzuliefern. Die beiden ausgestiegenen Herren bemerkten alsbald den Verlust der Tasche und suchten mit einem Auto den Straßenbahnwagen einzuholen, was ihnen auch gelang. Auf ihre Frage nach dem Verbleib der Tasche holte der Schaffner seelenruhig diese aus seinem Gewahrsam hervor und erfuhr dabei von den Verlierern, daß sich in der Tasche 30 000 *M* bares Geld befand. Die Herren atmeten erleichtert auf und griffen großmütig in ihre Tasche, um dem ehrlichen Schaffner die „fürstliche" Belohnung von sage und schreibe „einer Reichsmark" in die Hand zu drücken. So geschehen zwischen Herne und Bochum am 2. Februar 1926!

Wattenscheid, 11. Febr. Der gefährliche Fächer. Auf einem Maskenball ereignete sich hier ein Vorfall, der leicht zu einem tödlichen Unglück hätte führen können. Ein junger Mann, der als „indischer Prinz" verkleidet war, hatte sich einen Fächer aus Zelluloid, einem bekanntlich sehr feuergefährlichen Stoffe, vor die Brust gesteckt. Im Gedränge kam ihm ein anderer Teilnehmer mit seiner Zigarette zu nahe, und der Fächer fing plötzlich Feuer. Glücklicherweise konnten die Flammen im Keime erstickt werden, eh. der „indische Prinz" ernstlich Schaden genommen hatte. Der Vorfall ist aber eine Warnung vor Mitnahme von Zelluloidsachen zu derartigen Maskeraden.

Hamborn, 11. Febr. Bau des größten Gasometers Deutschlands. Bekanntlich baut die August-Thyssen-Hütte einen Gasometer von etwa 110 Meter Höhe mit einem Fassungsvermögen von 300 000 Kubikmeter. Jetzt soll, wie wir hören, nachdem der obige Gasometer bald fertiggestellt ist, ein noch größerer Gasometer mit einem Fassungsvermögen von 500 000 Kubikmetern gebaut werden. Die Vermessungsarbeiten sind schon im Gange.

:: **Kleve, 11. Febr. Die Spende der armen Waschfrau.** Eine vom Landrat des Kreises Kleve veranstaltete Sammlung zugunsten der Hochwassergeschädigten hat bisher insgesamt den Betrag von 4797 Mark ergeben. Besonders erwähnt sei die Gabe einer armen Waschfrau in Höhe von 10 Mark. Als man der Frau sagte, daß dies ihre Leistungsfähigkeit übersteige, sagte sie, sie wolle gern für die Ueberschwemmten mehrere Tage umsonst arbeiten. Diese edle Gesinnung und der hervorragende Gemeinsinn dieser Armen verdient hohe Anerkennung.

= **Düsseldorf, 11. Febr. Der Mörder Beckmann gefaßt.** Der Händler Reinhold Beckmann, der am 14. Januar d. Js. die Ehefrau Hübsche auf der Schlenkhofstraße in Essen durch mehrere Revolverschüsse tötete, hat sich in Düsseldorf freiwillig der Polizei gestellt, ist dort festgenommen und in das Essener Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

:: **Köln, 11. Febr. Die Westdeutsche Funkausstellung** in Köln ist gestern zu Ende gegangen. Der große Erfolg der Veranstaltung, der sowohl in dem starken Besuch, als auch in dem guten geschäftlichen Ergebnis für die Aussteller zum Ausdruck gekommen ist, veranlaßt das Messeamt Köln, die Ausstellung im nächsten Jahr in erweiterter Form zu wiederholen. Mit dem Reichsverband Deutscher Funkhändler (Berlin) sind bereits entsprechende Abmachungen getroffen worden. Man wird sich aber nicht nur auf eine Ausstellung von Apparaten für Unterhaltungsrundfunk beschränken, sondern darüber hinaus ist geplant, das gesamte Gebiet der drahtlosen Uebertragung von Wort, Ton und Bild zur Darstellung zu bringen.

Neuwied, 11. Febr. Unter fünffachem Mordverdacht. Seit einigen Tagen befindet sich im Gefängnis in Neuwied ein gewisser Hoppen, der im Verdacht steht, seinen Vater und zwei andere Männer im Westerwald ermordet und beraubt zu haben. Er leugnet, obwohl einige Mitgefangene erklären, er habe ihnen die Mordtat eingestanden. Hoppen ist Witwer. Seine Frau und sein Kind sind vor einigen Jahren gestorben. Es besteht der Verdacht, daß er auch diese umgebracht hat. Die Untersuchung ist im Gange.

Frankfurt, a. M., 11. Febr. Aus Not in den Tod. Das betagte Ehepaar Georg und Auguste Großbernd das einst bessere Tage gesehen und infolge der Inflation völlig verarmt ist, hat seinem Leben durch Gas ein Ende gemacht.

)(**Bebra, 11. Febr. Ein vielseitiger Pfarrer.** In dem Dorfe Falken wirkte längere Zeit als Seelsorger der in den weitesten Kreisen bekannte Pfarrer Dr. Wegner. Pfarrer Wegner war ursprünglich Volksschullehrer und machte als solcher beide Lehrerprüfungen. Dann studierte er Theologie und legte sämtliche vorgeschriebenen Prüfungen für das Pfarramt ab. Jetzt wandte er sich dem Studium der Philologie zu. Hier erwarb er sich den Dr. phil. und die facultas docendi, die befähigte, an jeder höheren Schule zu unterrichten. Doch damit noch lange nicht genug! Pfarrer Dr. Wegner studierte nunmehr Medizin und erhielt nach Abschluß dieser Studien die Approbation, sodaß er überall die ärztliche Praxis ausüben konnte, was er auch in seiner Pfarrgemeinde mit Vorliebe, ohne seinen Kollegen von der medizinischen Fakultät Konkurrenz zu machen, getan hat. Doch dem vielseitigen und wissengefüllten Manne genügte das noch nicht. So studierte er dann Zahnheilkunde und bestand auch in diesem Fach die Staatsprüfung als Zahnarzt. In den letzten Wochen beschäftigte sich Dr. Wegner mit den Vorbereitungen zum juristischen Studium, dem er schließlich das volkswirtschaftliche folgen lassen wollte. Da zog er sich eine Blutvergiftung zu, der er dieser Tage im Alter von 40 Jahren erlag.

...aber was? **Rahma-buttergleich** MARGARINE

Saatkartoffeln

riginal Holländische verb. Erstlings allerfrüheste gelbfleischige
aulsens Juli gelbfleischige.
ndustrie gelbfleischige späte,
denwälder blaue gelbfleischige.
Erstklassige Saatware.
Bestellungen für demnächstige Lieferung erittet der großen Nachfrage wegen bald

H. Fander
Samengroßhandlung,
Gronau i. W. Schulstraße 32.



Wie wir Ihre Rückgratverkrümmung ohne Berufsstörung bessern und ev. heilen, zeigt unser Buch mit 50 Abbildungen. Zu beziehen gegen Nachnahme von Mk. 1.— von Franz Menzel, Düsseldorf 590, Charlottenstr. 32/34.

Nur 4 Tage von Freitag b. Montag
Große Sehenswürdigkeit
im Saale bei H. Flucht, Epe.
Den geehrten Bewohnern von Epe und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich meinen selbst geschnitzten
Dom
in obigem Lokal zur gefl. Besichtigung ausgestellt habe.
Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein
Der Verfertiger:
Georg Giebeler.
Siehe auch im lokalen Teil.

Sportclub „Union" 1924
Gronau.
Samstag, d. 13. Febr., abends 7 Uhr:
Familienfeier
verbunden mit Kappenfest im „Germaniahof".
Die Mitglieder mit ihren Damen nebst Angehörigen werden zu dieser Feier freundlichst eingeladen.
Fremde können durch Mitglieder eingeführt werden.
Der Vorstand.
N. B. Der Saal ist festlich geschmückt und gut geheizt.

Concordia-Lichtspiele Ahaus.
Samstag, den 13. und Sonntag, den 14. Febr.
„Marcco"
der Mann der Kraft
in seinem neuesten Sensationsfilm:
Unter Gauklern u. Bestien
Ein Artisten-Schicksal in 2 Teilen — 12 Akten
1. Teil. 6 Akten.
Großmutters Junge
Eine Film-Groteske in 5 Akten 5.
In der Hauptrolle:
„ER"
Harrold Lloyd.

Holz-Verkauf
Im freiwilligen Auftrag der Frau Dr. F. van Delden in Gronau werde ich am Samstag, den 13. Februar, nachmittags 3 Uhr anfangend, Gut Schwarzach
76 Nr. Kiefern
geeignet zu Sparren, Balken, Pfähle und Brennholz, öffentlich meistbietend verkaufen.
Sammelplatz der Käufer am Gutshof.
Hermann ten Dam,
beeid. Auktionator,
Gronau i. W.
Fernruf 52.

Schwefelsaur. Ammoniak
Anfang März:
Kali 38–42%
Anfang März:
Kartoffeldünger
Ammoniak-Superphosphat 9x9
Ende März lieferbar.
Bestellung an unserem Lager Pumpenstraße.
Gebr. Wolbers,
Gronau i. W.

Prima dickes fettes
Rindfleisch
Ia. Schweinefleisch
sowie sämtliche Sorten Wurst in bekannter guter Qualität und zu billigsten Preisen.
ff. Aufschnitt,
trockenes Rauchfleisch
empfiehlt
Heinr. Laurenz, Epe,
Rind- und Schweinemetzgerei mit elektr. Betrieb.

Männer-Gesang-Verein „Liedertafel"
Gronau i. Westf.
Sonnabend, den 13. Februar 1926, abends 8 Uhr in der Tonhalle (R. Lilienfeld)
Kappenfest
Hierzu werden unsere aktiven und passiven Mitglieder mit Familienangehörigen herzlichst eingeladen.
Der Vorstand.

Karl Kettelhack,
Färberei und chemische Reinigungsanstalt liefert
allerfeinste Arbeit
zu
billigsten Preisen
bei
schnellster Lieferung
Annahmestelle: Frl. Maria Wilmsen.
Gronau i. W., Poststraße.

Holzverkauf.
Am Samstag, den 13. Februar, nachm. 2 Uhr anfangend, werde ich für Erben W. van Delden auf Gut Flörbach:
40 Nummern Tannen
zu Balken, Sparren und Schleite, und
25 Nummern Pappeln
für Holzschuhmacher,
öffentlich verkaufen.
Frz. Backenecker,
beeid. Auktionator.
Epe, den 6. Februar 1926.

Der Oberhof.
Die Geschichte eines westfälischen Bauernhofes von Karl Ammermann
Gebr. Lensing, Gronau.

Gute Existenz
Erstkl. Spezial-Geschäft sucht zum Verkauf eines guten Bedarfsartikels an Private (auch gegen Teilzahlung)
strebsamen Herrn
gegen hohe Bezüge bei wöchentl. Abrechnung. Abgeb. Beamten oder stellenl. Kaufmann ist Gelegenheit geboten, sich eine gute Lebensstellung zu schaffen. Angebote unter Nr. 2783 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung in Ahaus

Karl May Erzählungen
erhalten Sie gebunden und broschiert in der Buchhandlung Gebr. Lensing, Gronau.

Die an der Straße Wessum—Alstätte stehenden Akazien sollen zum Verkauf ausgesetzt werden. Schriftliche Angebote sind bis 17. Februar 1926 einzureichen. Bedingungen können gegen Einsendung von 50 Pfg. bezogen werden.
Ahaus, den 10. Februar 1926.
Kreisbauamt Ahaus.

Wohin gehen wir?

Restaurant Terfort
Jeden Sonntag
KONZERT
Besetzung: Klavier u. Geige

Konditorei u. Café
B. Gombault
Angenehmer Aufenthalt
Prima Torten - Gebäck
Guten Kaffee u. Chokolade
Aufmerksame Bedienung

Restaurant Burghof, Gronau
Sonntags ab 5 Uhr
Unterhaltungsmusik.

Zum „Deutschen Hause"
Gronau
Inhaber R. Lilienfeld
Sonntag ab 4 Uhr
Künstler-Konzert

„Westfälischer Hof"
Wilhelm Henze
Gronau
Mühlenmathe 37
Ausschank Ia. Dortmunder Aktien-Bier
Guter bürgerlicher Mittagtisch.

Reserviert

Park-Café Laurenz, Gronau i.W.
Jeden Sonnabend - Sonntag
Unterhaltungs-Konzert
z. Zt. Leitung: Herr Kapellmeister Ponewahs-Dortmund.

Hotel
Hermannshof
Gronau

Zur Anfertigung geschmackvoller
Reklame-Drucksachen
für Industrie, Handel, Gewerbe, Privat u. Vereine
in Ein- und Mehrfarbendruck
halten wir uns bestens empfohlen.
Gebr. Lensing, Ahaus
Buch- und Kunstdruckerei.
Telefon 50.

Vereinshaus „Concordia"
Gronau
Kastellan Bernh. Haarhuis
— I. Parkettkegelbahn am Platze —

Concordia-Lichtspiele, Ahaus
Großmutters Junge
5 tolle Akte mit
Harrold Lloyd

Aus dem Kreise Ahaus.

Das Schuljahr 1926-27.

Ahaus, 12. Febr.

Die Ferienordnung für Westfalen.

A. Für alle Schulgattungen an Orten mit höheren Schulen, wie Gymnasien, Oberlyzeen. Durch Erlaß des Herrn Oberpräsidenten vom 6. Januar ds. Js. ist für die ganze Provinz Westfalen mit Ausnahme von Bielefeld, Minden, Herford, Bünde, Bad Oeynhausen, Petershagen und Gütersloh festgesetzt.

Osterferien: Schluß, Dienstag, den 30. März. Wiederbeginn, Dienstag, den 20. April.

Pfingstferien: Schluß, Freitag, den 21. Mai. Wiederbeginn, Dienstag, den 1. Juni.

Sommerferien: Schluß, Dienstag, den 27. Juli. Wiederbeginn, Donnerstag, den 2. September.

Herbstferien: Schluß, Mittwoch, den 27. Oktober. Wiederbeginn, Freitag, den 2. November.

Weihnachtsferien: Schluß, Donnerstag, den 23. Dez. Wiederbeginn, Dienstag, den 4. Januar 1927.

Für die obengenannten Städte, die eine Ausnahmestellung haben, gilt die Ferienordnung für die Provinz Hannover, die folgendermaßen lautet:

Osterferien: Schluß, Freitag, den 26. März. Wiederbeginn, Mittwoch, den 7. April.

Pfingstferien: Schluß, Freitag, den 21. Mai. Wiederbeginn, Dienstag, den 1. Juni.

Sommerferien: Schluß, Freitag, den 2. Juli. Wiederbeginn, Dienstag, den 3. August.

Herbstferien: Schluß, Mittwoch, den 29. September. Wiederbeginn, Freitag, den 15. Oktober.

Weihnachtsferien: Schluß, Donnerstag, den 23. Dez. Wiederbeginn, Dienstag, den 11. Januar 1927.

B. Für die Schulen an allen anderen Orten. Die nördlichen evangelischen Kreise Minden, Lübbecke, Bielefeld, Herford und Halle haben gleiche Ferienordnung; desgleichen die südlichen katholischen Kreise Paderborn, Büren, Höxter, Warburg und Wiedenbrück. Die Ferien der letzten Kreise sind:

Osterferien: Schluß, Dienstag, den 30. März. Wiederbeginn, Freitag, den 16. April.

Pfingstferien: Schluß, Freitag, den 21. Mai. Wiederbeginn, Dienstag, den 1. Juni.

Weihnachtsferien: Schluß, Donnerstag, den 23. Dez. Wiederbeginn, Dienstag, den 4. Januar 1927.

Die Osterferien dauern also 16 Tage, die Pfingstferien 10 Tage, die Weihnachtsferien 11 Tage, zusammen 31 Tage. Im ganzen sind es 85 Feiertage. Es bleiben also für die Hauptferien 85 — 37 Tage = 48 Tage, fast 7 Wochen. Diese werden vom Landrat und Schulrat in gegenseitigem Einvernehmen nach Anhörung der Schulvorstände festgesetzt. Es können nun 4 Wochen Sommerferien und 3 Wochen Herbstferien gegeben werden. Damit würde ein Wunsch aus manchen Lehrerkreisen erfüllt und ein Antrag im Westfälischen Provinzialverband des Katholischen Lehrervereins verwirklicht.

★

¶ **Der Abbau der privaten Vorschulen.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, haben sich die Vertreter der Unterrichtsverwaltungen der Länder über den durch § 2 des Grundschulgesetzes vom 28. April 1920 reichsgesetzlich vorgeschriebenen Abbau der privaten Vorschulen und Vorschulklassen verständigt und hierüber Richtlinien vereinbart, die der Preußische Unterrichtsminister nach Anhörung des Staatsrats bekanntgibt. Aus ihnen ist hervorzuheben, daß Ostern 1926 zum letzten Mal in die dann noch bestehenden privaten Schulen Schulneulinge aufgenommen werden dürfen, und daß von Ostern 1927 ab der Abbau, und zwar grundsätzlich stufenweise derart durchgeführt werden muß, daß er der gesetzlichen Vorschrift gemäß zu Ostern 1929 überall durchgeführt ist.

× **Die neue Schreiblehre.** Die Sütterlin-Schreibweise wird nach einem Erlaß des Ministers für Volksbildung voraussichtlich in zwei bis drei Jahren in den Grundschulen Preußens allgemein Eingang gefunden haben. Der Minister macht bereits die Schulbuchverleger hierauf aufmerksam. Eine einwandfreie Wiedergabe der Sütterlinschen Ausgangsschriften sichern die Druckvorlagen des Albrecht-Dürer-Hauses in Berlin. Diese Schriften gehen der Geschichte der Schrift entsprechend von Unzialen, den sog. großen Buchstaben der alten lateinischen Schrift und deren Abteilung aus.

× **Keine militärische Ausbildung der Polizei.** Die Ausbildung der Polizei soll nach einer der Forderungen der gemeinsamen Note der alliierten Regierungen keine gemeinschaftliche militärische Art haben. Der Reichsminister des Innern hat dazu die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die zuständigen Landesbehörden durchaus das gleiche Ziel verfolgen und die nötigen Anordnungen getroffen haben. Trotzdem sollen alle in Frage kommenden Stellen von neuem sinngemäß angewiesen werden. Vor allem soll dafür gesorgt werden, daß nicht einzelne Persönlichkeiten aus falscher grundsätzlicher Einstellung andere Wege gehen. Der Reichsminister erklärt, sich mit den Regierungen der Länder einig in dem Bestreben zu wissen, eine Polizei heranzuziehen, die ein brauchbares Werkzeug zur Aufrechterhaltung der Staatsautorität darstellt. Dieses Ziel könne auch nur erreicht werden, wenn die Ausbildung sich klar auf das für polizeiliche Zwecke Notwendige beschränkt. Für die Ausbildung und Betätigung der Polizeibeamten müssen besondere Polizeivorschriften alsbald geschaffen werden. Dienstvorschriften der Reichswehr dürfen nicht von der Polizei übernommen werden.

√ **Verurteilter Bettler.** Der Arbeiter Josef L. aus Giesen, geb. daselbst am 23. Sept. 1905, z. Zt. ohne feste Wohnung und hier im Gerichtsgefängnis in Untersuchungshaft, war angeklagt, am 28. Jan. 1926 in Ahaus gebettelt zu haben. Der Angeklagte gab die Tat zu. Er erklärte weiter, daß er seit Oktober v. Js. auf Wanderschaft sei; ab und zu habe er Gelegenheitsarbeiten verrichtet; augenblicklich sei er ohne feste Wohnung. Nach dem Antrage des Amtsanwalts wurde er zu einer Haftstrafe von 10 Tagen und in die Kosten verurteilt. Die erlittene Untersuchungshaft wurde ihm auf die Haftstrafe angerechnet. Er nahm das Urteil an und wurde entlassen.

+ **Vortragsreihe für Sozialbeamte.** Am Samstag, den 20. Febr. wird der im Januar ausgefallene Vortrag des Herrn Landesrats Kraß, Münster, „Aufbau und Aufgaben der Landesversicherungsanstalt" stattfinden. Der Vortrag wird im Hörsaal 1 des Instituts für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Münster i. W., Johannisstraße 9, gehalten und um 3 Uhr nachmittags beginnen. Eine Teilnehmergebühr wird nicht erhoben.

() **Vortragsreihe über Aufwertungsfragen.** Die von der Westfälischen Verwaltungsakademie durchgeführten Vorträge über Aufwertungsfragen haben weitestes Interesse gefunden. Es wird daher noch ein fünfter Vortrag am Samstag, den 13 Februar gehalten werden. Herr Geheimer Justizrat Prof Dr. Krückmann wird über „Die Rechtsungültigkeit der Aufwertungsgesetze" sprechen. Der Vortrag wird gleichfalls im Hörsaal I des Instituts für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Münster i. W., Johannisstr. 9, stattfinden und um ¼ Uhr nachmittags beginnen. Einer weiteren Eintrittsgebühr bedarf es nicht.

¶ **Pferdezuchtverein Ahaus.** Am Markttage hielt der landw. Ortsverein Ahaus bei Osthaus eine gutbesuchte Versammlung ab, zu der u. a. die gesamte hiesige Winterschule anwesend war. Die Sitzung wurde vom Herrn Uebing, Schöppingahausen, eröffnet und geleitet. Herr Veterinärrat Dr. Fürstenau hielt einen interessanten Vortrag über Aufzuchtkrankheiten und deren Bekämpfung. Zum besseren Verständnis seiner Ausführungen bediente sich der Redner knapper, klarer Skizzen. Für seine gründlichen Ausführungen erntete er reichen Beifall. Eine sich anschließende rege Diskussion trug wesentlich zur Klärung der verschiedensten Fragen bei. Außerdem führte Herr Landwirtschaftslehrer Derstappen an Hand eines Filmes die Leistungen des deutschen Warmblutpferdes vor. Für jeden Pferdekenner und -freund war es eine Lust, die edelsten Exemplare auf der Leinwand bewundern zu können und manches Nützliche bot ihnen der interessante Vortrag, der die Zuhörer längere Zeit fesselte. Nach dem Vortrag wurden noch einige wichtige Fragen besprochen. Insbesondere wurde betont, man wolle eifrig in Bekanntenkreisen für den Beitritt zum Verein werben. Bei dieser Gelegenheit wurde auf die im März stattfindende außerordentliche Generalversammlung hingewiesen, in der Dr. Pulte über die westfälische Zucht reden wird.

★

() **Epe,** 12. Febr. Ein Werk, das von großer Geduld und Ausdauer zeugt, ist von Freitag bis Montag im Saale des Herrn Flucht ausgestellt. Es ist ein geschnitzter Dom, den ein Bergmann aus 500 Zigarrenkisten geschnitzt hat. Der Dom ist auseinandernehmbar und kann in 1588 Teilen zerlegt werden. Wieviel Mühe und Arbeit dieses Bauwerk mit seinen Türmen, Türmchen und Verzierungen gekostet hat kann nur der beurteilen, der selbst schon Laubsägearbeiten angefertigt hat. Es wird jedem empfohlen, sich dieses Kunstwerk im Flucht'schen Saale anzusehen.

★

Gronau.

⊙ **Gronau,** 9. Febr. **Lichtbildvortrag** „Das schöne Sauerland." Heute, Freitag, abend 8,30 Uhr findet im Saale des Herrn Casprowiak ein Lichtbildvortrag „Das schöne Sauerland" statt, gehalten von Herrn Rektor Bremer. Die Lichtbilder werden von Herrn Lehrer Podlinski vorgeführt. Das Ortskartell Gronau des Deutschen Beamtenbundes lädt hierzu ein. Auch Gäste sind willkommen. (Siehe auch Anzeigenteil in der Mittwoch-Nummer.)

)(**Gronau,** 12. Febr. **Teppichschmuggler im D-Zug.** Bei einer Revision des Berliner Nacht-D-Zuges in Bentheim durch Zollbeamte, wurden im Schlafwagen unter Matratzen verstaut und in Bettüchern eingewickelt 14 Teppiche, die von 2 Türken nach Deutschland eingeschmuggelt werden sollten, aufgefunden. Der Wert der Schmuggelwaren beträgt 4—50 000 Mark. Die Höhe der Zollstrafe beträgt für die beiden Türken etwa 20 000 *M*, sodaß sich der Fang gelohnt hat. Die Schmuggler wurden festgenommen, verweigern aber die Aussage.

+ **Gronau,** 12. Febr. **Stadtverordnetensitzung.** Heute nachmittag 6 Uhr findet eine Sitzung der Stadtverordneten statt, in der folgende Punkte zur Beratung stehen: 1. Geschäftl. Mitteilungen. 2. Ersatzwahl für ein ausgeschiedenes Mitglied der Wohnungskommission. 3. Sparkassensatzung. 4. Annahme der Stadtkassen-Jahresrechnung 1924. 5. Bilanz Elektrizitätswerk 1924. 6. Nachbewilligung von Etatsmitteln. 7. Bewilligung der Kosten für die Gefallenen-Gedenkfeier am 28. Februar cr. 8. Uebernahme der Behandlungskosten der an Trachom (Augenkrankheit) erkrankten Kinder der Viktoriaschule. 9. Zwangsetatisierung von 2 Polizeibeamtenstellen. 10. Dringende Reparaturen an städt. Gebäuden. 11. Kauf von Parzellen im Rüenberger Venn. 12. Enteignung von Straßengelände (Kessemeier, Burgstr.) 13. Baugesuch Kaufmann-Zilversmit. 14. Heimstättenwohnungen betr. 15. Straßenregulierung an der Glanerbrücke. 16. Beschäftigung Erwerbsloser. 17. Antrag des Ortskartells der christlichen Gewerkschaften zur produktiven Erwerbslosenfürsorge. 18. Hochwasserfreie Eindeichung eines Teiles der Umflut.

)(**Gronau,** 12. Febr. **Umbestattung der Krieger zum Ehrenfriedhof.** Am Donnerstag wurden die Gebeine der 12 auf dem kathol. Friedhof beerdigten Krieger in je einem neuen Sarg zum neuen Friedhgf überführt. Der dort am Eingange in der dreieck-förmigen Vertiefung angelegte Ehrenfriedhof wird am Volkstrauertage (28. Febr.) übergeben werden. Die Gräber der dort beigesetzten Krieger erhalten eine gleichmäßige sinnvolle Aufmachung und der ganze Platz einen würdigen gärtnerischen Zustand. Die Namen und der Tag der Beerdigung der überführten Krieger sind: Peter Knup (18. 3. 1916), Theodor Bultmann (22. 3. 1916), Jos. Müller (23. 2. 1917), Leo Bostanni (12. 3. 1917), Theodor Brünning (23. 5. 1917), Hubert Rekers (4. 10. 1918), Heinrich Gerwing (17. 10. 1918), Wilh. Claus (12. 12. 1918), Gerhard Kottig (31. 7. 1919), Wilhelm Kottig (29. 10. 1918), Musk. Kreine (14. 11. 1918). Theodor Tenhündfeld (7. 8. 1917) — Die auf dem kath. Friedhofe beerdigten Soldaten der ehemaligen Feindbundstaaten sollen (laut Ministerialerlaß) vorläufig nicht umgebettet werden, weil sie wahrscheinlich früher oder später in ihre Heimat überführt werden.

Gronau, 12. Febr. **Das Wirtschaftsgeld.** Ein unerschöpfliches Thema für die sorgende Hausfrau ist die Frage: Wie komme ich mit dem Wirtschaftsgeld aus? Selbstverständlich müssen in erster Linie Einnahmen bezw. Verdienst des Mannes im Einklang stehen zum Verbrauch in der Wirtschaft. Die Ausgaben für die Wirtschaft lassen sich in solche trennen, die zu bestimmten Zeitpunkten in gleicher Höhe wiederkehren, und solche, die von jeweiligen Bedürfnissen abhängen. Es ist ratsam, diese Beträge (also für Miete, Steuern, Schulgeld usw.) sofort beiseite zu legen, um sie zu den bestimmten Zeitpunkten zur Verfügung zu haben. Sie ganz oder teilweise zur Deckung anderer Bedürfnisse heranzuziehen, ist von Uebel. Nicht ganz so feststehend wie die genannten sind die Ausgaben für Heizung, Licht und Kleidung, die mehr oder weniger von der Jahreszeit abhängen. Im Winter kosten Licht und Heizung naturgemäß mehr als im Sommer. Bei den Ausgaben für die Küche lassen sich ganz bestimmte Sätze auch nicht aufstellen, weil die Preise ständig schwanken. Aber auch hier kann man sich einen Betrag stellen, über den man nicht hinausgeht. — Aufgabe einer Hausfrau ist es, zwischen den einzelnen Aufgaben im Haushalt das Gleichgewicht herzustellen.

★

Aus dem Münsterlande.

Rheine, 11. Febr. **Weitere Verbrechen aufgedeckt.** Nachdem, wie wir berichteten, die städt. Polizeiverwaltung mehrere Verhaftungen von Personen vorgenommen hatte, die sich des Verbrechens gegen den § 218 schuldig machten, ist es der Amtspolizeiverwaltung gelungen, drei weitere Personen wegen gleicher Delikte in Haft zu nehmen, unter denen sich eine Frau befindet, die bereits im Jahre 1919 zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe wegen Verstöße gegen den benannten Paragraph verurteilt wurde. Die Verhandlungen hierüber gehen weiter, sie enthüllen ein trübes Bild über den sittlichen Tiefstand einzelner Kreise. Bemerkenswert ist, daß diese Verhaftungen mit der Affäre Dr. Schwarte-Mesum in keinem Zusammenhange stehen und auch mit den Verhaftungen, die von der städt. Polizeiverwaltung vorgenommen wurden, nichts zu tun haben. Die weiteren Untersuchungen werden neues Material zutage fördern, sodaß fernere Verhaftungen bevorstehen.

Rheine, 11. Febr. **Wäschediebstahl.** Gelegentlich einer vorgenommenen Haussuchung wurde in einem Hause ein Posten Damenwäsche gefunden, der zum großen Teil mit P. 24, E. D., und A. D. gezeichnet war. Aus verschiedenen Wäschestücken sind die Zeichen herausgetrennt worden. Der Diebstahl scheint einige Monate zurückzuliegen und wurde durch Zufall aufgedeckt, als die Amtspolizeiverwaltung bei einem, der des seinerzeit bei Frerker verübten Wäschediebstahls verdächtig war, örtliche Untersuchungen anstellte. Eigentümer der beschlagnahmten Wäschestücke oder solche Personen, die über die Sache Auskunft geben können, werden gebeten, sich an die Amtspolizeiverwaltung im Amtsgebäude, Poststraße, zu wenden.

Nordhorn, 9. Febr. **Ein Notlandungsplatz für Flugzeuge** wird seitens der Stadt Nordhorn eingerichtet, die damit dem Wunsche der Flugverkehrsgesellschaften entspricht. Als passendes Gelände ist der frühere Sebrinksche Grundbesitz an der Bentheimerstraße ausersehen, den die Firma Niehus u. Dütting der Stadt unetgeltlich pachtweise für diesen Zweck zur Verfügung gestellt hat.

Anholt, 11. Febr. **Autobuslinie Anholt—Wesel.** Die Niederrheinisch-Westf. Kraftverkehrsgesellschaft m. b. H. („Niweka") hat am gestrigen Tage die zweite Autoverkehrslinie, die Strecke Anholt—Wesel, in Betrieb genommen. Damit ist eine direkte Verbindung zwischen Anholt und Wesel hergestellt, die bei den im allgemeinen ungünstigen Verkehrsverhältnissen im hiesigen Bezirk von der Bevölkerung begrüßt wird.

Dingden, 11. Febr. **Merkwürdiges aus der Tierwelt.** Gestern morgen brachte eine Kuh aus dem Rindviehbestande der Schnapsbrennerei Wilh. Daniel vier lebende Kälber zur Welt. Die Tiere befinden sich alle wohl. Das ist ein in der Rindviehzucht nur äußerst selten vorkommender Fall, den der Züchter darum sicher froh begrüßt hat.

Spenge, 11. Febr. **Ein ganzer Bauernhof niedergebrannt.** Die Wohn- und Stallgebäude des Hofbesitzers Grafahrend in Südspenge brannten völlig nieder. Fünf Feuerwehren standen dem rasenden Element machtlos gegenüber.

Burgsteinfurt, 11. Febr. **Die höhere Mädchenschule in Gefahr.** In der Stadtverordnetenversammlung wurde gestern der Etat der städt. höheren Mädchenschule für 1926, der auf 34 500 *M* veranschlagt war und einen städt. Zuschuß von 15 128 *M* erforderte, mit 7 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Das bedeutet für die Kreisstadt Burgsteinfurt, daß die städt. höhere Mädchenschule, die seit langer Zeit ein Streitobjekt im Stadtparlament ist, am 1. April d. Js. aufgehört zu existieren. Die Zentrumsfraktion stand nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es der Stadt möglich sein müsse, die höhere Mädchenschule in ein Lyzeum umzuwandeln und hat aus diesem Grunde gegen die Festsetzung des Etats gestimmt. Man erwartet, daß ein erneuter Antrag auf Umwandlung der Schule in ein Lyzeum eingereicht werden wird.

Enneft, 11. Febr. **Die Hündin als Schweineamme.** Ein seltener Schweinesegen brachte den Landwirt Josef Vogl beinahe in Verlegenheit. Eine Erstlingssau brachte 17 Frischlinge zur Welt, trotzdem sie nur 14 ernähren konnte. Die drei Stiefschweinchen sahen betrübt in die Zukunft. Doch da kommt Juno, die treue Hündin und bietet ihre Hilfe an. Von den 9 Welpen, die sie geworfen, müssen sieben sterben und als Ersatz steckt der Besitzer ihr drei junge Ferkelchen in den heimlichen Winkel, und so hausen zwei Jagdhunde und drei Grunzerchen friedlich zusammen und teilen sich in den Stoff, und alle gedeihen vorzüglich.

Buer, 11. Febr. **Aufgefundene Kindesleiche.** Am Dienstag gegen 5 Uhr nachmittags wurde etwa 200 Meter tief im Resser Walde an der Markenstraße, etwa 500 Meter vom Forsthaus Buer-Erle entfernt, eine ausgetragene weibliche Kindesleiche gefunden. Die Leiche war in ein altes Hemd eingewickelt und in einem braunen Pappkarton verschnürt. Der Karton, sowie die Leiche ist von Tieren angefressen. Nach ärztlicher Untersuchung hat die Leiche bereits vier bis fünf Tage an der Fundstelle gelegen. Ob gewaltsamer Tod vorliegt, konnte bisher nicht beurteilt werden. Von der Kindesmutter fehlt jede Spur.

-:- **Hamm,** 11. Febr. **Eine Kindesmörderin.** Bei einer Durchsuchung nach gestohlenen Gegenständen wurde von der hiesigen Kriminalpolizei in Lumpen verpackt die Leiche eines Kindes gefunden. Die Mutter des Kindes ist ermittelt. Sie will das Kind im Monat November 1925 geboren und gleich nach der Geburt in Lumpen verpackt und versteckt haben. Die Untersuchung wird noch Näheres ergeben.

Rotationsdruck und Verlag von Gebr. Lensing in Dortmund. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Fritz Schlotjunker.



Musikgemeinde – Kunstgemeinde.

(Th. Hocks, Ahaus.)

II.

Je größer ein Verein, desto leistungsfähiger ist er meist; das gilt auch vom Gesangverein und zwar in gesanglicher wie in finanzieller Hinsicht. Ein kleiner Chor klingt schwach und dünn, es fehlt die Wucht, der volle, abgerundete Chorklang. Viele Gesangstücke sind auch nur für größere Chöre berechnet und verlieren, von einem kleinen Chore vorgetragen, viel von ihrer Wirkung. Bei einem kleinen Verein sind die Uebungsstunden oft die reine Quälerei; fehlt mal eine „führende" Stimme, dann ist die ganze Singerei in Frage gestellt. Wie anders gestalten sich die Uebungen bei einer großen Sängerschar; da ist man nicht auf die „führende" Stimme eines Einzelnen angewiesen, wo 20—30 Sänger dieselbe Stimme singen. Da kommt der echte deutsche Sängergeist, die Sängertreue, das schöne Zusammengehörigkeitsgefühl zum Ausdruck, wo 100 deutsche Männer aus allen Berufsständen einträchtig zusammenstehen, der Chef neben seinen Angestellten und seinem Arbeiter, wie dies in unsern besten, leistungsfähigsten Männerchören tatsächlich der Fall ist; ein Musterbeispiel hierfür ist der berühmte Kölner Männergesangverein, der führende Verein Deutschlands. Leider fehlt es bei uns noch sehr an diesem Zusammengehörigkeitsgefühl; man schätzt den ethischen Wert des deutschen Männergesanges, die einigende Kraft des deutschen Liedes und seine hohe Aufgabe, die er gerade in unserer Zeit zu erfüllen hat, zu niedrig ein, man hält sich vielfach zu gut, um seine Stimme in den Dienst der edlen Sache zu stellen, man überläßt das Singen den Männern aus dem Volke und läßt sich lieber etwas vorsingen, anstatt mitzutun, mitzuwirken an einem wirklich nationalen Werke, mitzuhelfen an der Ueberbrückung der Klassengegensätze, die unser Volk vergiften und seine Gesundung verhindern. Heran also, all Ihr sangeskundigen deutschen Männer, die Ihr bis jetzt ferngestanden habt, herein in die Männergesangvereine! Und wenn dann das herrliche deutsche Lied erklingt aus 100 deutschen Männerkehlen, dann werdet Ihr fühlen, wie Euch das Herz aufgeht, dann erst werdet Ihr sie verstehen und erleben die gewaltige, erhebende Kraft des deutschen Liedes.

Aber noch ein anderer Uebelstand steht der gedeihlichen Entwicklung des Männerchores in unserer Gegend entgegen: In manchen Vereinen wird die gesellige Seite zu stark betont; die Hauptsache ist ihnen die Pflege der Gemütlichkeit, der Gesang ist Nebensache. In den Uebungsstunden wird mehr geredet, geraucht und getrunken als gesungen. Gesellschaftliche Veranstaltungen sind gewiß gut und schön, sie müssen aber in einem gesunden Verhältnis stehen zu den Uebungsstunden, sonst leidet der Gesang darunter. Ein Verein, der sich nur auf Geselligkeit aufbaut, ist ein Unding, ein Verein, der nur Gesang pflegt, ist ein Ideal. Ein Verein, der beides in sich vereinigt, ist ein Verein, wie er sein soll. Ein Verein, der nur Geselligkeit pflegt, ist ein Verein, der sich selbst das Grab gräbt. Ein Verein, der nur Gesang pflegt, ist ein Verein, der sich selbst das Grab gräbt. Ein Verein, der beides in sich vereinigt, ist ein Verein, wie er sein soll.

Ein weiterer Uebelstand ist die Eifersucht der Vereine untereinander. Jeder Verein will der beste sein, jeder will der erste sein, jeder will der größte sein. Das ist ein Unding, ein Verein, der sich selbst das Grab gräbt. Ein Verein, der beides in sich vereinigt, ist ein Verein, wie er sein soll.

Ein weiterer Uebelstand ist die Eifersucht der Vereine untereinander. Jeder Verein will der beste sein, jeder will der erste sein, jeder will der größte sein. Das ist ein Unding, ein Verein, der sich selbst das Grab gräbt. Ein Verein, der beides in sich vereinigt, ist ein Verein, wie er sein soll.

Ein weiterer Uebelstand ist die Eifersucht der Vereine untereinander. Jeder Verein will der beste sein, jeder will der erste sein, jeder will der größte sein. Das ist ein Unding, ein Verein, der sich selbst das Grab gräbt. Ein Verein, der beides in sich vereinigt, ist ein Verein, wie er sein soll.

Eine Unterredung mit Nitti.

Ein Nasenstüber für Mussolini.

Der „Vorwärts" veröffentlicht eine Unterredung mit dem sich in Paris aufhaltenden früheren italienischen Ministerpräsidenten Nitti, in deren Verlauf dieser u. a. sagte:

Ich bin betrübt, festzustellen, daß zwei Signatarmächte von Locarno, Italien und Deutschland, gegenwärtig Mißhelligkeiten auszutragen haben. Italien hat keinerlei nationale oder wirtschaftliche Interessen, die im Widerspruch zu denen Deutschlands stehen, sogar die Südtiroler Frage ist weniger ernst als behauptet wird. Ich will nicht mitten in dem Konflikt meine Meinung hierzu äußern. Aber ich kann dennoch sagen, daß, wenn einerseits Deutschland die Verträge achtet und anderseits Italien eine versöhnliche Politik macht, die Schwierigkeiten sogleich schwinden werden. Als ich am Ruder war, gab ich dem Gouverneur der neuerworbenen Gebiete Credaro sehr einfache Anweisungen. Ich sagte ihm: „Wenden Sie die italienischen Gesetze an, aber tun Sie zugleich Ihr Möglichstes, um nicht das Gefühl der neu gewonnenen Bevölkerung zu verletzen", und ich habe niemals Zwischenfälle oder Nachteile bedauern müssen. Im Gegenteil, ich entsinne mich jener Zeit, da ich als Ministerpräsident von den berufenen Vertretern der deutschen Minderheit Versicherungen von Dankbarkeit mir gegenüber und von Loyalität dem italienischen Staate gegenüber erhielt. Ich bin infolgedessen fest davon überzeugt, daß die Einwohner Südtirols niemals etwas gegen Italien unternehmen werden, wenn man ihnen nur Gerechtigkeit widerfahren läßt. Italien ist eins der Länder Europas, deren Nationale Bevölkerung am homogensten ist. Daher könnten seine kleinen slavischen oder deutschen Minderheiten durchaus mit Wohlwollen behandelt werden, ohne daß dem Nationalgefühl Italiens dadurch im geringsten Abbruch getan wäre. Es gibt nichts Schlimmeres auf der Welt, als die deutsche Kultur zu verhöhnen. Die intellektuellen Leistungen des Deutschtums stehen in der Geschichte der Zivilisation so hoch da, daß nur Ignoranten sich unterstehen können, eine der großartigsten Erscheinungen des menschlichen Geistes ins Lächerliche zu ziehen. Ich dürfte kaum im Verdacht stehen, ein Freund des Faszismus zu sein, aber gerade deshalb glaube ich betonen zu können, daß ich bezweifeln muß, daß der Faszismus gegenüber der Bevölkerung Südtirols mehr Gewalt anwendet als gegen seine Widersacher von der italienischen Opposition. Ich hoffe daher, daß man in Deutschland die Bedeutung gewisser Kundgebungen nicht überschätzen wird, denn vor allem gilt es, gute Beziehungen zwischen Deutschland und Italien herzustellen. Der Völkerbund wird am allerbesten dazu berufen sein, an der Annäherung zwischen den Nationen und an der Beilegung derjenigen Streitigkeiten mitzuwirken, die gegenwärtig am gefährlichsten für den wirklichen Frieden sind. Arbeiten wir für den Frieden. Führen wir nicht unnötigerweise, sei es in der Presse, sei es im Parlament, die Leidenschaften, die aus der Kriegszeit stammen. Die Zukunft des Friedens liegt in der internationalen Demokratie, und diese müssen wir üben, allen vorübergehenden und örtlichen Rückschlägen zum Trotz.

★

Unklar und schwächlich.

Wien, 11. Febr. Die zweite Mussolinirede, welche die Blätter gegenüber der klaren und würdigen Haltung Stresemanns als unklar und schwächlich bezeichnen, gilt ihnen als Beweis einer sich steigernden Nervosität in Rom, die geeignet sei, weitere ernstliche Befürchtungen zu rechtfertigen. Allerdings habe Mussolini das Schlimmste aus seinen Erklärungen am Sonnabend, die Kriegsdrohung gegen Oesterreich, weginterpretiert, indem er die Redewendung von der Trikolore am Brenner nur als defensiv verstanden wissen will.

Mussolini verläßt Rom.

)(Rom, 11. Febr. Mussolini wird heute abend nach Mailand abreisen, wo er sich ungefähr zehn Tage aufhalten wird. Er wird Gabriel d'Annunzio in Gardone aufsuchen.

Der geplante Vorstoß der deutschen Flotte.

Eine Erklärung von Trotha's.

Berlin, 11. Februar.

Vizeadmiral v. Trotha schreibt: Der „Vorwärts" vom 9. Februar bringt in der Morgenausgabe einen Artikel „Der Todesritt der deutschen Flotte". Darin wird auf Grund einer englischen Quelle ausgeführt, daß ein von uns während des Sommers planmäßig ausgelegtes großes Minenfeld vor dem Firth of Tay, das den Zweck hatte, als Kolossalfalle für die auslaufende englische Flotte zu dienen, heimlich von den englischen Minensuchern geräumt worden wäre. Wäre der deutsche Flottenvorstoß nicht durch die meuternden Mannschaften vereitelt worden, so hätte die deutsche Flotte eine der verheerendsten Katastrophen erlitten, da ihr ganzer Plan zunichte gemacht war. Hierzu erkläre ich, daß das große Minenfeld vor dem Tay tatsächlich ein Phantasiegebilde ist. Minen sind dort dann und wann von U-Booten gelegt worden, um den starken lokalen Handelsverkehr zu stören und zu beunruhigen. Für den Flottenvorstoß ist mit einem Minenfeld überhaupt nicht gerechnet worden.

Sozialles.

Ueber 2 Millionen Erwerbslose.

× Berlin, 11. Febr. Zu Ende Januar erreicht die Erwerbslosenziffer regelmäßig den höchsten Stand. Bei der Zunahme der unterstützten Erwerbslosen in der zweiten Januarhälfte dieses Jahres von 1 767 000 auf 2 030 000 ist ferner zu berücksichtigen, daß in diesem Zeitraum die Bestimmungen über die Einbeziehung der höher bezahlten Angestellten in die Unterstützung sowie die Verlängerung der Unterstützungsdauer für zahlreiche fachliche und örtliche Gebiete wirksam geworden sind. Im einzelnen hat die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger sich von 1 555 000 auf 1 773 000, die der weiblichen von 212 000 auf 257 000 erhöht, die Zahl der unterhaltsberechtigten Angehörigen der Hauptunterstützungsempfänger von 2 090 000 auf 2 359 000.

Geplanter Lohnabbau in der Nordwestgruppe.

:: Essen, 11. Febr. In der am 11. Febr. zwischen dem Arbeitgeberverband der Gruppe Nordwest und den drei Metallarbeiterverbänden stattgefundenen Verhandlung forderten die Arbeitgeber nichts mehr und nichts weniger als einen Lohnabbau für im Lohn beschäftigte Facharbeiter von 70 auf 63 ₰, für die Hilfsarbeiter von 55 auf 50 ₰ pro Stunde. Ferner die Kürzung der Zulagen für Akkordarbeiter um 5 ₰ pro Stunde. Außerdem beantragten die Arbeitgeber eine Kürzung des Arbeiterurlaubs. Die Vertreter der Metallarbeiterverbände brachten ihr Erstaunen über die ungeheuren Forderungen der Arbeitgeber zum Ausdruck und erklärten, in eine Verhandlung über diese Forderungen nicht eintreten zu können. Die Arbeitgeberforderungen müssen in der Arbeiterschaft und breiten Oeffentlichkeit den schärfsten Widerspruch hervorrufen, zumal den Akkordarbeitern, die 80 Proz. der gesamten Arbeiterzahl ausmachen, rigoros Abzüge gemacht worden sind, die mehrfach größer sind als die in dieser Verhandlung beantragte Herabsetzung der Löhne. Wie mit noch niedrigeren Löhnen im Arbeiterhaushalt gewirtschaftet werden kann, bleibt das Geheimnis des Arbeitgeberverbandes. Am Donnerstag, d. 18. Febr. soll in Essen eine weitere Verhandlung stattfinden.

Eine schwere Explosion in München.

⊠ München, 11. Febr.

Im Hause Rumfurdstraße 8 ereignete sich heute vormittag eine schwere Explosion. Bei der Desinfektion einer Wohnung explodierte der Apparat. Die Mauern wurden teilweise eingedrückt. Im Umkreise von 200 Metern wurden alle Fensterscheiben zertrümmert. 10 Personen wurden verletzt und mußten in die chirurgische Klinik gebracht werden. Die Straße ist mit Glasscherben und Trümmern übersät. Die Explosion soll darauf zurückzuführen sein, daß die zur Desinfektion verwandte Blausäure sich mit Leuchtgas vermischt und Knallgas gebildet hat.

Nach einer späteren Meldung sind bisher 22 Verletzte ermittelt worden, von denen 5 schwer verletzt sind. Tote sind nicht zu beklagen. Nach den späteren Erhebungen bestätigt es sich, daß die Explosion durch unsachgemäße Durchführung der Desinfektion eines Wohnraumes im Erdgeschoß des Unglückshauses entstanden ist. Die Gerüchte, die von einer Explosion des Backofens sprechen, sind vollkommen unbegründet. Die Aufräumungsarbeiten dürften noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Vom Erdgeschoß stehen nur noch die äußeren Umfassungsmauern. Die Innenwände und der Hausrat wurden zertrümmert und auf die Straße geschleudert. Nach dem Urteil von Sachverständigen hätte zur Desinfektion verwandte Menge von Schwefelkohlenstoff genügt, das ganze Haus zu zerstören. Der Desinfektor konnte noch nicht ermittelt werden.

Kunst und Wissen.

Deutscher Katecheten-Verein.

Die Ideen der katechetischen Fortbildung, wie sie den früheren Münchener Ketecheten-Verein geleitet haben, sind von diesem als Deutscher Katecheten-Verein in den letzten 5 Jahren in alle Gaue Deutschlands hinausgetragen worden. Gleichsam die Bestätigung der erfolgreichen Werbearbeit, welche den Mitgliederstand mehr als verzehnfacht hat (1920 : 500 Mitglieder — heute rund 5400) war der fast aus allen deutschen Diözesen beschickte Vertretertag in Zell bei Würzburg. Geehrt durch die Anwesenheit des Diözesenbischofs, Dr. M. Ehrenfried, ausgezeichnet durch ehrende Schreiben des Protektors Kardinals Dr Michael von Faulhaber und anderer führender Persönlichkeiten aus dem deutschen Episkopat nahm die Tagung einen alle Teilnehmer hoch befriedigenden Verlauf. Was 1921 bis 1925 geleistet worden ist, stellt wirklich eine katechetische Bewegung dar, deren Früchte auch im katechetischen Unterrichte sich zeigen möchten. Geistliche und weltliche Lehrkräfte teilen sich in die Vereinsarbeit. Waren die weltlichen Lehrpersonen bisher außerordentliche Mitglieder, so hat der einstimmige Zeller-Beschluß die statutenmäßige Gleichberechtigung der kath. Geistlichen und der kath. Lehrpersonen, die im Geiste des kirchlichen Gesetzbuches am Vereinsziel mitarbeiten wollen, ausgesprochen.

Daß der D. K. V. an keinem katechetischen Problem vorübergeht, zeigte die reichhaltige Tagesordnung. Die katechetischen Blätter, die jetzt in einer Auflage von 7000 erscheinen, sind das unerkannte katechetische Fachorgan, das auf wissenschaftlicher Grundlage die nötigen Hilfen für die Praxis bilden möchte. Die Bibliothek an der Zentrale in München ist auf den neuesten Stand der katechetischen Literatur gebracht und ist damit Vorbild aller zu errichtenden Ortsbibliotheken geworden.

Die Vorstandsschaft vereint auch äußerlich Nord und Süd miteinander. Erster Vorsitzender ist wie bisher Benefiziat G. Göbel-München, zweiter Vorsitzender: Univ.-Prof. Dr. Stapper-Münster.

Eine Reihe von neuen Kursveranstaltungen sind für das kommende Jahr geplant, so daß zu erwarten ist, daß der Verein auch in den kommenden Monaten seinen reichen Aufgaben gerecht wird. Möchten auch immer mehr geistliche und weltliche Katecheten Anschluß an ihren Verein finden. (Anmeldungen an die Geschäftsstelle des D. K. V. in München, Adelgundenstraße 23-24, Aufnahme-Gebühr 0.50 Pfg., Jahresbeitrag 5.00 ℳ, (Diasporamitglieder zahlen die Hälfte), wogegen die katechetischen Blätter per Kreuzband franko geliefert werden. Postscheck-Konto des D. K. V., München 9333).

★

Gefährdung der Uffizien?

-:- Rom, 10. Febr. In einer Korrespondenz der „Tribuna" aus Florenz hegt man wegen dem Palazzo degli Uffici Befürchtungen, weil sich Risse in den Mauern gezeigt haben. Auch die in der Nähe befindliche Obermauer am Arno hat sich nach der Flußseite etwas geneigt. Die Korrespondenz schlägt vor, die Uffizien dadurch etwas zu erleichtern, daß die Nationalbibliothek anderswo untergebracht wird. Bei der römischen Direktion der schönen Künste ist über diesen Zustand des Palastes nichts bekannt.

Protest gegen Mussolinis Politik.

Das Publikum in Plauen i. V. hat es durchgesetzt, daß Pirandellos „Sechs Personen suchen einen Autor" vom Spielplane des Stadttheaters abgesetzt wurde, als Protest gegen die italienische Politik in Südtirol.

Alt-Heidelberg als Singspiel in London.

Im His Majestys-Theater ist das erfolgreichste Theaterstück der Londoner Bühnen, Meyer-Försters „Alt-Heidelberg", das vor dem Krieg 600 aufeinanderfolgende Aufführungen erlebte, in Gestalt des amerikanischen Singspiels „Der Studentenprinz" neu belebt worden. Das Stück fand begeisterte Aufnahme.

Spiel - Sport.

Das Breslauer Sechstage-Rennen.

Gleich in der ersten Runde scharfe Jagden und Ueberrundungen. Die ersten Wertungsspurts.

Breslau, 10. Februar.

In der Breslauer Jahrhunderthalle begann heute abend das 3. Breslauer Sechstage-Rennen. Die geräumige Arena war bereits um 9 Uhr bis auf den letzten Platz gefüllt. Einige Vorrennen füllten die Abendstunden aus. Das bedeutendste Rennen der Einleitungswettbewerbe war der Winter-Abschiedspreis für Amateure (5 Läufe a 5 Runden), der folgende Ergebnisse brachte: 1. Junge-Breslau 29 Punkte, 2. Skuzinski-Breslau 20 Pkt., 3. Krollmann-Breslau 18 Pkt., 4. Rütt-Berlin 17 Pkt., 5. Nickel-Breslau 15 Pkt. Um ½10 wurden die Teilnehmer dem Publikum vorgestellt. Sämtliche 14 Paare erschienen am Start. Nach einigen toten Runden gab der Breslauer Sprinter-Meister Körnig um Punkt 10 Uhr den Startschuß ab. Es wurde von Anfang an ein äußerst scharfes Tempo gefahren, wofür in erster Linie der Holländer van Kempen sorgte. Bereits in der ersten Stunde wurde die Strecke von 42,840 km zurückgelegt. Ein 5-Runden-Prämienspurt, den Gottfried vor Persyn gewann, brachte eine aufregende Jagd. Um 11 Uhr begannen die ersten Wertungsspurts. Die Ergebnisse waren folgende:

1. Spurt: 1. van Kempen, 2. Knappe, 3. Vauchet, 4. Häußler;
2. Spurt: 1. Rieger, 2. Tietz, 3. Bauer, 4. Lang.
3. Spurt: 1. van Kempen, 2. Hahn, 3. Gottfried, 4. Häußler;
4. Spurt: 1. Vandet, 2. Saldow, 3. Buysse, 4. Feja;
5. Spurt: 1. Chourey, 2. Oliveri, 3. Buysse, 4. Saldow;
6. Spurt: 1. Vaudet, 2. Tonani, 3. van Nek, 4. Gottfried.

Nach dem 3. Spurt gab es eine wilde Jagd, die eine Viertelstunde lang anhielt. Niemand wußte über die Plazierung der Fahrer Bescheid und als das Schiedsgericht nach Schluß des 6. Spurtes das Ergebnis bekanntgab, herrschte große Spannung. Der Schiedsgerichtsspruch lautete: Die Paare Techmer—Häußler-Deutschland, Behrendt—Stolz-Deutschland und Gottfried—Lang-Deutschland/Amerika haben je eine Runde verloren.

Der Stand des Rennens um 12 Uhr abends:

1. Faudet—Chourey-Frankreich 17 Punkte, 2. van Kempen—Feja-Holland/Deutschland 11 Punkte, 3. Rieger—Knappe-Deutschland 8 Pkt., 4. van Nek—Buysse-Holland/Belgien 7 Pkt., 5. Hahn—Tietz-Deutschland 6 Pkt., 6. Saldow—Bauer-Deutschland 6 Pkt., 7. Tonani—Oliveri-Italien 5 Pkt., 8. Persyn—Verschelden-Belgien 0 Pkt., 9. Blekemolen—Nebe-Holland/Deutschland 0 Pkt., 10. Stabe—Kohl-Deutschland 0 Pkt., 11. Thomas—Martin-Deutschland 0 Pkt.

Eine Runde zurück: 12. Techmer—Häußler-Deutschland 0 Pkt., 13. Behrendt—Stolz-Deutschland 0 Pkt., 14. Gottfried—Land-Deutschland/Amerika 0 Pkt.

Von Nah und Fern.

Eine schreckliche Entdeckung.

× Berlin, 11. Febr. Die „Tägliche Rundschau", zu 50 Prozent deutschnational und zu 50 Prozent Deutsche Volkspartei, hat eine schreckliche Entdeckung gemacht. In der Volksschulabteilung des Provinzialschulkollegiums in Berlin befinden sich zur Zeit neben vier evangelischen drei(!) dieses angsterfüllte Ausrufungszeichen befindet sich in der betreffenden Notiz der „Täglichen Rundschau") katholische Mitglieder und ein Dissident. Das sei eine Bevorzugung der katholischen Konfession, die durch nichts zu rechtfertigen wäre und die „Tägliche Rundschau" spricht nunmehr von der „Katholisierung" des Provinzialschulkollegiums. Es ist wirklich schrecklich, welche Sorgen manche Leute haben!

Schwere Pferdefleischerkrankungen.

)(Breslau, 11. Febr. Nach dem Genuß von Pferdefleisch erkrankten aus der Familie eines hiesigen Handwerkers 6 Personen, von denen eine verstorben ist Die anderen befinden sich außer Lebensgefahr.

Das Unglück bei Oberhof.

:: Erfurt, 10. Febr. Zu dem Eisenbahnunglück bei Oberhof, bei dem sechs Rottenarbeiter getötet wurden, erfahren wir noch: Im Brandleitetunnel wurden Oberbauarbeiten vorgenommen. Es waren alle Sicherheitsmaßnahmen für Rottenarbeiter getroffen, u. a. war eine besondere Telephonleitung im Tunnel gelegt worden, um die Möglichkeit zu bieten, Warnungssignale zu geben, wenn der Zug im Tunnel einfuhr. Soweit bisher sich feststellen ließe, wurde das Warnungssignal auch gegeben. Der Rottenführer hat aber wohl aus Versehen die Leute in das Gleis treten lassen, auf dem der Arbeitszug im Tunnel gefahren kam.

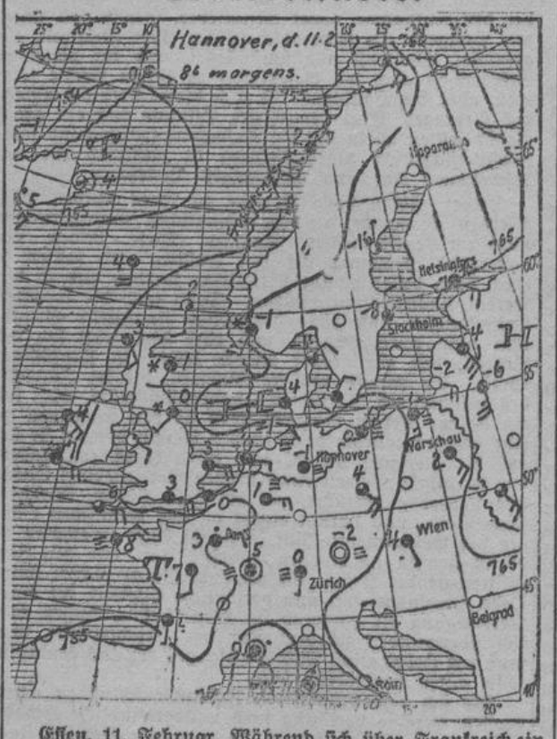
Selbstmord einer italienischen Gräfin.

)(Berlin, 11. Febr. Die 27jährige Marchesa Gabriele Serra-Manichedda, eine Tochter des russischen Advokaten Blindermann und einer Schwester der Schauspielerin Maria Orska, wurde heute in einem Hotel unter den Linden erhängt aufgefunden. Der Beweggrund der Tat ist noch unbekannt.

Die Tragödie einer russischen Prinzessin.

:: Moskau, 11. Febr. Sonntag morgen wurde in einer Hauptstraße der russischen Hauptstadt eine junge Frau erdrosselt aufgefunden. Durch polizeiliche Erhebungen wurde festgestellt, daß die Ermordete mit der vierundzwanzigjährigen ehemaligen Prinzessin Obolenskaja identisch sei, die sich dort in der letzten Zeit als Dirne herumgetrieben hatt. Zur Zeit der Revolution, im Jahre 1917, war Prinzessin Obolenskaja 15 Jahre alt und wohnte bei ihren Eltern in deren Petersburger Schloß. Als sie von den Bolschewisen gesucht wurden, flüchteten Fürst Obolenski und seine Gattin und ließen das junge Mädchen unter der Aufsicht einer Gouvernante in Petersburg zurück. Auf der Flucht wurden jedoch der Fürst und die Fürstin ermordet. Als diese Nachricht in Petersburg eintraf, machte sich auch die Gouvernante aus dem Staube und die Prinzessin blieb allein. Zunächst fand sie in einem Massenquartier Unterkunft und später wurde sie in einer Fabrik als Arbeiterin angestellt. Hier machte sie die Bekanntschaft eines Arbeitskollegen. Dem Manne war ihr Verdienst zu wenig und er schickte sie auf die Straße. So sank sie immer tiefer. Als sie am Sonntag aufgefunden wurde, waren an ihrem Halse deutliche Würgespuren feststellbar. Ihre Handtasche lag neben ihr, doch befand sich in ihr keine Kopeke. Ein Ohrgehänge war ihr gewaltsam aus dem Ohr gerissen worden.

Wetterkarte.



Essen, 11. Februar. Während sich über Frankreich ein flacher Tiefdruckausläufer über Deutschland nach der Ostsee erstreckt, hat das Hochdruckgebiet im Osten Europas weiter abgenommen, reicht aber über Skandinavien und die Nordsee bis nach England. Das Tiefdruckgebiet bei Island hat sich etwas vertieft. In Deutschland herrschte heute früh bei schwachen veränderlichen Winden ziemlich trübes und nebliges, aber sonst trockenes Wetter. Der Nordwesten und Süden hatten leichten Frost. In den übrigen Teilen lagen die Morgentemperaturen zwischen 0 und 4 Grad. Vorhersage bis Sonnabend: fortgesetzt trübe bei schwachen nordöstlichen Winden und geringer Wärmeänderung, keine erheblichen Niederschläge.

Handel und Industrie.

Die Tagung der Deutschen Bekleidungsindustrie

die am Dienstag im Reichswirtschaftsministerium von 17 Verbänden veranstaltet wurde, befaßte sich mit der eingehenden Betrachtung der wirtschaftlichen Gesamtlage unter besonderer Beachtung der Verkaufs- und Lieferungsbedingungen der Bekleidungsindustrie. Syndikus Dr. Koppe referierte über die Möglichkeiten einer Behebung der gegenwärtigen Krise und nannte als stärkstes Moment die Selbsthilfe der Unternehmer. Er betonte mit Nachdruck die bisher mangelnde Mitarbeit der Mitglieder in den Verbänden der Fachgruppe, die eine Voraussetzung für jegliche wirksame Vertretung der Interessen bedeute. Des weiteren wandte er sich gegen die Mißstände, die durch die Schleuderverkäufe wegen der damit verbundenen Verluste hervorgerufen werden. Als Aufgabe der Verbände bezeichnete er ferner die Schaffung einer Einheitskondition für die Bekleidungsindustrie und die hierfür notwendigen Sicherungsmaßnahmen. Denn in der letzten Zeit haben auf der einen Seite das scharfe Vorgehen der Weber bei Nichteinhaltung der vorgeschriebenen Kondition und auf der anderen Seite die nachlässige Zahlungsweise der Abnehmer für die Bekleidungsindustrie einen für die Dauer unerträglichen Zustand geschaffen. Als wichtig für die Rentabilität der Unternehmungen nannte er im Gegensatz zum zweiten Referenten Otto Weil, dessen Refereat wir bereits in der gestrigen Ausgabe veröffentlicht haben, die völlige Stillegung unrentabler Gesellschaften und begnügte sich mit der auch von anderer Seite in der Diskussion geforderten Produktionseinschränkung. Schließlich forderte er Maßnahmen der Verbände gegen allzu großen Lagerausbau, da hierdurch für die Industrie die Risiken zu groß würden. In der Diskussion wandte sich ein Redner besonders scharf gegen die Außenseiter jeglicher Verbandskonditionen und unterstützte mit Nachdruck die Schaffung einer allseitig anerkannten Einheitskondition. Eine dahingehende Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Getreidepreise.

Die zwischen der Landwirtschaft und der Eisen- sowie Maschinenindustrie im Gange befindlichen Verhandlungen sind noch nicht über die erste Fühlungnahme hinausgegangen. Als Ziel dieser Verhandlungen, an denen auch die Kohlen- und Stickstoffindustrie Interesse hat, ist die Stabilisierung der Getreidepreise derart gedacht, daß die Landwirtschaft zum Ankauf der erforderlichen Kontingente von Eisenfabrikaten, Düngemitteln usw. nicht wie im vergangenen Jahre genötigt sein soll, ihr Getreide um jeden Preis an den Markt zu bringen, also unter den Weltmarktpreisen zu verschleudern. Da parallel mit diesen Bestrebungen noch immer das Projekt der Verlängernug der Reichsgetreidestelle in der Schwebe ist, das in der Hauptsache auf die Lombardierung größerer Getreidekontingente hinausläuft, so wird unseres Erachtens nicht mit Unrecht von landwirtschaftlicher Seite betont, daß die Vorbereitungen zur Stabilisierung der Getreidepreise gleichzeitig an verschiedenen Punkten zu einer Zersplitterung der Kräfte führen müsse. Die neueste Nachricht in dieser Richtung bedeutet ein an der Berliner Produktenbörse vom Dienstag verbreitetes Gerücht, wonach zur Stützung der Roggenpreise zunächst die Gründung einer Studiengesellschaft mit einem Anfangskapital von 50 000 ℳ beabsichtigt sei. Die „Voss. Ztg." will hierzu wissen, daß das Kapital vom Kalisyndikat und vom Stickstoffsyndikat aufgebracht und daß der bekannte Professor Warmbold lebhaftes Interesse für dieses Projekt bekunden soll. Eine Bestätigung für diese direkte Anteilnahme der Kaliindustrie konnten wir nicht erhalten, doch ist sie nicht so unwahrscheinlich, wenn man das große Interesse der Düngemittelindustrie an dem Gedeihen des größten Abnehmers, der Landwirtschaft, berücksichtigt. Wie ungewiß diese Verhandlungen sind, geht u. a. auch daraus hervor, daß man neuerdings die Bezeichnung „Private Reichsgetreidestelle" nehmen möchte. Daher erscheint es wohl vor allen Dingen wünschenswert, daß endlich über das Schicksal der Reichsgetreidestelle entschieden wird und daß die zuständigen Stellen endlich dazu Stellung nehmen, ob sie überhaupt eine Aufrechterhaltung der Reichsgetreidestelle für richtig halten, wenn gleichzeitig private Bestrebungen im Gange sind, die dasselbe bezwecken, was die wieder zu belebende Reichsgetreidestelle tun soll. Der Vollständigkeit wegen sei noch erwähnt, daß auf dem Wege über die Studiengesellschaft eine Einkaufsgesellschaft zur Stützung der Roggenpreise mit einem endgültigen Kapital von etwa 10 Millionen Mark errichtet werden soll, der nach den allerdings noch ganz in der Luft schwebenden Plänen die verbleibenden Mittel aus der Reichsgetreidestelle zu billigen Zinssätzen zur Verfügung gestellt werden sollen, was wiederum ohne Einverständnis der zuständigen Stellen nicht denkbar ist.

Die Förderung des Exports.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Wir wir bereits mitgeteilt haben, sieht es die Reichsregierung als eine ihrer Hauptaufgaben an, mit allen nur tauglichen Mitteln den Export der deutschen Industrie zu fördern. Diese Frage der Exportförderung hängt auch zusammen mit der Frage der Reparationsleistungen, weil diese ja zu einem großen Teil mit aus den Export-Ueberschüssen gedeckt werden sollen.

Als Mittel zur Exportförderung hat die Reichsregierung die Einführung von Exportprämien in den Bereich ihrer Pläne gezogen. Mit solchen Exportprämien wird nun für die deutsche Kohlenausfuhr der Anfang gemacht. Dabei folgt übrigens die Reichsregierung dem von der englischen Regierung schon seit längerer Zeit befolgtem System, dessen Anwendung und sehr nachdrückliche Durchführung mit eine der Hauptschwierigkeiten für die deutsche Exportindustrie bisher bedeutete. Man kann es nur begrüßen, daß die Reichsregierung ebenfalls zu diesem Mittel greift, um sich nicht nur der Widerstände zu erwehren, die dem deutschen Exportgeschäft schlechthin erwachsen, sondern um auch andererseits die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der Exportindustrie und des Reiches selber wahrzunehmen.

Im einzelnen ist zunächst wie gesagt die Einführung einer Exportprämie für Kohlen beabsichtigt, daneben werden in absehbarer Zeit auch noch andere Produkte in dieses Prämiensystem mit einbezogen. Als ein weiteres wichtiges, die Ausfuhr deutscher Waren förderndes Mittel ist sodann auch die Exportkreditversicherung vorgesehen, die in der Hauptsache in der Uebernahme von Ausfallbürgschaften besteht. Nach dieser Richtung haben in den letzten Zeit Verhandlungen bezüglich der Finanzierung russischer Betriebe mit deutschen industriellen Unternehmungen stattgefunden, die auch zum Teil zu einem Ergebnis geführt haben, so insbesondere des russischen Auftrages für Röhrenlieferungen zum Ausbau des russischen Petroleumgebietes. Hierfür liegt ein besonderes Interesse Deutschlands vor, weil auch deutsche Unternehmungen selber stark finanziell und durch Investierung von persönlichen und materiellen Kräften an dem Ausbau dieses Petroleumnetzes interessiert sind und die Reichsregierung als solche ebenfalls an dieser Frage mit Rücksicht auf die Versorgung der deutschen Industrie mit Oelen einen großen Anteil nimmt.

Die jetzt von der Reichsregierung angewandten Maßnahmen sind zunächst nur als Vorbereitung gedacht. Wenn sie zu einem praktischen, dauerhaften und finanziell ausreichenden Erfolg gebracht werden sollen, dann müssen sie in ein einheitliches organisches System gebracht werden. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen werden augenblicklich von der Reichsregierung im einzelnen überprüft und entsprechend einem großzügigen Arbeitsplan zur Ausführung gebracht werden.

Technik und Verkehr

Die Kohlenaufbereitung.

Der Kohlenbergbau brachte ursprünglich die geförderte Kohle nur als Rohkohle in den Handel, die meistens mehr oder weniger von Bergen (Steinen) durchsetzt war. Im Laufe der Zeit hat sich dann das Bedürfnis herausgestellt, die Rohkohle durch Aufbereitung zu verbessern, worunter die Befreiung der Rohkohle von den Bergen, die Klassierung der Kohle nach Korngrößen und das Waschen der Kohle zu verstehen ist. Das Waschen der Feinkohle war vor allem durch die Anforderungen, welche die Hüttenwerke an einen guten Koks stellen, zur Notwendigkeit geworden. Die Kohlenaufbereitung, welche in verhältnismäßig kurzer Zeit bedeutende Verbreitung gefunden hat, ist immer weiter fortentwickelt worden und es ist noch nicht abzusehen, welche Anforderungen an dieselbe noch gestellt werden in Bezug auf die Bestrebungen nach einer restlosen Vergasung und unmittelbaren Verflüssigung der Kohle. In der Regel werden die Kohlenaufbereitungsanlagen als Teilanlagen der Zechen angesehen, in welchem Falle dann die geförderte Rohkohle auf kürzestem Wege zur Aufbereitung und von hier in verbessertem Zustande zum Versand gelangt. Die durch die Aufbereitung ausgeschiedenen Berge werden direkt wieder in die Grube zurückbefördert. In anderen Fällen werden die Aufbereitungsanlagen als Teilanlagen der Kokereien betrachtet, woraus sich dann andere nicht zu unterschätzende Vorteile ergeben. Es stellt sich nämlich sehr oft das Bedürfnis heraus, Kohlen von verschiedenen Zechen erst zu mischen und, wenn nötig, zu zerkleinern, um einen gleichmäßigen und dichten Koks zu erhalten. Die Kohlen gelangen dann zunächst zur Kohlenmischanlage, von hier zur Aufbereitung und schließlich direkt zur Kokerei. Eine Kohlenaufbereitungsanlage kann schließlich noch als ein selbständiges Unternehmen angesehen werden, welches die Kohlen verschiedenster Herkunft mischt und aufbereitet, um sie dann nach Korngröße und anderer Klassierung in den Verbrauch zu leiten.

Eine vollständige Kohlenaufbereitungsanlage besteht in der Regel aus der Separation und der Wäsche. Durch die Separation werden die großen Stücke meist über 80 mm Korn von der Kleinkohle abgeschieden, wobei die Rohkohle über einen geneigten Rollenrost, Sortierrost oder ein Exzenter-Schwingsieb geleitet wird. Die abgeschiedenen großen Stück über 80 mm Korngröße (Stückkohlen) gelangen alsdann auf Lesebänder, auf welchen die Berge mit der Hand ausgelesen werden und der Transport in die Eisenbahnwagen geschieht. Die durchgesiebte Kleinkohle, meist 0—80 mm Korngröße, gelangt in einen Vorratstrichter oder Vorratsturm, welcher so groß bemessen ist, daß er für einige Zeit die Förderung aufnehmen kann, so daß auch bei Stillstand der Wäsche die Förderung nicht unterbrochen wird. Aus dem Vorratsbunker gelangt die Kleinkohle mittels Becherwerks zur Wäsche. In dieser wird auf Grund eines Waschprozesses die Befreiung der Kleinkohle von den Bergen und die Klassierung der Kohle durchgeführt. Der Waschprozeß bedingt in der Regel eine Vorklassierung der Kleinkohle, die dadurch erreicht wird, daß vor der eigentlichen Waschanlage nochmals ein Sieb und zwar meistens ein Exzenterschwingsieb eingeschaltet wird. Dieses trennt die Kleinkohle in Feinkohle von 0 bis etwa 10 mm Korngröße und in Grobkohle (Nüsse) von etwa 10 bis 80 mm Korngröße und in Grobkohle (Nüsse) von etwa 10 bis 80 mm Korngröße und zwar in eine oder mehrere Sorten. Aus der Feinkohle kann noch das feinste Korn von 0—0,2 mm — die Staubkohle — abgeschieden werden, die nicht waschbar, d. h. nicht verbesserungsfähig ist.

Die klassierten Kohlen werden mittels Wasser durch Riemen auf die Setzmaschinen geschwemmt, welche die Trennung von Kohle und Schiefer hervorrufen. Da die Schnelligkeit des Waschvorganges von der Korngröße abhängig ist, so werden das Feinkorn und die verschiedenen Grobkornsorten auf verschiedene Setzmaschinen gebracht, die jedesmal in eine mehr oder weniger großen Anzahl vorhanden sind. Die Haupteinrichtung der Setzmaschine ist ein Waschbehälter, in dessen oberen Teil ein Sieb angebracht ist, auf welches die zu waschende Kohle gelangt. Auf Grund des Waschprozesses, welcher auf der dauernden Zuführung von Wasser und dem fortgesetzten Auf und Abbewegen eines Kolbens im Waschbehälter beruht, werden dann der spezifisch schwere Schiefer und die spezifisch leichtere Kohle von einander geschieden. Der Schiefer bewegt sich unmittelbar auf dem Sieb vorwärts, um durch eine Schnecke ausgetragen und durch ein Becherwerk gehoben zu werden, während die Kohle mit dem Wasser über den Ueberfall in Gesluter geschwemmt wird. Durch Regulierschieber läßt sich hierbei eine sehr scharfe Trennung von Schiefer und Kohle erreichen. Die sämtlichen gewaschenen Grobkornsorten (Nüsse) werden dann zusammengeführt und in Riemen mit dem Waschwasser auf ein über den Verladetaschen liegendes Nachklassierungs- und Entwässerungssieb geschwemmt, wo die Entwässerung und Trennung in die verschiedenen Nußsorten erfolgt. Aus den Taschen geschieht die Verladung entweder direkt oder unter Verwendung von Verladebändern gewöhnlich unter Abbrausen mit reinem Wasser, um reine, grusfreie Nüsse zu erhalten.

Die abgeschiedenen Grobkornschiefer werden durch Becherwerk mit gelochten Bechern aus den Setzmaschinen gehoben, so daß Wasser und Schiefer nur möglichst kurze Zeit miteinander in Berührung sind, und in einen für Grobkorn- und Feinkornschiefer gemeinschaftlichen Vorratstrichter gestürzt und von dort abgeführt. Bei durchgewachsenen Kohlen wird zuweilen der Schiefer auf einer Grobkorn-Nachwaschsetzmaschine in reinen Schiefer und Mittelprodukt getrennt. Das Mittelprodukt wird im Kesselhaus verwandt oder gebrochen, um in letzterem Fall noch die brauchbare Feinkohle auswaschen zu können. Der von den Feinkornsetzmaschinen kommende Feinkornschiefer wird, gegebenenfalls mit dem gebrochenen Grobkornschiefer zusammen, in Feinkornsetzmaschinen nochmals nachgewaschen, um höchstes Ausbringen zu erzielen.

Die Feinkohlen müssen nach dem Waschen getrocknet werden, zu welchem Zwecke sie durch die Gesluter in Trockentürme geschwemmt werden. Die Kohlen sinken dort zu Boden und füllen schließlich den ganzen Turm, während die Waschwässer über den Rand des Trockenturmes abfließen. Durch eingebaute Entwässerungsapparate wird das Abfließen des Waschwassers aus dem Turm erleichtert, wobei bereits eine Vorklärung des Wassers stattfindet. Der Fassungsraum der Türme ist so groß, daß genügende Zeit für die Entwässerung verbleibt. Die getrocknete Kohle wird entweder direkt von diesen zu den Koksöfen abgezogen oder meist vorher durch Transportbänder und Becherwerk besonderen Vorratstürmen zugeführt. Das abfließende Wasser wird wieder nach einem über der Setzmaschinenbühne liegenden Klärsumpf gepumpt, wo es weiter geklärt wird, so daß es den Setzmaschinen zu neuem Gebrauch zugeführt werden kann. In ähnlicher Weise wird auch das zur Grobkornwäsche und zum Abbrausen der Nußkohlen verwendete Wasser wieder geklärt und neu verwendet. Der ausgeschiedene Kohlenschlamm wird in einen besonderen Schlammsumpf abgelassen und von hier erneut zu den Trockentürmen gepumpt.

Um die durch das Mitwaschen des feinsten Korns bedingte Schlammwirtschaft zu vermindern oder zu vermeiden, empfiehlt sich die vorherige trockene Ausscheidung des in der Kohle mehr oder weniger vorhandenen Kohlenstaubes von 0 bis etwa 0,2 mm Korngröße. Zu diesem Zwecke läßt man die Feinkohle bis etwa 10 mm Korngröße rotierende Windschichten passieren, in welchen der Kohlenstaub mittels Luft abgesaugt wird.

W. Knäpper, Ingenieur.

Die Technische Frühjahrsmesse.

Leipzig, 28. Februar bis 10. März.

Vorbericht.

Die Technische Frühjahrsmesse vorigen Jahres brachte allen Besuchern besondere Ueberraschungen. An der völlig regulierten „Straße des 18. Oktober" waren drei große Hallen entstanden, die Hallen 7, 8 und 9; letztere, die größte deutsche Ausstellungshalle, umfaßte die höchst imposante Sonderausstellung des Vereins Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken, die eine große allgemeine Begeisterung wachrief und von einem Festredner bei der Eröffnung der Messe als „Kathedrale der Technik" gefeiert wurde. So hatte sich schon das äußere Bild der Technischen Messe vollkommen verändert; es waren aber auch ganz neue technische Fachgebiete hinzugekommen, so z. B. die Wärmemesse, die Gießerei-Fachmesse, die gewaltige Ausstellung der großen Industriekonzerne usw. Auch das Haus der Elektrotechnik hatte durch den Umbau eine ganz bedeutende Erweiterung erfahren. Wie wird nun die kommende Technische Frühjahrsmesse aussehen? Schon jetzt kann gesagt werden, daß sie abermals an Ausdehnung gewonnen hat.

Von den Neuerscheinungen ist in erster Linie die Sondergruppe „Auslands- und Kolonialbedarf" zu nennen. Sie wird unter Mithilfe der Arbeitsgemeinschaft für Auslands- und Kolonialtechnik (Akotech), Berlin, aufgebaut und eingerichtet und soll besonders dazu beitragen, den für Deutschland so notwendigen Export und das Auslandsgeschäft zu heben. Die neue Fachausstellung wird in übersichtlicher Anordnung alles das zeigen, was für die besonders gearteten Verhältnisse des betreffenden Landes, namentlich in Bezug auf Klima, Bodenbeschaffenheit, Naturschätze usw., überhaupt auf das gesamte kulturelle Leben in Frage kommt.

Von besonderer Wichtigkeit im Wirtschaftsleben war stets die Wärmewirtschaft. Man wird sich der Erfolge erinnern, die die vom Mitteldeutschen Braunkohlen-Syndikat im Frühjahr 1924 veranstaltete Braunkohlenfachmesse zu verzeichnen hatte. Auf Grund dieser Erfolge wurde das Unternehmen weiter ausgebaut, im Frühjahr 1925 wiederholt und durch eine „Wärmemesse" ergänzt. Auf der kommenden Frühjahrsmesse findet man diese Veranstaltungen zu einer großen einheitlichen Abteilung „Brennstoff, Kraft und Wärme" zusammengeschlossen, in einer neuen 155 Meter langen und 44 Meter breiten massiven Halle.

Die Gießereitechnik wird auf der technischen Frühjahrsmesse besonders zur Geltung kommen. Schon im Frühjahr 1925 fand erstmalig in Leipzig auf dem Gelände der Technischen Messe eine Fachmesse für Gießereitechnik statt, die außerordentlich gute geschäftliche Erfolge aufzuweisen hatte. Auf Grund der gemachten günstigen Erfahrungen wird im Rahmen der Frühjahrsmesse diese Gruppe zu einer „Allgemeinen Fachgruppe Gießereitechnik" erweitert und mit einer Sonderausstellung „Der Elektro-Ofen in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie" verbunden.

Die große Nachfrage nach Textilmaschinen zur Herbstmesse war ohne Zweifel auf die gelungene Messeveranstaltung des Frühjahrs zurückzuführen. Leider entsprach aber die Beteiligung der Aussteller im Herbst nicht den Erwartungen. Die Wünsche, die laut geworden sind, jetzt zur kommenden Frühjahrsmesse 1926 wieder eine recht reichhaltig beschickte Textilmaschinenmesse vorzufinden, sind verständlich und sehr berechtigt. Sie sollen erfüllt werden. Ein gut passender Ausstellungsraum, worauf von den in Frage kommenden Textilmaschinenfirmen besonders Wert gelegt wurde, ist von der Messeleitung zur Verfügung gestellt worden. Infolge des Neubaues der Halle 21 für die Messe „Brennstoff, Kraft und Wärme", in der die früher in Halle 11 untergebrachten Antriebsmaschinen mit Ausnahme finden werden, ist der betreffende Teil in Halle 11 freigeworden und für die Textilmaschinen vorgesehen. Da die Ausstellungshalle an der stark besuchten Emil-Rathenaustraße, zwischen dem Haus der Elektrotechnik und der Betonhalle, außerordentlich günstig gelegen ist, wird sie, wenn auch noch die Textilmaschinen in ihren einheitlich und geschmackvoll ausgestatteten Ständen aufgestellt sind, bestimmt wieder eine große Anziehungskraft auf die Besucher ausüben.

In Halle 11 und auf den vor ihr liegenden beträchtlichen Freiflächen von ca. 2000 qm Gesamtfläche soll auch noch die jetzt erweiterte Fachausstellung „Förderwesen" Unterkommen finden. Unter den Maßnahmen zur Hebung der Wirtschaftlichkeit der Industrie sieht die zweckmäßige Ausgestaltung des Förderwesens mit im Vordergrund des Interesses. Die Beteiligung maßgeblicher Firmen an der Ausstellung sind so zahlreich, daß man auch hier mit einem Erfolg rechnen darf.

Obwohl die aufgeführten Veranstaltungen nicht als die einzigen Neuerscheinungen auf der Technischen Messe hervortreten, sind es doch die bedeutendsten, die naturgemäß auch wesentliche Veränderungen der Gesamtanlage hervorgerufen haben. Die übrigen Hallen wird der Messebesucher ziemlich unverändert finden. Die Baumesse, die Werkzeugmaschinen, die Elektrotechnik, die Eisen- und Stahlwarenindustrie, die Bau- und Transportmaschinen, die Oefen und Herde, die Einrichtungen für Gasverwertung und vieles Andere findet man am gewohnten Platze. Während der Mustermesse, die vom 28. Febr. bis 6 März dauert, bleibt die Technische Messe, die auch im Herbst vorigen Jahres, im Gegensatz zur Mustermesse, sehr günstige geschäftliche Erfolge verzeichnen konnte, vier Tage länger geöffnet, also vom 28. Februar bis 10. März. Die Industrie knüpft an diese Frühjahrsmesse große Erwartungen.

Stromaufspeicherung in Wasserkraftwerken.

Von Dipl.-Ing. Otto Günther, Rgrbmstr.

Zunächst erscheint es widersinnig und keineswegs als wirtschaftlich, erst aus der Energie strömenden Wassers Elektrizität zu erzeugen, diese etwa 100 Kilom. entfernt wieder in mechanische Energie umzuwandeln, mit deren Hilfe Wasser in ein hochgelegenes Speicherbecken zu pumpen, und aus diesem Wasser Stunden oder gar Monate später wieder elektrische Energie zu erzeugen. Und dennoch hat dieses Verfahren in der neuesten Zeit die Anlage von Wasserkraftwerken gestattet, die die von der Natur so unregelmäßig dargebotene Energie der Wasserläufe in weit höherem Maße auszunutzen vermögen, als dies sonst möglich gewesen wäre. Die Speicherung von Energie stellt heute eins der wichtigsten Probleme der Energiewirtschaft dar. Von den mannigfaltigen Formen, in denen die Speicherung von Energie der modernen Technik möglich ist, stellt diejenige durch hochgespeichertes Wasser bei günstigen natürlichen Umständen eine der vollkommensten dar. Denn allen Verfahren der Speicherung haften sehr große Verluste an, die bei der Umformung der Energie aus ihrer einen Erscheinungsform in eine andere auftreten. Diese fallen besonders gering aus bei der Speicherung von Wasser, weil dieses bei noch so langer Speicherung keine nennenswerte Wertminderung erleidet, wie dies bei Wärmespeichern, Dampf- und chemischen Speichern (Akkumulatoren) naturnotwendig eintritt. So sind in den letzten Jahren eine Reihe von Wasserkraftwerken geschaffen worden, die nur einen Teil der Zeit als solche arbeiten, im Uebrigen aber als Großpumpwerke.

Eine der großartigsten Anlagen dieser Art ist das Schwarzenbachwerk, der zweite Ausbau des bekannten Murgwerkes im badischen Schwarzwald. Die Wassermengen, die man nachts, wo der Bedarf an elektrischer Energie im ganzen Land außerordentlich zurückgeht, mit Rücksicht auf die Unterlieger ungenützt herunterstürzen lassen müßte (weil eine Speicherung von Wechselstrom direkt unmöglich, die Umformung in Gleichstrom in diesen Mengen aber wirtschaftlich ein Unding ist), werden auch in den Nachtstunden zur Erzeugung elektrischer Energie benutzt. Besonders charakteristisch ist diese Lage in den großen Rheinkraftwerken; gewaltige Energiemengen müssen jede Nacht ungenutzt gelassen werden. Mit diesen wird nun, durch Berg und Tal getrennt, in das Schwarzenbachstaubecken Wasser aus der Murg, die im Mittel 230 m tiefer liegt, gepumpt. Zu diesem Zwecke finden in dem Schwarzenbachwerk große Hochdruckreiselpumpen Verwendung, die ihren Abmessungen nach zu den größten der Welt gehören. Sie wurden von den Dynamomaschinen der Wasserturbinen angetrieben, nunmehr als Elektromotoren arbeitend. Die Wasserturbinen werden während dieser Zeit abgekuppelt.

Eine zweite derartige Anlage von noch größeren Abmessungen ist das Wäggitalwerk, das nach seinem völligen Ausbau mit 140 000 PS Leistung das größte Kraftwerk der Schweiz sein wird. Es nutzt die Wasser der Aa mit einem Nutzgefälle von 460 m aus. Das Wäggitalwerk ist ein ausgesprochenes Winterwerk, insofern im Sommer gepumptes Wasser zur Kraftererzeugung in den Wintermonaten dient. In dem oberen Kraftwerk Rempen, von dem die Wasser in ein Ausgleichsbecken für das weiter unterhalb gelegene Werk Siebnen strömen, sind vier Pumpensätze vorhanden, die aus je einer Hochdruck-Kreiselpumpe mit einem 5000 PS Elektromotor bestehen, und damit das größte Pumpwerk der Welt für die Speicherung hydraulischer Energie darstellen. Jede Pumpe liefert 1,26 Kubikmeter in der Sekunde auf 240 m Höhe. Ihre Drehzahl beträgt 750 in der Minute; die Maschinenanlage umfaßt in Rempen vier Francis-Turbinen mit senkrechter Welle von je 19 000 PS und in Siebnen vier Turbinen gleicher Anordnung von je 16 000 PS Leistung. Die Energie wird in das Verteilungsnetz der Nordostschweizerischen Kraftwerke geliefert, und erhält damit Anschluß an die „Schweizer Sammelschiene", die alle größeren Schweizer Kraftwerke verbindet.

Moderne Kupfergewinnung.

Bei der Erzförderung scheint die Elektrizität fast unentbehrlich. Handelt es sich um Tagbau, wird der elektrischer Bagger verwandt, der wirtschaftlicher und leistungsfähiger als der Dampfbagger ist, und beim Tiefbau ist es der Elektromotor, der wegen seiner Sicherheit, Sparsamkeit und des geringen Ausmaßes unersetzlich ist. Das Grubenwasser, das beim Vordringen in größere Tiefen beseitigt werden muß, wird mittels elektrischer Pumpen gehoben, die oft ganz Erstaunliches leisten. So arbeiten z. B., wie die Gen. El. Rev. berichtet, die Pumpen auf der Old-Deminium-Mine bei Globe in Arizona seit 1914 Tag und Nacht und heben täglich nicht weniger als 17 000 Kubikmeter Wasser. Die bei der Arbeit unter Tage so wichtige Beleuchtung wird ebenfalls im modernen Kupferbergwerk durch die Elektrizität geliefert. Die in den schmalen Stollen laufenden, die Erze befördernden Lokomotiven werden elektrisch betrieben, die mit Druckluft aus elektrischen Kompressoren, und auch die zur Lüftung erforderliche Preßluft wird durch elektrisch getriebene Gebläse erzeugt.

Bei der Weiterverarbeitung der Erze spielt die Elektrizität ebenfalls keine unbedeutende Rolle. Das Erz muß zuerst gebrochen und zermahlen werden; dies geschieht in großen Mühlen, die täglich etwa 1000 Tonnen Erz verarbeiten. Das stückige Erz tritt hier mit Wasser ein, das etwa das anderthalbfache des Erzgewichtes ausmacht. In einer sich drehenden Stahltrommel geht mittels etwa faustgroßer Stahlkugeln das Zermahlen vor sich, während auf jede Tonne sulvidisches Erz ca. ½ kg Teeröl zugesetzt wird. Das Oel hat die Eigenschaft, nur die Erzteilchen zu benetzen und so bei Bewegung der sog. „Schlamm" (zermahlenes Erz in Verbindung mit Wasser und allen Verunreinigungen) durch Rührapparate oder einströmende Luft die Erzteilchen an die Oberfläche zu heben, da sich an der Oelschicht Luftbläschen bilden. Beimengungen und Verunreinigungen sammeln sich am Boden des Schlämmgefäßes. Es ist also leicht, die Erzteile abzuschwemmen und durch Filter vom Wasser zu trennen. Um evtl. Kupfer noch aus der Gangart zu gewinnen, wird diese auf Rütteltische gebracht, auf denen das Erz vom leichten Gestein gesondert wird. Alle diese Vorgänge erfolgen durch elektrische Kraft, und zwar rechnet man auf eine Tonne Erz eine Leistung von 1 Kilowatt.

Das so erhaltene Konzentrat wird unter Luftzutritt geröstet, wobei ein großer Teil seines Schwefelgehaltes verbrennt, und sodann in einem mit Oel oder Kohlenstaub geheizten Flammofen geschmolzen. Das noch flüssige Metall wird in eine gußeiserne, feuerfest ausgekleidete Birne, den sogenannten Konverter, geführt, in dem durch von unten her eingeführte Luft der Schwefel fast restlos verbrannt und das Eisen oxydiert wird, so daß es bei Zusatz von Kieselsäure Schlacke bildet, die abgeschöpft und wegen ihres Kupfergehaltes nochmals dem Flammenofen übergeben wird. Auch hier leistet der elektrische Strom unersetzliche Dienste. Der Ofen, der Konverter, die Krane, welche die Schmelztiegel befördern, die Schlackenwagen usw., alles wird mit Hilfe der Elektrizität betrieben. Das aus dem Konverter hervorgehende Kupfer enthält nur noch ganz geringe Verunreinigungen.

Oxydische Erze kommen für das oben genannte Schwimmerverfahren nicht in Frage, vielmehr werden diese einfach zu etwa Nußgröße gebrochen und in bleiausgelegten Gefäßen eine Woche lang mit verdünnter Schwefelsäure ausgelaugt. Die so entstandene Kupfersulvatlösung kommt in ein elektrisches Bad, in dem die Kathode von dünnen Mutterblechen und die Anode von Bleiblech gebildet werden, wobei also das Kupfer, wiederum durch den elektrischen Strom, abgeschieden wird. Bei 100 Ampere pro cbm Strombichte und zwei Volt Badspannung wird für 1 kg Kupfer eine Leistung von ca. 0,3 Kilowattstunden benötigt.

H. G.

Technische Rundschau.

Neues vom elektrischen Glühofen.

Bisher konnte der elektrische Glühofen noch keinerlei Bedeutung erringen; er vermochte nicht, die hochwertigen Oefen mit Brennstoffbefeuerung zu verdrängen. Dies war vor allem wohl darauf zurückzuführen, daß die Stromkosten weit höher waren als die Kosten für die Brennstoffe, wie Koks, Kohle, Gas und Oel. Doch läßt sich nicht leugnen, daß in mancher Beziehung die elektrischen Oefen einige recht erhebliche Vorteile den anderen Oefen gegenüber aufweisen, so daß es allgemein bedauert wird, daß bisher nicht wirtschaftlicher arbeitende Konstruktionen geschaffen wurden.

Um die Vorteile des Elektroglühofens übersehen zu können, müssen wir uns einmal den ganzen Arbeitsvorgang vergegenwärtigen. Es handelt sich beim Glühofen vornehmlich darum, durch Warmwasserbehandlung gehärteten Stahl und Eisen auszuglühen, wozu Temperaturen von über 1000 Grad C. mitunter erforderlich sind. Eine Hauptbedingung, die von Brennstofföfen nur sehr schwer erfüllt werden kann, ist nun, daß die Wärme sich völlig gleichmäßig dem im Ofen gelagerten Gut zuteilen muß. Ein richtiger Elektroofen dagegen wird stets mit vollkommen gleichmäßiger Wärmeverteilung arbeiten und läßt sich außerdem genau auf die gewünschte Glühtemperatur einstellen, was naturgemäß auch beim einfachen Ofen nicht möglich ist. Ferner besteht die Möglichkeit, den elektrischen Ofen während seiner Tätigkeit ohne jede Wartung zu lassen und ev. über Nacht ihm das Gut zu übergeben. Durch Einstellen des Ausschalters auf eine bestimmte Zeit, setzt die Wärmewirkung nach Wunsch automatisch aus. Da man jedoch bestrebt ist, in weitgehendstem Maße die Oxydbildung zu vermeiden, ist man gezwungen, besonders kräftig ausgeführte Glühkästen zu verwenden, die nun naturgemäß sehr viel Wärme in sich aufnehmen müssen, ehe sie diese in genügender Weise an das Gut weitergeben. Hieraus nun ergibt sich besonders die unwirtschaftliche Arbeitsweise.

Man hat nun, wie „Iron Age" mitteilt, zur Beseitigung dieses Uebelstandes Oefen geschaffen, die selbst Glühkästen bilden, so daß durch den Wegfall der Kästen nicht nur die Anschaffungskosten herabgesetzt sind, sondern auch ganz erheblich an Strom gespart werden kann. Umfangreiche Werke verschiedener Spezialgebiete sollen sich in Amerika bereits dieser neuen Oefen bedienen und gute Erfolge erzielen.

★

Das elektrische Auge.

Zwei junge dänische Wissenschaftler, der Sohn des bekannten Professors El's Strömgren, Bengt Strömgren und der Elektroingenieur Knud Rahbeck, haben eine neue Konstruktion eines astronomischen Meßinstrumentes erfunden, das nicht nur in den Kreisen der Astronomen das größte Interesse erwecken wird: Das elektrische Auge. Eine der wichtigsten Aufgaben für die Astronomie ist bekanntlich, mit größter Genauigkeit die Bewegungen der Sterne zu messen. Die Beobachtungen dazu machte man bisher mit dem Auge, natürlich unter Benutzung eines Fernrohres. Der menschliche Organismus läßt jedoch unzählige Fehlerquellen zu, die leicht zu Trugschlüssen führen können. Das brachte Strömgren auf den Gedanken, statt des menschlichen Auges ein elektrisches Auge vor das Okular des Fernrohres zu setzen. Die Schwierigkeit war nun, wie sollte das schwache Licht der Sterne in Erscheinung gebracht werden am Ausschlag eines Meßinstrumentes, um automatisch registriert zu werden. Die neuen Errungenschaften der Radiotechnik kamen da dem jungen Wissenschaftler zu Hilfe, und in Zusammenarbeit mit dem Elektrofachmann Knud Rahbeck gelang es ihm, ein Meßinstrument mit den notwendigen Eigenschaften zu konstruieren. Am Okularende des Fernrohres ist eine geschlossene Zinkkapsel mit einer photoelektrischen Zelle angebracht. Wird diese von einem Lichtstrahl getroffen, so wird ein schwacher Strom erzeugt. Durch ein kompliziertes Elektroverstärkersystem wird dieser ungeheuer feine Stromstoß nun verstärkt auf ein Telearaphenrelais übertragen und kann nun registriert werden. Es ist klar, daß solch eine photoelektrische Registrierung das menschliche Auge bei weitem übertrifft.

★

Ultraviolette Strahlen zur Entzifferung alter Manuskripte.

Ein französischer Gelehrter Samaran hat ein Mittel gefunden, die Texte des gesamten Palimpseste zu entziffern; dies sind alte Handschriften, die wegen der Seltenheit von Schreibmaterial in früheren Jahrhunderten zur Niederschrift eines zweiten Textes, que über den ersten benutzt worden sind. Meist sind die ursprünglichen Texte bei weitem interessanter, doch können sie oft nicht entziffert werden, da der Versuch den späteren Text zu entfernen, die alte Schrift gleichfalls zerstört. Samaran hat nun festgestellt, daß man mit Hilfe ultravioletter Strahlen die alten Texte mit Leichtigkeit sichtbar machen kann, auch wenn sie von dem zweiten Schreiber durch Radieren beseitigt worden wären. Die Philologie kann sich also jetzt auf einen Erfolg versprechende Jagd nach verlorenen Texten des klassischen Altertums begeben.

★

Automobilverkehr in der Schweiz.

Eine vom Statistischen Amt der Stadt Zürich herausgegebene Zusammenstellung zeigt, daß die Schweiz im Besitz von Automobilen mit 1 Wagen auf 130 Einwohner an sechster Stelle hinter Belgien und vor Deutschland steht. Hiervon sind etwa ein Viertel Lastwagen. Von den Personenwagen sind 92% von den Lastwagen 51,7% ausländischen Ursprungs. In den Jahren 1919 bis 1924 hatte sich die Zahl der Kraftfahrzeuge in der Schweiz nahezu verfünffacht.

★

Die Auto-Metropole.

Detroit, die amerikanische Stadt der Autofabriken, ist dank dieser Industrie in kurzer Zeit zur viertgrößten Stadt Amerikas geworden; nach New York (mit 5,800,000 Einwohner), Chicago (mit 2,995,289) und Philadelphia (mit 1,242,000). Detroit zählte 1910 noch 465,706 Einwohner, 1920 stieg die Zahl auf 993 739 und jetzt ist die Million schon überschritten. Von 1910 bis 1925 stieg die Bevölkerungszahl um 180 Proz.

Handel ✿ Wirtschaft ✿ Börse

Soll sich die europäische Industrie umstellen?

Nachstehend veröffentlichen wir einen Auszug aus dem jetzt im Verlage von Teubner-Leipzig erscheinenden Buche „Der Weltmarkt 1913 und heute“. Der Verfasser wendet sich in den folgenden Zeilen gegen die Amerikanisierung der europäischen Industrie und verweist auf die noch immer unerreichte Konkurrenz der europäischen hochwertigen Qualitätswaren.

Was erbleibt der europäischen Groß-Exportindustrie? … gibt in heutiger Zeit viele, welche das Heil in einer …keren Anpassung der europäischen Industrie an amerikanische Produktionsmethoden sehen. Gerade in der heute noch bestehenden Unmöglichkeit, hochwertige Qualitätswaren herzustellen, liegt für europäische Industrien die unbegrenzte Möglichkeit in den Vereinigten Staaten. Eine Verwechslung der durch mechanisierte Arbeitsleitung verbilligten Massenerzeugung mit „Qualitäts“-Verbesserung wäre verhängnisvoll.

Aber — davon zunächst abgesehen — ist es sehr fraglich, ob die Anwendung amerikanischer Mechanisierungsmethoden in Europa angebracht sein würde. Sie sind in den Vereinigten Staaten durch ganz bestimmte Umstände bedingt, die in Europa vor der Hand noch fehlen. Dazu gehört das Vorhandensein eines einheitlich abgeschlossenen Massenabsatz-Marktes im Lande selbst, die Zerschlagung der Erzeugungsprozesse in weit voneinander entfernt liegende Zentren, sowie die Trennung (Dezentralisierung) von Erzeugung- und Konsumstätte in einem in Europa ungekannten Maßstab. Beides hatte in Amerika die Konzentration sowohl der Erzeugung wie des Bedarfs zur Folge, schuf damit erst die Möglichkeit des amerikanischen Riesenbetriebs, der seine Massenerzeugung auf weite Entfernung an einen zentralisierten und standardisierten Bedarf absetzt, während in Europa der Bedarf zum großen Teil lokal zersplittert ist, durch Geschmack und Volkscharakter differenziert erscheint und daher gar nicht einer Massenbefriedigung unterworfen werden kann. Dazu kam in Amerika der Druck, die teure Arbeit durch arbeitsparende Maschinerie wo und wie irgendmöglich zu ersetzen. Alles das hat der amerikanischen Technik ihr spezifisches Gepräge gegeben.

Selbstverständlich wird man auch in Europa alles tun müssen, um technisch nicht „rückständig“ zu bleiben. Aber von dieser Forderung grundverschieden ist die Tatsache, daß fortgeschrittene Technik kein „Selbstzweck“ ist, sondern daß ihre Anwendung durchaus von ihrer rentablen wirtschaftlichen Verwertbarkeit abhängt. Wo die Bedingungen einer Verapparatung des wirtschaftlichen Lebens gegeben waren, hat die Union frühzeitig auch in Europa Märkte erobert, wie etwa auf dem Gebiet der Schreib- und Rechenmaschinen, der Registrierkassen, später in billigen Automobilen usw. Wo die wirtschaftlichen Bedingungen fehlten, hat auch die amerikanische Konkurrenz keinen Erfolg gehabt; so ist der Versuch, amerikanische Lokomotiven in England einzubürgern, seinerzeit erfolglos verlaufen, weil die amerikanischen Lokomotiven bei der völlig anders gearteten Struktur des englischen Verkehrs und Verfrachtungsvolumens keine ausreichende Ausnützung fanden.

Es ist aber von vornherein irreführend, wenn man die Vereinigten Staaten von Amerika und andere überseeische Industrie-Neuländer, wie etwa Kanada, oder einzelne Erzeugungen solcher Länder, wie etwa die Gewebeerzeugung Britisch-Indiens, in eine gleiche Linie mit der „europäischen Konkurrenz“ stellt. Man scheidet damit das für die Zukunft der Konkurrenzverhältnisse wichtigste Moment der industriellen Differenzierung aus.

Gerade in dieser Hinsicht haben die Untersuchungen des Balfour-Ausschusses ein außerordentlich interessantes Material geliefert, das dem Wissenschaftler Unterlagen gibt, die er von sich aus nicht zu beschaffen in der Lage wäre. Diese Unterlagen weisen übereinstimmend darauf hin, daß der europäischen Exportindustrie die Märkte der verfeinerten Erzeugnisse heute auch über See so gut wie restlos verbleiben, und zwar trotz steigender „Selbstversorgung“ und bei selbst höchsten Zolltarifen. So schreibt der Bericht über den europäischen Wettbewerb in den Vereinigten Staaten: „Es besteht ein weites Gebiet verschiedener Waren, die je nachdem aus Modewaren oder Luxusgüter bezeichnet werden, für welche die Vereinigten Staaten als großer Käufer trotz der Belastung durch den Zolltarif in Frage kommen. Die gesteigerte Kaufkraft des amerikanischen Volkes (hierunter ist die „relativ“ gesteigerte Kaufkraft zu verstehen, denn sie würden bei einer anders gearteten Preisbildung in der Weltwirtschaft weit beträchtlicher gestiegen sein. (… Verf.) ist stark genug gewesen, um eine wachsende Nachfrage nach eingeführten Waren von hoher Qualität zu schaffen (hierunter befinden sich Porzellanwaren, Steingutwaren und Glas, hochwertige Erzeugnisse von Baumwoll- und Wollgeweben, Mode- und Leinenwaren, Lederspezialitäten, Sportartikel und gewisse Konserven). Die Vereinigten Staaten sind der Markt größter Kaufkraft auf einem sehr hohen Lebensstandard. Als potentieller Käufer hochwertiger Waren, welche die europäische Industrie liefern kann, weisen sie unbegrenzte Möglichkeiten auf.“

In den Vereinigten Staaten von Amerika mag die Tendenz, die europäische Einfuhr nur auf verfeinerte Waren zu begrenzen, am stärksten sein. Auf anderen Märkten der Welt fühlt die europäische Großindustrie wohl die heftige Konkurrenz nach dem Krieg entstandener oder gekräftigter Stapelerzeugungen anderer Weltgebiete, aber von einer Verdrängung und einer …ßen Isolierung auf hochwertige Waren kann nach …seren Ergebnissen keine Rede sein. Wohl aber läßt sich etwas anderes behaupten: daß nämlich überall da, wo die europäische Exportindustrie diesen Verdrängungsprozeß in seinen Anfängen verspürt, sie schon zu einer Zeit, in welcher sie noch auf den früheren Gebieten Erfolge hat, aber immerhin unter dem wachsenden Druck ihrer ungünstigen Wettbewerbsverhältnisse …det, darauf bedacht sein soll, rechtzeitig die Erweiterung anderer Erzeugungen und den Uebergang zu verfeinerten Produktionen zu suchen. Nicht die Konkurrenz in den Stapelindustrien mit den neuen Industriemächten sollte das Augenmerk der europäischen, insbesondere auch der deutschen, Großindustrie absorbieren, sondern der weit hoffnungsvollere Gedanke einer Sicherung der Konkurrenz auf Gebieten, die noch für längere Zeit spezifische Anforderungen an die europäische Produktionsweise stellen werden.

Auch aus diesem Gesichtspunkte heraus wäre eine forcierte Umstellung der europäischen Industrie auf amerikanische Technik und Methode verhängnisvoll. Sie würde die europäische Industrie auf einem Gebiet zu stärken suchen, auf welchem ihre Absatzchancen geringer werden müssen und sie gleichzeitig durch die Mechanisierung und Schablonisierung der Erzeugung auf den Gebieten schwächen, denen auch über See noch die europäische Zukunft gehört.

Franken-Dumping und französische Konkurrenz.

Es gibt heute kaum noch ein Industrieland, das sich nicht über das französische Dumping beklagte. Ueberall verlangt man einschneidende Maßregeln gegen die überflutende französische Konkurrenz; England belegt Seide, Spitzen, Automobile mit hohem Zoll und fordert die Ausdehnung des Tarifs auf französische Gewebe und sämtliche Eisenerzeugnisse; noch weiter gehen die Vereinigten Staaten, sie haben eine Anzahl Sachverständige und Kontrollbeamte nach Frankreich geschickt, die eine genaue Untersuchung über die Herstellungsbedingungen und die Gestehungspreise der hauptsächlichsten Industrieerzeugnisse aufstellen.

Es kann in der Tat keinem Zweifel unterliegen, daß nahezu die gesamte französische Industrie gegenwärtig unter außergewöhnlich günstigen Bedingungen arbeitet, und Professor Keynes hat sich in seinem letzten Briefe an den französischen Finanzminister nicht gescheut, offen den Verdacht auszusprechen, die französische Wirtschaft sei daran interessiert, daß der Franken nicht stabilisiert werde, und auf diese Weise erkläre sich die merkwürdige Untätigkeit aller Kreise in der Währungsfrage.

Am günstigsten ist die Schwerindustrie gestellt. Billige Erze stehen ihr im Ueberfluß zur Verfügung; Koks findet sie zur Hälfte in Frankreich selber, der Rest wird ihr zum größten Teil von der Regierung zur Verfügung gestellt.

Bei den Verarbeitungsindustrien spielt hauptsächlich der „innere Egoismus der Schwerindustrie eine bedenkliche Rolle. Seit Monaten tobt der Interessenkampf zwischen den Hütten und der Metallindustrie. Die Schwerindustrie ist mit Auslandsaufträgen überreichlich versehen; einzelne Werke haben ihre gesamte Produktion bis tief in den Sommer hinein nach dem Auslande vergeben. Die französischen Verbrauchsindustrien beklagen sich zunächst über die allzu hohen Preise, die zum Teil sogar über den im Ausland geforderten liegen; dazu kommt die ungenügende Kontingentierung, wobei nach endlosen Verhandlungen im Februar die Hochöfen die verlangten Mengen zu liefern scheinen; die Stahlwerke dagegen geben bekannt, daß sie keinerlei Auftrag einer innern Industrie bis Ende Mai entgegenzunehmen gewillt sind. Betrachten wir die einzelnen Industriezweige, so fällt zunächst der fortgesetzte Aufschwung der Automobilindustrie durch riesige Exportziffern auf. Die Ausfuhr ist um weitere 30 Proz. gestiegen. In einer ebenso günstigen Lage befindet sich die Flugzeugindustrie und die Präzisionsmechanik. Aber damit schließt auch schon die Zahl der bevorzugten Industrien. Zwar kann man nirgends von einer eigentlichen Krisis reden; doch befinden sich etwa die landwirtschaftlichen Maschinen, die Schreibmaschinen, Dynamos, Kessel usw. in ausgesprochenem Rückgang.

Der langsame Währungsrückgang bedeutet also für die gesamte Schwerindustrie und einige Spezialindustrien einen gewaltigen Aufschwung. Für die meisten andern Industrien aber bietet der Frankenverfall zum mindesten eine ausgezeichnete Schutzmauer, die das Eindringen fremder Konkurrenz verhindert und Industrien lebensfähig erhält, die unter normalen Bedingungen längst dem Untergang verfallen wären.

Wochenausweis der Reichsbank.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 6. Febr. 1926 hat der Status der Bank in der ersten Februarwoche eine Entlastung erfahren, wie sie nach dem Monatsultimo üblich ist. Die Wechselanlage ging um 53,0 Millionen auf 1411,3 Millionen ℳ zurück, wobei zu berücksichtigen ist, daß für 19,6 Millionen ℳ rediskontiert gewesene Wechsel in das Portefeuille der Bank zurückgelangt sind. Die Summe der weiterbegebenen Wechsel ermäßigte sich somit auf 500,9 Millionen ℳ. Die Lombardanlage nahm gleichfalls ab und zwar um 5,8 Millionen auf 5,1 Millionen ℳ, während die Anlage in Effekten mit 233,8 Millionen ℳ keine wesentliche Aenderung zeigt. Die gesamte Kapitalanlage in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten hat sich demnach um 58,7 Millionen auf 1650,2 Millionen ℳ vermindert.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen strömten 166,2 Millionen ℳ in die Kassen der Bank zurück, und zwar nahm der Umlauf an Reichsbanknoten um 85,7 Millionen auf 2563,1 Millionen ℳ ab und der Umlauf an Rentenbankscheinen um 80,5 auf 1369,7 Millionen ℳ; die Bestände der Reichsbank an solchen Scheinen erhöhten sich entsprechend auf 219,5 Millionen ℳ. Die fremden Gelder sind mit 765,3 Mill. ℳ ausgewiesen, d. i. 186,6 Millionen ℳ mehr als am Schlusse der Vorwoche.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen stiegen um 0,8 Millionen auf 1674,2 Millionen ℳ, davon im einzelnen die Bestände an Gold um 0,6 Mill. auf 1255,6 Millionen ℳ und die an deckungsfähigen Devisen um 0,2 Millionen auf 418,5 Millionen ℳ.

Die Deckung der Noten durch Gold allein hat sich von 47,4 % in der Vorwoche auf 49 %, die Deckung durch Gold und deckungsfähige Devisen von 63,2 % auf 65,3 % gebessert.

Rundschau.

Die amtliche Großhandelsindexziffer vom 10. Febr.

Die auf den Stichtag des 10. Febr. berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 3. Febr. (119,2) um 0,3 % auf 118,8 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 113,5 auf 113,0 oder um 0,4 %, die Industriestoffe von 129,9 auf 129,7 oder um 0,2 % nahgegeben.

Teilweise Wiederaufnahme des Betriebes im Baroper Walzwerk.

× **Dortmund,** 11. Febr. Wie wir von zuständiger Seite erfahren, wird das Baroper Walzwerk, das seit mehr als 4 Monaten ganz still liegt, zum 15. Februar seinen Betrieb zum Teil wieder aufnehmen. Es gelangen vorläufig 250 Arbeiter zur Einstellung. An einer weiteren Einstellung ist vorläufig nicht zu denken, da es dazu an Aufträgen mangelt.

Deutsche Einwanderung nach Amerika.

× **Newyork,** 11. Febr. Unter den zwischen Juli und Dezember gelandeten Einwanderern stehen die Deutschen der Zahl nach an erster Stelle. Es trafen ein 22006 Deutsche, 15455 Engländer, 14442 Irländer.

Märkte.

Dortmunder Getreidebörse.

Dortmund, 11. Febr. Inl. Weizen 27, inl. Roggen 17,75, westfäl. Hafer 10,50—20, pommerscher Hafer 21 bis 21,50, inl. Gerste 20—20,50, ausl. Weizen 32,50—34, ausl. Roggen 22,50—23,50, ausl. Hafer 20—23, ausl. Gerste 17,50—18,50, Platamais 18,75—19,50, Cinquantinomais 23—23,50, Bäckermehl 39—39,50, Weizenmehl 35,50—36, Roggenmehl 28,50—29, Weizenkleie 11,50—14. Tendenz: Landweizen gefragt, Landroggen vernachlässigt. Die Preise sind Großhandelsverkaufspreise und verstehen sich für 100 Kilo waggonfrei Dortmund in Ladungen von 10—15 To. Rheinisch-westfälisches gebündeltes Roggen- und Weizenstroh 1,70—2,20 ab Verladestation. Wiesenheu wurde nicht notiert. Kleeheu, gut, gesund, trocken 5,50—6,00 ab westfälischer Station, rheinisches oder Eifeler Luzerneheu, gut, gesund, trocken 5,90—6,40 franko hiesiger Station. Die Preise verstehen sich per Zentner.

Berliner Produktenmarkt.

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 11. Februar 1926

(Für Getreide je 1000 kg, für die übrigen Artikel je 100 kg.)

	Heutige Notierungen	Vorige Notierungen		Heutige Notierungen	Vorige Notierungen
Weizen, märk.	244-247	248-250	Kleine Erbsen	22,00-25,00	22,00-25,00
Roggen, märk.	145-150	146-152	Futtererbsen	20.00-22.00	20,00-22,00
Sommergerste	168-193	163-196	Raps	340-315	340-345
Hafer, märk.	158-166	156-167	Viktoriaerbsen	26.00-31.00	26,00-31,00
pommerscher	—	—	gelbe Lupinen	14.00-15.00	14.00-15.00
Mais LaPlata	—	—	Saradella, neu	20.00-21.00	20 00-21 00
ab Hamburg	—	—	Rapskuchen	14.80-15.00	14.80-15,00
Weizenmehl	32.00-35.25	32 25-35.50	Leinkuchen	20.40-20 40	20 70-20.80
Roggenmehl	21.75-23.75	22.00-24.00	Trock. Schnitz.	8.00-8.10	8.00-8.10
Weizenkleie	10.50-10.7	11.00-11 20	Torfmelasse	7.80-8.00	—
Roggenkleie	9.30-9.50	9.30-9.70	Kartoffelflock.	13.90-14.4.	14.00-14.60

Chikago, 10. Febr. Weizen p. Sept. 142⅝, Mai 167⅝, Juli 149¾, Tendenz schwach. —Mais p. Sept. 84⅞ p. Mai 80⅝, Juli 83⅜, Tendenz schwach. —Hafer p. Sept. 42⅛, Mai 41⅜, Juli 42⅛, Tendenz stetig. — Roggen p. Sept. 98¾, Mai 98, Juli 96⅞. Tendenz schw.

× **Chikago,** 11. Febr. Weizen per Mai 169¼, per Juli 150⅝, per Sept. 143½. Tendenz fest. Mais per Mai 81½, per Juli 84⅜, per Sept. 86. Tendenz fest. Hafer per Mai 41½, per Juli 42¼, per Sept. 42⅜. Tendenz stetig. Roggen p. Mai 97⅝, p. Juli 99, per Sept. 98¾. Tendenz: willig.

Baumwolle.

Bremen, 10. Febr. Baumwolle. p. Dez. 19,19, 19,15, 19,18, p. Jan. 19,17, 19,03, p. März 20,03, 19,95, 20,00, p. Mai 20,19, 20,14, 20,20, p. Juli 20,05, 19,98, p. Sept. 19,78, 19,68, p. Okt. 19,50, 19,44.

Bremen, 11. Febr. Per März 20.10—19.90—19,95, Mai 20.25, Juli 20.08—20.03, Sept. 19.84—19.72, Okt. 19.53—19.46, Dez. 19.23—19.17, Jan. 19.18—19.08—19.11.

Liverpool, 10. Febr. loco Baumwollumsatz 7000 Ballen Import 10500 Ballen, Export 5000 Ballen, loco 10,54, Dez. 9,57, Jan. 9,57, Febr. 10,16, März 10,20, April 10,13, Mai 10,13, Juni 10,07, Juli 10,02, Aug. 9,93, Sept. 9.77, Okt. 9,69, Nov. 9,60.

Liverpool, 11. Febr. Loco Baumwollumsatz 6000 Ballen. Import 71000 Ballen. Export 3000 Ballen. Loco 10.54, Februar 10,06, März 10.11, April 10.04, Mai 10.05, Juni 10.00, Juli 9,97, August 9,89, September 9,73, Oktober 9.65, November 9.57, Dez. 9.54, Jan. 9.54.

Newyork, 10. Febr. Tendenz stetig. Loco 20,85; per März 20.34—20.36, April 20.07—20.07, Mai 19.81—19.83, Juni 19.12—19.14, Aug. 18.73—18.73, Sept. 18.47—18.47, Okt. 18.31—18.31, Dez. 17.95—17.95, Jan. 17.87—17.88. Zufuhren nach dem Atlantic 17000, nach dem Inland 14000, nach Großbritannien 1000, nach dem Kontinente 4000. Paris 3.67, Berlin 23.80.

Newyork, 11. Febr. Tendenz stetig. Loco 20.80; per März 20.29—20.30, April 20.02—20.02, Mai 19.76—19.76, Juli 19.07—19.08, Aug. 18.68—18.68, Sept. 18.46—18.46. Okt. 18.30—18.33, Dez. 17.95—17.98, Jan. 17.86—17.86. Zufuhren nach dem Atlantic 21000, nach dem Inland 12000, nach dem Kontinente 4000. Paris 3.69, Berlin 23.80.

Berliner Börse.

× **Berlin,** 11. Febr.

Der Börsenbeginn stand wiederum unter dem Zeichen einer starken Unsicherheit. Die Kursgestaltung war anfangs sehr verschieden und ließ einen außerordentlichen Grundton vermissen. An den führenden Termin-Aktienmärkten setzten sich die Rückgänge zunächst um ein bis zwei Prozent fort, anscheinend infolge der Entlastungsverkäufe und des Fehlens der zweiten Hand, die sogar vielfach ebenfalls zu Verkäufen schreitet. An den Nebenmärkten war die Tendenz dagegen behauptet, teilweise sogar befestigt, allerdings erfolgte die Kursbildung auch dort sehr unterschiedlich. Die bevorstehende Medioliquidation dürfte der Hauptgrund zu den Abgaben der Spekulation gewesen sein. Die aus der Wirtschaft vorliegenden Nachrichten, ebenso die außerordentlich wichtige Rede des neuen Reichsfinanzministers ließen die Börse daher unberührt. Man beachtete höchstens am Kriegsanleihemarkt die Stelle der Ausführungen Dr. Reinholds, in der die Möglichkeit einer späteren Inlandsanleihe in Aussicht gestellt wurde und knüpfte hieran die Hoffnung, daß die Kriegsanleihebesitzer ihre Stücke dann in Zahlung geben könnten. Wenn auch diese Erwägungen vorläufig durch nichts begründet sind, so dienten sie doch dazu, dem Kurs der Kriegsanleihe einen neuen Aufstieg zu geben.

Am Devisenmarkt fanden die Hauptumsätze in der polnischen Währung statt, die sich aber wieder abzuschwächen scheint. Paris gegen gestern erholt; auch nordische Valuten etwas befestigt. Die Reichsmark besserte sich in London auf 20,42½.

Am Goldmarkt hat sich nichts verändert. Tagesgeld unverändert leicht bei einem Satz von fünf bis sieben Prozent.

Im weiteren Verlauf der Börse unterlag die Tendenz einigen Schwankungen, doch setzten sich schließlich an den Aktienmärkten Kursbesserungen von zwei bis drei Prozent durch, da die Spekulation hier und dort leichte Deckungskäufe vornahm. Im ganzen bleibt die Umsatztätigkeit von einer denkbar großen Lustlosigkeit gekennzeichnet. Von den wenigen Spezialvorgängen ist eine 4½prozentige Kurssteigerung der Badischen Bank auf 46½ bei 40prozentiger Zuteilung (gute Dividentenaussichten), sowie die Stabilität der Kriegsanleihe auch in der zweiten Stunde erwähnenswert. Pfandbriefe später rückgängig.

Amtlicher Kurs.

Berlin, den 11. Februar 1926.

	Geld 10./2.	Brief 10./2.	Geld 11./2.	Brief 11./2.
Buenos-Aires 1 Pf.	1.716	1.720	1.712	1.716
London 1 Pfd. St.	20.404	20.456	20.403	20.455
New-York 1 Doll.	4.195	4.205	4.195	4.205
Rio de Janeiro 1	0.62	0.622	0.622	0.624
Amsterd.-Rott. 100 Fl	168.11	168.53	168.12	168.54
Brüssel-Antw. 100 Fr	19.075	19.115	19.075	19.115
Helsingfors 100 finn. ℳ	10.512	10.552	10.549	10.588
Italien 100 Lire	16.93	16.97	16.89	16.93
Jugoslavien 100	7.375	7.395	7.37	7.39
Kopenhagen 100 Kr	103.57	103.83	104.07	104.33
Oslo 100 Kr	85.29	85.51	85.34	85.56
Paris 100 Fr	15.32	15.36	15.46	15.505
Prag 100 Kr	12.41	12.45	12.415	12.455
Schweiz 100 Fr	80.78	80.98	80.795	80.995
Sofia 100 Leva	2.98	2.99	2.98	2.99
Spanien 100 Pf	58.98	59.12	59.16	59.39
Stockholm 100 Kr	112.35	112.63	112.38	112.66
Budapest 100 000 Kr	59.04	59.18	59.06	59.20
Wien Dt.-Oesterr. abgest. 100 Schilling	5.878	5.898	59.04	59.18

★

Essener Börse

Essen, den 11. Februar 1926

Im heutigen Verkehr ermittelte Kurse mitgeteilt vom

Bankhaus Ohnesorge, Pasel Wolff & Co. Dortmund,

in Billionen Mark bezw. Billionen Prozent, bei Aktien ohne Börsennotiz in Milliarden Prozent.

Kohle

	Nachfr.	Angeb.
Admiral	—	—
Alte Haase	—	—
Beharrlichkeit	—	—
Caroline	1000	1100
Carolus Magnus	4400	4600
Constantin	26000	—
Deutschland	—	—
Diergardt	2200	2300
Ewald	34.00	35500
Glückh. Fried.	—	—
Glückauf Segen	17.0	20.00
Gottessegen	600	675
Graf Bismarck	—	33000
Graf Schwerin	5100	5300
Heinrich	2700	277.
Hermann I-III	—	—
Joh. Deimelsb.	—	—
König Ludwig	25000	27000
Langenbrahm	127.0	13500
Richard I	—	60
Schürb.&Charl.	—	—
Trappe	—	—
Trier I-III	—	—
Viktoria b. K.	—	—
Westfalen	—	—
Wilh. Mevissen	—	—
Adler-Actien	29.5	30.
Blankenb.-Act.	—	—
Carl-Fried.-Act.	6	8
Dahlbusch	93	94
Lothring.-Act.	60	63
Montania	—	—
Niederrh.Bergb	42.5	46
Präsident	9	62
Wstf.Bgb.-Act.	2.5	3.5

Braunkohle und Verschiedene

	Nachfr.	Angeb.
Bellerkammer	1000	10.0
Brück.-I. Nietleb.	—	—
Glimmerode	—	—
Gute Hoffnung	—	2300
Leonhardt	—	5100
Lucherberg	—	[illegible]
Michel	4700	[illegible]100
Oskarssegen	—	—
Ostheim	—	—
Vesta	—	330.
Zukunft Actien	113	—
Bernhardshall	1100	—
Christine	—	—
Elsa-Cemt	69	71
Mansfeld. Act	—	77

Erze

	Nachfr.	Angeb.
Apfelbaumer	300	—
Bliesenbach	—	—
Flick	—	—
Henriette	—	—
Wolfram	—	—

Kali-Aktien

	Nachfr.	Angeb.
Adler. Stamm	43	—
Deutsch Kali	—	—
Friedrichshall-N	95	97
Hallesche Kali	99	102
Hannov. Kali	44	—
Heldburg Vorz	59	61
Kali-Industrie	—	—
Krügershall	—	—
Niedersachsen	69	71
Ronnenberg	—	—
Salzdetfurth	—	—
Sigmundshall	—	—
Steinförde	—	—
Teutonia	—	60
Wittekind	61	66
Bank f. Landw	26	—

Kali

	Nachfr.	Angeb.
Alexandershall	18.0	950
Alicenhall	170	130
Asse	2300	2400
Beienrode	700	750
Bergmannsseg.	—	7300
Bernsdorf	—	—
Braunschw.-Lbg	1200	1300
Burbach	227.	2375
Burggraf	—	—
Carlsfund	1300	—
Carlshall	7.0	—
Desdemona	20.0	2200
Einigkeit	14.0	1.00
Eilers	—	—
Erichssegen	1700	2000
Felsenfest	1025	1125
Friedrichsroda	1100	1200
Fürstenhall	—	—
Gebra	2000	—
Glückauf b. S	12.0	1400
Großh. W. Ernst	13.0	—
Günthershall	875	950
Habighorst	[illegible]00	600
Hansa Silberbg.	—	—
Heiligenmühle	—	90
Hedwigsburg	180	150
Heilgenroda	—	5050
Helmholdshaus.	400	600
Heldrungen I	140	160
Heldrungen II	7.0	8.0
Herfa	10.0	1100
Heringen	—	—
Hermann II	600	700
Hildasglück	5.00	5300
Hindenburg	—	4900
Hohenfels	140.	1600
Hope	10 0	1100
Hüpstedt	1400	1800
Hugo	60	—
Ilsenburg	—	[illegible]0
Immenrode	—	400
Irmgard	770	850
Johanneshall	9100	9700
Kaiseroda	1500	1800
Königshall	1700	1800
Mariaglück		
Marie	25	30
Marie Louise		
Max	—	—
Meimerhausen	750	850
Neurode	8 0	925
Neusollstedt	3500	—
Neustaßfurt	800	850
Oberhof	800	9.0
Ransbach	—	900
Rastenberg	—	—
Reichskrone	—	—
Reichsland	77	850
Reinhardsbrunn	—	—
Richard	3500	—
Rössing-Barnten	—	—
Rothenfelde	31.0	3300
Sachs. Weimar	3.0	320
Salzmünde	—	—
Schwarzburg	10.0	1150
Siegfried I	6.50	—
Siegfr.-Giesen	6.0	550
Thüringen	23.[illegible]	2425
Volkenroda	530	3 0
Walbeck	37.	4.0
Walter	2350	2600
Wilhelmshall	600	650
Wilhelmshall O.	3850	—
Winterhall	—	—
Wintzingerode		

Nächste Börse in Düsseldorf am 12. Februar.

Verantwortlich für Handel und Wirtschaftspolitik: Dr. jur. A. Henkel.

Berliner Börse.

Berlin, den 11. Februar 1926.

Die Kurse lauten auf Prozente des Nennwertes in Reichsmark. * = Goldmark.

	11. 2.	10. 2.
…arschatzanw.	99.1	99.15
…D. Reichsanl	0.3775	0.3675
…hz	2	2.25
…belw Rheydt	2.25	2
…antung	3.125	3.25
…m. Am. Paketf.	176.25	127.
…nsa Dampfsch	143.	140
…rdd Lloyd	132.5	133.25
…m Bankverein	13.5	21.
…mm.u Priv B	10 .5	104.
…rmst u.Nat B	12[illegible]5	124.25
…utsche Bank	123.5	124.
…k Kommandit	118.2	118.75
…esdener Bank	114	115.

	11. 2.	10. 2.
Reichsbank	153.75	155
BochumerViktoria	43.	46
Dortmund Aktien	106.5	1 6.12
Dortmund Union	114.5	115.2
Glückauf Gelsenk	62.	64.5
Müser Langendr	41.	44.5
Ritterbrauerei	14 .	14.
Schlegel Bochum	112.75	102.7
Aktienges. f.Verk	103	105
Accumulat. Fabr	103.12	104
…lerwerke	37	37
A.-G.f.Anilinfabr	—	—
…exanderwerk	69.	70
Allg. Elektr.-Ges	56.	96.

	11. 2.	10. 2.
Anglo-Cont.Guano	84.25	88.
Annener Gußstahl	23.12	24.87
Augsb. Nürnb. M.	72.	73.
Bad Anilin u.Soda	—	—
Balcke Maschinen	1.1	1.6
Bamag	30.5	30.5
Baroper Walzw	1.25	7.
Bemberg J. P	105.	105.2
Bergmann Elektr	84.	84.7
Berl Karlsr Ind	66.25	6 .
Berl Maschinenb	62.575	63.
Bochumer Gußstal	89.75	82.
Braunk u Brikett	102	100.12
Buderus Eisen	42.75	47.125
Busch Lüdensch	35.	31
Chem Griesheim	—	—
Chem Ind Gelsk	53.	67.
Daiml Motoren	33.5	33.75
D Lux Bergbau	55.7	84.
D.Eisenb.-Signw	9.5	69.7
Deutsche Erdöl	85.	86.
D Kaliwerke	1177	114.
D. Maschinen	49.5	51.5

	11. 2.	10. 2.
D. Schachtbau	79.	76.
Deutsche Wolle	3	36.5
Dürkoppwerke	4 .	40.
Dynamit A. Nobel	84.5	75.75
Elberfeld Farben	—	—
Elektr L u K	89.25	93.5
Eschweil. Bergw	130.25	130.2
Essener Steinkoh.	84.	84.5
Friedrichsh Kali	97	97.
Felt &Guilleaume	110.	109.
Gelsenk Bergw	87.375	87.
Gelsenk Gußstahl	24.70	25
Germania-Portl.	100	102
Ges. f elektr Unt	129.125	128
Glockenstahlwerk	32.75	3
Goldschmidt	69.	69.125
Görlitz Waggon	20.25	22.
Goth Waggon	34.	33.25
Hackethal Draht	43.5	4 .
Hammersen	80.	81
Hannov Maschin.	49.75	50.
Hannov Waggon	14.75	1 .
Harb.WienGummi	43	49.875

	11. 2.	10. 2.
Harpener Bergbau	10 .25	110.2
Hartmann Masch	29.25	29.
Held & Francke	39.5	39.75
C. Heckmann	—.	—
Hirsch Kupfer	83.5	84.
Höchster Farbw.	—.	—.
Hösch Stahlw	8 .5	85.
Hohenlohe Werke	11.75	11.5
Hotelbetrieb	87.	97.
Humboldt Masch	34.125	3 .5
Hutschenreuther	3 .25	33.
Ilse Bergb.	10 .	110.5
Kaliw Aschersleb	111 25	115.7
Karstadt	116.125	117.
Kattowitz Bergb	10.75	10.6
Klöckner-Werke	72.	74.75
Köln Neuess Bgw	86.37	93.
Köln-Rottweiler	8 .	85.5
Köln. Gas u Elek	48.	50.25
Königsborn	—	
Körting Gebr.	68.	61.5
Kronprinz Met	60.	61.
Lahmeyer & Co.	81.5	81.5

	11. 2.	10. 2.
Laurahütte	34.7	33.5
Lindes Eismasch.	119.5	120.
Lindenberg Stahl	44.	44.
Linke-Hofm W	44.	44.
Lorenz C	79.7	79.5
Lothringer Bergb	—	—
Lüdenscheid. Met.	44.75	44.75
Luther Maschinen	6 .	6 .5
Mannesmann	81.25	81.
Masch. u Kranbau	23.12	23.2
Maschinenf Baum	41.	40.5
Mix & Genest	77.7	76.
Mülh.Bergw.-V	49.25	—.
Nat Automobile	49.5	50.25
Oberschl Eis Bed	49.25	48.5
Oberschl Eis Ind	43.75	4 .
Oberschl Koks	67.7	67.
Oeking Stahl	40.	42.
Orenstein&Koppel	72.5	72.
Phönix Bergbau	75.5	74.75
Pöge Herm	37.5	41.
Reisholz Papier	12 .	121.5
Rhein Braunkohl.	131.75	123.

	11. 2.	10. 2.
Rh Metallw. V.-A	19.5	20.5
Rh.-Nass Bergw	—.	—.
Rhein Stahlwerk	78.75	81.
Roddergruben	3 4.	354
Rombacher Hütte	18.	1 .
Rütgerswerke	73.625	73.5
Sachsenwerk	52.	54.
SarottiSchokolade	101.75	10 .12
Schl.Bergb u.Zink	118.5	119.
Schloßfabr.Schultz	—.	14.
Schneider Hugo	53.5	55
Schött Herm	7.6	6.5
Schuckert & Co	81.5	82.7
SiemensElek.Btr	8.375	9.
Siemens & Halske	97.5	6.25
Staßf Chem Fbr	34.75	41.
Stett Vulkan	33.	34.
Stinnes Rh Mont	—.	66.
Stöhr Kammgarn	114.5	114.25
StöwerNähmasch	67.5	67.5
Telephon Berl	43.5	45.
Thale Eisenhütte	—	—
Thörl's Ver. Oels.	45.5	47.25

	11. 2.	10. 2.
Tucht. Aachen	40.	—.
Ver. Dtc Nickelw	103.	117.
Ver Glanzst Fbr	23 .	225.
Ver.St.v d.Zypen	114.	—.
Vogel Telegr Dr	55.2	56.5
Wanderwerke	108.	9 .
Warstein Gruben	138.	137
Wegelin& Hübner	68.	69.875
Wessel Porzellan	5 .	4 .
Westeregeln Alk	119.	118.75
Westeregeln Vor	—	—
Westf.Eis.u.Draht	36.	—.
Westf Kupferw	46.	46.25
Wicking Zement	9 .	90
Wittener Guß	37.12	37.5
Zellstoff-Waldhof	96.25	97.